

# Politische Berichte



27. Februar 1982  
Jg. 3 Nr. 5

G 7756 D Preis:  
2,50



Mieten: Regierung und Opposition wollen die Kostenniete abschaffen  
Seite 8



BRD: Zweitgrößte imperialistische Glaubigermacht, trotz „Leistungsbilanzdefizit“ und „Schulden an Scheichs“  
Seite 13



Italien: Gewerkschaftsforderungen gegen die Zerklüftung des Arbeitsmarktes  
Seite 32

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

## Inhalt

<i>Gemeindeselbstverwaltung:</i> Kontrolle der Gemeinden und Aufgabenfestlegung mit den jetzt gültigen Gesetzen kaum noch zu steigern . . . . .	Seite 3	<i>IDEE 82:</i> Größte militärtechnische Ausstellung der Welt . . . . .	Seite 22
<i>Gemeindehaushalte:</i> Einnahmen und Ausgaben — Gewerbesteuer ausgehöhlt, mehr Schulden . . . . .	Seite 4	<i>AWACS-Stationierung</i> . . . . .	Seite 22
<i>Selbstverwaltung:</i> Über die Gemeindefinanzen bestimmen der Bund und die Länder . . . . .	Seite 5	<i>Atommülldeponie:</i> CSU über Standort zerstritten . . . . .	Seite 23
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i> . . . . .	Seite 6	<i>Brokdorf-Prozesse:</i> Michael Duffke jetzt 11 Monate in Haft . . . . .	Seite 23
<i>„Sicherheitspolitik“:</i> Die BRD will sich verstärkt in Mittelamerika einmischen . . . . .	Seite 7	<i>Kassenärzte:</i> Mit Zulassungssperre gegen Unterversorgung? . . . . .	Seite 24
<i>Belgien:</i> Franc-Abwertung und drei Monate Lohnstopp . . . . .	Seite 7	<i>NRW:</i> NPD-Initiative für Ausländerregelklassen . . . . .	Seite 24
<i>Mieten:</i> Regierung und Opposition wollen die Kostenmiete abschaffen . . . . .	Seite 8	<i>Hochschulen Niedersachsen:</i> CDU-Landesregierung forciert Maßnahmen zur Entrechtung der wissenschaftlichen Mitarbeiter . . . . .	Seite 25
<i>Lohnfortzahlung:</i> Hoher Krankenstand bei ausländischen Arbeitern . . . . .	Seite 9	<i>Gewerkschaften und Personalräte</i> gegen NHG-Novelle und Zeitverträge . . . . .	Seite 26
<i>Arbeitslosenversicherung:</i> Abschaffung des „Berufschutzes“? . . . . .	Seite 9	<i>Stichwort:</i> „Albrecht-Politik“ . . . . .	Seite 27
<i>FDP zum Lohn:</i> Es mahnt der Graf . . . . .	Seite 10	<i>Internationale Nachrichten</i> . . . . .	Seite 28
<i>Lohnbewegungen:</i> Lohnverhandlungen Metall in der Schlichtung . . . . .	Seite 11	<i>Zimbabwe:</i> Imperialistische Putschpläne gegen wirtschaftliches Aufbauprogramm . . . . .	Seite 29
<i>Einzelhandel:</i> Nettoerträge verschiedener Forderungen . . . . .	Seite 11	<i>SVR Albanien:</i> Wirtschaftsaufbau aus eigener Kraft . . . . .	Seite 29
<i>Neue Heimat:</i> Reaktionäre gegen gemeinnützige Betriebe . . . . .	Seite 12	<i>VR Polen:</i> Vorbereitung des ZK-Plenums der PVAP . . . . .	Seite 30
<i>BRD:</i> Zweitgrößte imperialistische Gläubigermacht, trotz „Leistungsbilanzdefizit“ und „Schulden an Scheichs“ . . . . .	Seite 13	<i>US-Bergarbeiter:</i> Einstellung weiterer Sicherheitsinspektoren . . . . .	Seite 30
<i>IWF:</i> BRD Großaktionär in der imperialistischen Zentralbank . . . . .	Seite 14	<i>Dänemark:</i> Bewegliches Lohnsystem wieder in Kraft . . . . .	Seite 31
<i>EAK:</i> Vom Erlösungsgedanken zum Erlösdenken . . . . .	Seite 16	<i>Frankreich:</i> „Maloche und krieche, damit ist Schluß“ . . . . .	Seite 31
<i>Die BRD-Imperialisten</i> gehören zu den größten Wuchern der Welt . . . . .	Seite 17	<i>Italien:</i> Gewerkschaftsforderungen gegen die Zerklüftung des Arbeitsmarktes . . . . .	Seite 32
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i> . . . . .	Seite 18	<i>Versicherungsleistungen</i> bei Arbeitslosigkeit — die meisten kriegen gar nichts . . . . .	Seite 33
<i>Süddeutscher Verlag:</i> Durchbruch bei Gehaltseingruppierung im technischen Bereich . . . . .	Seite 19	<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i> . . . . .	Seite 34
<i>Orenstein und Koppel:</i> Erfolgreicher Streik gegen Zulagenkürzung . . . . .	Seite 19	<i>Rosenmontagszug:</i> Pfarrer Sommerauer: Gott hat nichts gegen Fröhlichkeit . . . . .	Seite 34
<i>Hamburger Aluminium Werk:</i> Betriebsrat berät Kampfmittel gegen Rationalisierung und Entlassungen . . . . .	Seite 20	<i>Belmondo, der Profi</i> . . . . .	Seite 34
<i>Baden-Württemberg:</i> Zweijähriges Referendariat geplant . . . . .	Seite 21	<i>Deutscher Krimi:</i> BILD und Agenten . . . . .	Seite 34
<i>Studenten:</i> Aktionen gegen Gebührenerhöhungen . . . . .	Seite 21	<i>Das Lustige am Soldatenleben</i> . . . . .	Seite 35
		<i>Vermittlungssystem IBM 1750:</i> Auf dem Wege zum gläsernen Angestellten . . . . .	Seite 35
		<i>Sowjetunion:</i> Umwälzung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande . . . . .	Seite 36
		<i>Kosmetika:</i> „Frisch“ und „verjüngt“ durch Kosmetika? . . . . .	Seite 37
		<i>Bundestag:</i> Sie stehlen wie die Raben . . . . .	Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17) Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrich Grothus; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

## Kontrolle der Gemeinden und Aufgabenfestlegung mit den jetzt gültigen Gesetzen kaum noch zu steigern

Einmal im Jahr – seit 1975 regelmäßig – debattiert der Bundestag über die Lage der Gemeinden, jeweils auf eine Große Anfrage der CDU/CSU-Opposition, die derzeit rund 56% der kommunalen Mandate hält. Wie jedes Jahr antwortet die Bundesregierung – diesmal fand die Debatte am 5. Februar statt – einleitend mit einer Hervorhebung der allgemein in Umlauf gesetzten Phrasen zur Selbstverwaltung der Gemeinden: „Die Bundesregierung nimmt die Große Anfrage zum Anlaß, um die wesentliche Bedeutung hervorzuheben, die Städten, Gemeinden und Kreisen im Staatsaufbau der BRD zukommt. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung gibt unseren Bürgern nicht nur die Möglichkeit, sondern fordert sie auch auf, im örtlichen Gemeinwesen politische Verantwortung zu übernehmen und an der Gestaltung der örtlichen Gemeinwirtschaft mitzuwirken.“

Die CDU/CSU nutzte die von ihr angezettelte Debatte, gegen die Finanzierungsprobleme der Gemeinden das Subsidiaritätsprinzip hochzuhalten.

Dieses Prinzip beinhaltet: Der übergeordnete Verband soll nur jene Aufgaben übernehmen, die die untergeordnete Gebietskörperschaft nicht zureichend erfüllen kann. Die CDU/CSU versteht darunter auf der Ebene der Gemeinden Kürzung bis Streichung insbesondere der Sozialausgaben und Verweisung auf die sozusagen darunter liegende Ebene der Bürger, die diese Aufgaben in Selbst- und Nachbarschaftshilfe erledigen und finanzieren sollen. Eine solche Agitation verspermt die Sicht darauf, daß große Teile der Steuereinnahmen, die den Gemeinden fehlen, auf Bundes- und Landesebene schon ausgegeben sind z.B. für den Rüstungshaushalt, z.B. für die Polizeihäushalte. Während die Folgekosten der kapitalistischen Produktionsweise – und das sind die Sozialausgaben ja zum großen Teil – in der Hauptsache auf die Lohnsteuerzahler abgewälzt werden sollen. Unter Subsidiarisierung versteht die CDU/CSU aber auch Privatisierung aller von den Gemeinden wahrgenommenen Aufgaben, die nicht direkt „staatshoheitlichen“ Charakter tragen wie Ver- und Entsorgung mit Wasser, Strom, Gas oder wie Müllabfuhr und Straßenreinigung – neben anderem, eine erkleckliche Erweiterung profitversprechender Kapitalanlage wäre das.

Schon im Grundgesetz ist das Korsett der Gemeinden geschnürt, das durch Bundes- und Ländergesetzgebung immer enger wird: Nach Artikel 28 (2) Grundgesetz muß den Gemeinden das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft *im Rahmen der Gesetze* in eigener Verantwortung zu regeln. (Dasselbe gilt für Gemeindeverbände). Eine schnell wachsende Gesetzesflut des Bundes, versehen mit Ausführungsvorschriften der Länder, überrollt seit Jahren die

Unterhaltung von Bunkern, Katastrophenschutz.

Ein Recht auf Zuweisung der entsprechenden Mittel haben die Gemeinden jedoch nicht: Nach Artikel 104a des Grundgesetzes *können* – müssen nicht – Bundesgesetze, die Geldleistungen gewähren und von den Ländern ausgeführt werden, bestimmen, daß die Geldleistungen ganz oder zum Teil vom Bund getragen werden. Die Erhebung und Verteilung der Steuern



In Duisburg: Beginn einer langfristig angelegten Kampagne der ÖTV unter dem Motto „Öffentlicher Dienst – Partner des Bürgers“

Gemeinden. Im Gemeindefinanzbericht 1979 des Deutschen Städtetages findet sich die Zusammenstellung einiger Beispiele: – Abwasserabgabengesetz, Abgabepflicht für kommunale Abwässer ab 1.1.81: jährlich etwa 1 bis 2 Mrd. DM, Abwälzung auf die Benutzer ist vorgesehen (5% dieser Summe müssen als Verwaltungskosten veranschlagt werden, deren Refinanzierung fraglich sei); – Ausbildungsförderungsgesetz, Einrichtung von Ausbildungsförderungsämtern: Personal- und Sachaufwand jährlich etwa 50 bis 80 Mio. DM; – Bundesimmissionsschutzgesetz, hauptsächlich Schallschutzmaßnahmen an Verkehrswegen; etwa 800 Mio. DM jährlich; – Bundessozialhilfegesetz, Geldleistungen: 6 Mrd. DM jährlich; – soziale Einrichtungen: 300 Mio. DM jährlich, Personal- und Sachaufwand: 1,5 Mrd. DM jährlich. Hinzu kommen dann „staatshoheitliche“ Aufgaben wie z.B. Wehrdiensterrfassung, Maßnahmen aus der Notstandsgesetzgebung, Bau und

ist nach dem „vorsorglichen“ Grundgesetz sowieso Bundes- und dann Landesangelegenheit, die den Gemeinden Anteile zuweisen.

Dabei legen CDU/CSU und FDP großen Wert auf die Abschaffung der Gewerbesteuer. Bis zur Gebiets- und Finanzreform der Gemeinden 1969 machte die Gewerbesteuer den Hauptteil, über 70% der Steuereinnahmen aus. Großer politischer Widerstand gegen die Abschaffung dieser Steuer war sicher. Nach der Finanzreform wird per Gesetz ein größerer Teil des Gewerbesteueraufkommens an Bund und Länder abgeführt und ersetzt durch eine Beteiligung der Gemeinden an der Einkommenssteuer von 14%. Der Anteil an den Gemeindesteuereinnahmen liegt jetzt zwischen 30 und 40%. Sodann wird die Abschaffung der Gewerbesteuer betrieben. Durch neun Bundesgesetzänderungen seit 1975 (darunter der Wegfall der Lohnsummensteuer) ist eine Entlastung der Gewerbesteuerzahler von 6,9 Mrd. DM einge-

treten – addiert von 1975 bis einschließlich 1982 –, lediglich bezogen auf den Anteil der Gemeinden an der Gewerbesteuer. Die von den Gemeinden an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage wurde dann zwar gesenkt, aber insgesamt ein etwa 70%iger Ausgleich nur durch Erhöhung des Einkommenssteueranteils der Gemeinden von 14 auf 15% erreicht.

Mit der 1970 eingeführten und nun gestiegenen Beteiligung der Gemeinden an der Lohn- und Einkommenssteuer wird ein positives Interesse der Gemeinden an Erhöhungen dieser Steuern direkt angereizt. Alle drei im Bundestag vertretenen Parteien haben in ihren kommunalpolitischen Grundsatzprogrammen (alle um 1975) die Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Lohn- und Einkommenssteuer auf ihre Fahnen geschrieben: Die SPD: „... muß mindestens 18% betragen.“ Sie hatte allerdings die nun schon abgeschaffte Lohnsummensteuer, und zwar für alle Gemeinden, in dieses Programm hineingeschrieben. Die CDU/CSU: „... den Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen zu erhöhen ... beispielsweise durch Anhe-

bung des Einkommenssteueranteils durch ein eigenes Hebesatzrecht.“ Damit könnten z.B. Steuerentlastungen für die Lohnabhängigen auf Ebene der Gemeinde wieder „aufgefangen“ werden. Die FDP: „Die Finanzkraft der Gemeinden ist zu stärken durch einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer.“ Nur so sei die Abschaffung der Gewerbesteuer auch durchzusetzen.

Spätestens seit 1979 (Gemeindefinanzbericht des Städtetages) bringt der Städtetag unter Führung des CDU-Oberbürgermeisters Rommel die Beteiligung der Gemeinden an den Einnahmen aus der Mehrwertsteuer in die Debatte. Derzeit werden die Gemeinden über solche Erhöhungen (zuletzt 1979) bei ihrem Einkauf von Sachmitteln nur belastet (für 1979 errechnete der Städtetag 1,8 Mrd. DM) und können daher bislang nur gegen weitere Mehrwertsteuererhöhungen sein.

Über verwendungsgebundene Mittelzuweisungen der Länder wird die Finanz- und Aufgabenabhängigkeit der Gemeinden zusätzlich erhöht. Dabei handelt es sich um Mischfinanzierungen, d.h. daß die Gemeinden aus ihren Haushalten weitere Mittel festlegen



Gegen Überfüllung in Westberliner Kindertagesstätten streikten die Erzieher

## Gemeindehaushalte: Einnahmen und Ausgaben — Gewerbesteuer ausgehöhlt, mehr Schulden

Das Finanzierungsdefizit der Gemeinden betrug 1980 rund 12 Mrd. DM. Das sei eine Steigerung um 47% gegenüber dem Vorjahr, erklärte unwidersprochen die CDU/CSU in der Bundestagsdebatte über die Gemeinden am 5.2. Demnach belief sich das Defizit 1980 auf rund 8,2 Mrd. DM. Nachdem ab 1980 der Einkommenssteueranteil der Gemeinden von 14 auf 15% erhöht worden war, hatte die Bundesregierung in ihren Orientierungsdaten für das Jahr 1981 angenommen, daß der Betrag der Einkommenssteuer um 12% steigen würde. Der Betrag ist aber nur um etwa 1,5% gestiegen. Die Anhebung von 14 auf 15% sollte u.a. den Wegfall der Lohnsummensteuer und die Anhebung des Gewerbesteuerfreibetrages „ausgleichen“. Für 1982 müssen die Gemeinden mit einem noch größeren Defizit rechnen.

**Aushöhlung der Gewerbesteuer:** 1975 wurde der Freibetrag für den Gewerbeertrag auf 15000 DM, 1978 auf 24000 DM, 1980 auf 36000 DM erhöht. Der Freibetrag auf das Gewerbekapital wurde 1978 auf 60000 DM und ab 1981 auf 120000 DM angehoben. Von 1979 auf 1980 nahm die Zahl der gewerbesteuerfreien Betriebe von 50,1% auf 63,6% zu.

**Struktur der Einnahmen der Gemeinden:** Einnahmen 1980 insgesamt 137,7 Mrd. DM. Der Steueranteil betrug 1980 34,5% der kommunalen Einnahmen, 47,4 Mrd. DM. Die staatlichen Zuweisungen von Bund und Ländern machten 30,4% aus, 41,9 Mrd. DM, Gebühren und Beiträge 20,9%, 28,7 Mrd. DM.

**Anteil von Gewerbesteuer und Einkommenssteuer bei den Steuereinnahmen der Gemeinden:** Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß seit 1975 der Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommenssteuer mehr ausmacht als der Anteil der Gewerbesteuer.

er. Die Gewerbesteuer geht direkt an die Gemeinden, über den Anteil der Einkommenssteuer entscheiden der Bund und die Länder. Die finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden ist gestiegen. In der gleichen Zeit hat der Bund die Pflichtaufgaben der Gemeinden erhöht, die Gemeinden mußten einen wachsenden Anteil an den Ausgaben für Sozialhilfe zahlen. Der Finanzausschuß des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, in dem die CDU/CSU die Mehrheit hat, drängte auf seiner letzten Sitzung am 24.9.81 auf weitere Kürzung von „Leistungsgesetzen“. „Dies gelte insbesondere auch für den Sozialhilfereich.“

Quellenhinweis: Finanzbericht 1982, hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen; Zeitschrift „der städtetag“, Febr. 1981, Gemeindefinanzbericht 1981, ohne Angaben

	1970	1971	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Gewerbesteuer netto in Mrd. DM	6,9	7,9	12,7	12,4	13,9	15,7	16,6	16,9	19,7
in % an Steuereinn. Einkommenssteuer, Anteil in Mrd.	41,7	41,3	42,8	41,0	41,1	41,2	41,8	40,9	41,5
in % an Steuereinn. Schulden aus Kreditmarkt in Mrd.	6,3	7,7	12,6	12,9	14,2	16,3	16,7	17,6	20,8
in % an Steuereinn. Zinsausg. in Mrd.	37,7	40,0	42,4	42,6	41,8	42,8	41,9	42,6	43,8
Anteil an Ausgaben in %	34,6	41,4	60,7	67,7	73,3	75,7	79,0	82,7	87,1
Sozialhilfe, netto in Mrd.	2,4	2,8	4,9	5,3	5,6	5,6	5,3	5,5	6,1
Anteil an Ausgaben in %	4,2	4,2	5,1	5,2	5,3	5,2	4,6	4,3	4,5
Sozialhilfe, netto in Mrd.	2,8	3,4	6,0	6,6	7,1	8,3	8,9	9,4	10,3
Anteil an Ausgaben in %	4,9	5,0	6,3	6,5	6,8	7,6	7,4	7,4	7,2

(netto = was die Gemeinde tatsächlich behält oder von ihren Einnahmen ausgibt)

müssen (etwa eine Drittelbeteiligung), darüber aber vollständig an die Richtlinien der Länder und eine zusätzliche Kontrolle gebunden sind. Schwerpunktmäßig sind das Projekte für Straßen- und Verkehrsausbau, Städtebau oder Wasser- und Naturschutz und Abfallbeseitigung. Also einerseits Projekte zur Begünstigung von Industriebetrieben (oder profitlichen Kapitalanlagen), andererseits zur Beseitigung von von diesen angerichteten Umweltschäden. Aber auch die Tätigkeiten der Gemeinden in Bereichen wie Schulbau, Schulversuche, Weiterbildung, Fürsorge und Gesundheit, Familie und Jugend werden über diese Mischfinanzierungen durch die Länder auf den Weg gebracht und kontrolliert.

Hinzu kommen noch die zweckgebundenen Mittel aus verschiedenen Konjunkturprogrammen der Bundesregierung zur Stützung der Wirtschaft. Um die Eigenanteile aus den Mischfinanzierungen bezahlen zu können, sind die Gemeinden auf weitere Verschuldung bei den Banken und Einschränkung nicht gebundener Ausgaben verwiesen. Kürzungen oder Ausbleiben dieser Mittel schränken die Tätigkeit der Gemeinden absolut ein.

In diesem Rahmen, der weder Finanzhoheit noch Bestimmung der Aufgaben zuläßt, sind die Gemeindeparlamente gesetzt. Die gewählten Gemeindevertretungen haben zwar keinerlei gesetzgeberische Kompetenzen, aber formal müssen sie nach Gesetz den Haushalten der Gemeinden zustimmen. Findet der von der Gemeindeverwaltung vorgelegte Haushalt keine Mehrheit, wird er durch einen Zwangshaushalt der übergeordneten Landesverwaltung ersetzt.

Mehr Bürgerbeteiligung gehört zwar heute in das Schlagwortrepertoire jedes bürgerlichen Kommunalpolitikers, massenhafte Beteiligung von Bürgern an Widerstandsaktionen gegen Industriegroßprojekte werden freilich mit Polizeigewalt bekämpft. Vielerorts nehmen jetzt auch Protestaktionen zu gegen die jüngsten Kürzungspläne der Gemeinden auf Grundlage des 2. Haushaltssicherungsgesetzes der Bundesregierung. Der Rückzug von Gemeindevertretern auf Sachzwänge aus Bundes- und Landesgesetzen, eine Folge der Rechtlosigkeit dieser Vertretungen, wird nicht mehr so hingenommen. Aber auch in den Auseinandersetzungen z.B. um Flughafenverlängerungsprojekte um München und Frankfurt können sich Gemeindeparlamente, die mit der Bevölkerung in den Gemeinderäten gegen solche Projekte Beschluß fassen, nicht gegen Landes- bzw. Bundeshoheit durchsetzen.

Quellenhinweis: Bundestagsdebatte 5.2.82; Gemeindefinanzberichte des Städtetages 1966—1981; Grundsatzprogramme zur Kommunalpolitik von SPD, FDP und CDU/CSU.

## Selbstverwaltung: Über die Gemeindefinanzen bestimmen der Bund und die Länder

Die „Selbstverwaltung der Gemeinden“: Daß sie gesetzlich garantiert sei, hat die westdeutsche Bourgeoisie zum Beweis dafür erklärt, in der BRD würde das Volk in seinem Interesse herrschen. Unter dem Artikel 28 des Grundgesetzes „Bundesgarantie der Landesverfassungen“ hat die westdeutsche Bourgeoisie bestimmt: „(2) Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Das Landesparlament Nordrhein-Westfalen hat in der Gemeindeordnung für das Land beschlossen: „§1. Wesen der Gemeinde. (1) Die Gemeinden sind die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaues. Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.“

Ohne finanzielle Mittel, über die die Gemeinden eigenständig verfügen können, was die Ausgabe und Einnahme angeht, kann eine „freie Selbstverwaltung“ nicht existieren. Die „Selbstverwaltung innerhalb der Schranken der Gesetze“ sicherte auch die Weimarer Reichsverfassung zu. Als der Staatsaufsicht der „Genehmigungsvorbehalt“ für gemeindliche Ausgaben nicht mehr reichte als Mittel, die Gemeinden „innerhalb der Schranken der Gesetze“ zu halten, setzte die preußische Regierung 1932 in über 600 Gemeinden Staatskommissare ein und beseitigte so die Selbstverwaltung. Die Nazis schafften das Beschlußfassungsrecht ab und erließen 1935 die „Deutsche Gemeindeordnung“: „§1 (2) Die Gemeinden sind öffentliche Gebietskörperschaften. Sie verwalten sich selbst unter eigener Verantwortung. Ihr

Wirken muß im Einklang mit den Gesetzen und den Zielen der Staatsführung stehen.“

Den Satzteil „und den Zielen der Staatsführung“ ließ die Bourgeoisie nach 1945 fallen. Den Teil über das Haushaltsrecht übernahmen die Gemeindeordnungen, die die Länder den Gemeinden vorschrieben, und garantierten „somit auf einem wichtigen Teilbereich ein einheitliches bundesdeutsches Kommunalverfassungsrecht.“ Die Gemeinden dürfen danach „wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, ... wenn der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt“, es muß „in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde stehen“, und nur, wenn „der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt wird oder werden kann.“ Um die „Leistungsfähigkeit“ zu erhöhen, kann die Gemeinde z.B. laut Gemeindeordnung NRW die Gebühren, Entgelte und die Hebesätze auf die Realsteuern, z.B. die Gewerbesteuern, erhöhen. Zur Finanzierung von Aufgaben sind die Gemeinden weitgehend von Bund und Ländern abhängig. Die Landesgesetzgebung bestimmt, was die Gemeinden vom Länderanteil an der Einkommenssteuer erhalten. Das Land verteilt „im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit“ einen übergemeindlichen Finanzausgleich. Wenn der Bund den Gemeinden neue Pflichtaufgaben zuweist, so im Falle des Bundessozialhilfegesetzes 1961, ist er nicht verpflichtet, die Kosten zu tragen. Der Steueranteil der Gemeinden betrug 1959 13,5%, 1979 sank er auf 12%.

Quellenhinweis: Chr. Engeli, W. Haus, Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland. 1975. Handbuch der Kommunalen Wissenschaft und Praxis. 1.Bd., 1956, S. 62-112, 113-184.



Die Einwohner von Horgau, Bayern, protestieren gegen ihre Eingemeindung. Bild Herbst 1980. Die Gemeinden haben kein Recht auf ihre Existenz.



## Stahlhandelskrieg USA – EG

„Stahlharte Argumente im Streit um die Exporte der Gemeinschaft“ hat die Zeitung „Handelsblatt“ ausgemacht, seit im vergangenen Monat die US-Stahlkapitalisten beim US-Handelsministerium 98 Dumpingklagen gegen Stahlfirmen aus elf Staaten einreichten. Die Klage der US-Stahlkapitalisten zielt darauf ab, den US-Stahlmarkt für ausländische Konkurrenten dichtzumachen. Stahlfirmen aus elf Staaten – angeklagt sind Firmen aus Brasilien, Südafrika, Spanien, Rumänien sowie den EG-Staaten Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Frankreich, Großbritannien und der BRD – sollen ihre Stahlimporte in die USA künstlich subventioniert haben, um so größere Marktanteile zu erobern. Wird der Klage stattgegeben – eine endgültige Entscheidung ist nicht vor Oktober zu erwarten

– so müßten sämtliche beklagten Firmen einen Sonderzoll auf ihre Stahlimporte in die USA zahlen und wären damit praktisch aus dem Geschäft. Kein Wunder, daß die Imperialisten in der EG hellauf empört sind. Der „beratende Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ befand die US-Klage für absolut „unbegründet“ und forderte die EG-Kommission auf, „alle verfügbaren Instrumente einzusetzen, um dieser Entwicklung zu begegnen“. EG-Kommissar Haferkamp fürchtete gar um einen offenen „Handelskrieg“ zwischen EG und USA. Tatsächlich sieht alles danach aus. Wie sonst wollen die Stahlmonopole in den imperialistischen Ländern ihre Profite bei weiter schrumpfenden Märkten steigern, als daß sie sich gegenseitig an die Kehle fahren?

In Erwartung dessen sind die BRD-Imperialisten bereits zum Handeln geschritten. Zusätzlich zu den noch laufenden Verhandlungen über die Fusionierung von Hoesch und Krupp-Stahl bewilligte die Bundesregierung den saarländischen Stahlkapitalisten Zuschüsse von 85 Mio. DM, von denen 42,5 Mio. DM sofort ausgezahlt wurden, und übernahm für den Stahlkonzern Röhring-Burbach Darlehensbürgschaften in Höhe von 210 Mio. DM. Währenddessen forderte die EG-Kommission die belgische Regierung auf, die Kapazitäten ihres Stahlkonzerns Cockerill-Sambre um mindestens 2 Mio. Tonnen auf 5,7 bis 5,9 Mio. Tonnen zu reduzieren. Andernfalls werde sie keine weiteren Subventionen an Cockerill-Sambre genehmigen. Man kann sicher sein, daß die BRD-Stahlkapitalisten an dieser Forderung der EG-Kommission ihren deutlichen Anteil haben.

## CDU will „abgewogene Kommandobesetzung“

Der CDU-Abgeordnete Stutzer ersuchte Anfang Februar die Bundesregierung um Auskunft: „Hält es die Bundesregierung im Hinblick auf die Größenordnung des dänischen Verteidigungsbeitrages und auf die Notwendigkeit der gemeinsamen Verantwortung für angemessen, daß ab April alle fünf Kommandostellen der NATO im Bereich der Ostseegänge von dänischen Offizieren besetzt werden, oder wird sie sich noch darum bemühen, eine in der Sache abgewogene Kommandobesetzung auszuhandeln?“ – spricht: eine westdeutsche. Denn schließlich: Trifft etwa nicht zu, daß die BRD im Bereich der Ostsee 70% der NATO-Seestreitkräfte und 100% der Seeluftstreitkräfte stellt? Daß sie mit der 6. Panzergrenadierdivision einen ihrer stärksten Bundeswehrverbände in Schleswig-Holstein stationiert hält, zwecks vorwärtsgerichteter Land„sicherung“ im Ostseeraum? Daß, darin waren sich der CDU-Abgeordnete und der Parlamentarische Staatssekretär Penner vom Verteidigungsministerium ganz einig, „gerade die deutschen Streitkräfte für den Schutz der dänischen Inseln und Jütlands“ eine „bedeutende Rolle“ spielen? Daß Dänemark im Urteil dieser Strategen dagegen nur „eine seinen Kräften entsprechende Rolle spielt“, und das heißt eben eine verhältnismäßig „bescheidene“ Rolle spielt?

Dem CDU-Abgeordneten konnte kaum entgangen sein, daß die Besetzung der fünf angesprochenen Kommandostellen seit 1961 vertraglich geregelt ist: Danach sind zwei Kommandostellen dauerhaft von dänischen Offizieren, die drei anderen jeweils im Wechsel von dänischen und westdeutschen Offizieren besetzt. In der Bundestags-Fragestunde steuerte dann auch sein CDU-Kollege Würzbach unverhohlen auf den eigentlichen Zweck der Anfrage zu: „Ist die erwähnte Vereinbarung von 1961 antastbar? Will man in Verhandlungen gehen, sie möglicherweise ein wenig zu modifizieren...?“ Zwar verneinte der Parlamentarische Staatssekretär. Man mag ihm glauben oder nicht. Doch soviel ist deutlich, daß die Reaktion das wachsende militärische Gewicht der BRD in immer mehr NATO-Kommandoposten umgesetzt sehen will.

## DDR gestärkt gegen BRD-Erpressungen

Anfang Februar fragte die CDU/CSU-Fraktion bei der Bundesregierung an, wie hoch die „Geldzahlungen ... an die DDR“ seitens der öffentlichen Haushalte der BRD und West-Berlins und seitens der „Wirtschaft“ seien (Bundestagsdrucksache 9/1315). Die Antwort auf diese Anfrage, die den Eindruck von Geldgeschenken suggeriert, wo doch die DDR durch Lieferungen oder auch die Einschränkung von Hoheitsrechten teuer bezahlen muß, steht noch aus. Doch die gerade veröffentlichten Zahlen über den Westhandel der DDR und über die Inanspruchnahme des Überziehungskredites („Swing“) durch die DDR im Handel mit der BRD dürften den Reaktionen in Bonn, die in ihren Expansionsplänen auf wirtschaftliche Sanktionen zur Zerrüttung der DDR-Planwirtschaft setzen, Bauchschmerzen bereiten: Die DDR-Außenhandelsbilanz mit den westlichen Imperialisten war 1981 positiv. Im Handel mit der BRD machte die DDR in den letzten Monaten von dem ihr abkommensgemäß zustehenden zinslosen Überziehungskredit in Höhe von max. 850 Mio. DM immer weniger Gebrauch. 1980 hatte die DDR im Jahres-

durchschnitt 740 Mio. DM Kredit in Anspruch genommen, 1981 noch 676 Mio. DM, und im Januar 82 waren es nur noch 480 Mio. DM. Die BRD hatte den zinslosen „Swing“-Kredit zugestanden, um ein wirksames Erpressungsmittel in der Hand zu haben und ihren Einfluß auf die DDR-Wirtschaft auszuweiten. So hat die Bundesregierung das letzte Abkommen nur bis zum 30.6.82 verlängert, um von der DDR eine Senkung der Mindestumtauschsätze bei Besuchsreisen in die DDR zu erzwingen. Lambsdorff will auf der Leipziger Frühjahrsmesse über „Swing“ und „Zwangsumtausch“ verhandeln. Doch durch die Verbesserung ihrer Handelsbilanz hat die DDR ihre Position gegenüber den BRD-Imperialisten und gegenüber westlichen Banken, an die im Sommer 4 Mrd. \$ Kredit fällig werden, gestärkt.

## Elf Parteien zu Landtagswahlen zugelassen

Der niedersächsische Landesausschuß hat elf Organisationen als Parteien zu den Landtagswahlen am 21. März 1982 zugelassen. Neben der CDU und der SPD, die gegenwärtig als einzige im niedersächsischen Landtag vertreten sind, haben folgende Parteien Kandidaten aufgestellt: Bund

Westdeutscher Kommunisten (BWK), Bürgerpartei-Umweltunion, Deutsche Friedensunion (DFU), Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Die Grünen (Grüne), Europäische Arbeiterpartei (EAP), Frauenpartei, Freie Demokratische Partei (F.D.P.) und Freie Union in Niedersachsen (FU). Nach dem niedersächsischen Wahlrecht steht die Landesliste einer Partei nur in den Wahlkreisen zur Wahl, in denen die Partei auch einen Direktkandidaten aufgestellt hat.

Für die Aufstellung eines Direktkandidaten sind 100 gültige Unterstützungsunterschriften notwendig. In Niedersachsen gibt es 100 Wahlkreise. Damit die Landesliste einer Partei in allen Wahlkreisen zu wählen ist, sind also 100 x 100 Unterstützungsunterschriften erforderlich. Dieses diskriminierende Wahlrecht ist der Grund dafür, daß die meisten der elf zugelassenen Parteien nicht in allen Wahlkreisen gewählt werden können. Die Aktion Soziale Gemeinschaft (ASG) hat im Widerspruch zu diesem Wahlrecht eine Landesliste eingereicht, ohne Direktkandidaten aufzustellen. Daraufhin wurde diese Organisation nicht zugelassen. Die F.D.P. hat für den Fall, daß sie in den Landtag kommt, erklärt, sich für eine Änderung des niedersächsischen Wahlrechts einzusetzen.



Nach den USA ist vor allem die BRD an der neokolonialen Ausplünderung der zentralamerikanischen Staaten beteiligt.

„Sicherheitspolitik“

## Die BRD will sich verstärkt in Mittelamerika einmischen

Die Bundeswehr wird sich mit ihrer Fregatte „Augsburg“ Anfang März am ersten NATO-Großmanöver im Golf von Mexiko – vor der kubanischen Küste – beteiligen. Ziel des Manövers sei, so die offiziellen NATO-Angaben, die „Sicherung der Seeverbindungen gegen eine mögliche Bedrohung durch Kuba (!) oder die Sowjetunion“. Tatsächlich ist dieses Manöver eine Drohung gegen Kuba und andere mittelamerikanische und karibische Staaten bzw. Befreiungsbewegungen, an sich schon und erst recht vor dem Hintergrund der ganz unverblümt geäußerten Absichten der US-Imperialisten, gegebenenfalls gegen Kuba, Nicaragua und vor allem gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador militärisch zu intervenieren.

Auf den ersten Blick erscheint die westdeutsche Beteiligung an diesem Manöver widersprüchlich. Denn gerade in den letzten Monaten hatte sich die Bundesregierung mehrfach vorsichtig von der US-Zentralamerikapolitik distanziert. So hatte sie erst kürzlich beschlossen, wie es heißt im Einvernehmen mit den anderen EG-Mitgliedsstaaten, keinen „Beobachter“ zu den „Wahlen“ zu entsenden, die die Junta in El Salvador für den 27. März durchzuführen gedenkt und die von der Befreiungsfront FMLN bekämpft werden. Begründung für die westdeutsche Zurückhaltung: Man wolle nicht Partei ergreifen. Auch ist der westdeutsche Botschafter, den Genscher erst Ende letzten Jahres auf seinen Posten in El Salvador zurückbeordert hatte, nachdem er ihn im Februar 1980 abberufen

hatte, erneut in die BRD zurückgekehrt. Die SPD, immerhin ja die größte Regierungspartei, hat zuletzt am 7. Februar die „gegenwärtig politisch und militärisch Verantwortlichen in El Salvador“ scharf angegriffen – und dabei die Verantwortung des US-Imperialismus zumindest offengelassen.

Ein Widerspruch also zur Teilnahme an dem Manöver? Es wäre falsch, die westdeutsche Manöverbeteiligung etwa als Unterordnung unter die Mittelamerikapolitik der Reagan-Regierung zu mißdeuten. Im Gegenteil unterstreichen die westdeutschen Imperialisten durch die Entsendung einer Fregatte vor die mittelamerikanischen Küsten, daß sie diese Region den US-amerikanischen Konkurrenten nicht so ohne weiteres mehr als „Hinterhof“ zu überlassen gedenken. Zwar sind sie weit davon entfernt, den USA den Rang als größte Ausbeuter der mittelamerikanischen Völker abzulaufen. Jedoch haben sie bereits Fuß gefaßt, sie sind mit jeweils 8–12% am Außenhandel der mittelamerikanischen Staaten beteiligt, sie haben ihr Kreditnetz über diese Länder geworfen, sie haben Kapital exportiert und sind in einigen Ländern zum zweit- oder drittgrößten imperialistischen Ausbeuter avanciert. Und: ließe sich das Bestreben der mittelamerikanischen Völker, sich Luft von dem ärgsten und gefährlichsten Feind zu verschaffen, nicht in mehr klingende Münze und politischen Einfluß für die westdeutschen Imperialisten verwandeln?

Diese Absicht liegt auch dem Antrag „Entwicklungsprogramm Karibik und

Zentralamerika“ zugrunde, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1.2. im Bundestag einbrachte. Sie fordert darin eine „besondere entwicklungspolitische Initiative, um die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen der Krisen und Konflikte in diesen Ländern und in der Region beheben zu helfen“. Ihr entwicklungspolitischer Sprecher bemängelte, daß lediglich 3–4% der westdeutschen Entwicklungshilfe nach Mittelamerika gelangten gegenüber 30% in die schwarzafrikanischen Länder – eine Umschichtung sei notwendig. Neben der staatlichen Entwicklungshilfe aber, so führt der Antrag aus, komme besondere Bedeutung den „Maßnahmen der Kirchen, politischen Stiftungen und privaten Trägern zu“. Die CDU/CSU wird dabei auch im Auge gehabt haben, daß sowohl die SPD über die Sozialistische Internationale zu den sozialdemokratischen Parteien Lateinamerikas wie sie selbst zu den Christdemokraten ausgezeichnete Beziehungen unterhalten, ein Vorteil gegenüber den US-Konkurrenten, der sich noch bezahlt machen kann.

Für den 13. März rufen verschiedene Organisationen zu einer bundesweiten Demonstration in Frankfurt gegen die US-Interventionspolitik gegen El Salvador auf. Am 18. – 21. März findet in Münster ein Kongreß gegen die Intervention in Zentralamerika statt. Es gelingt der Reaktion ganz offensichtlich nicht, hinter ihrer „Polen-Solidaritäts“-Kampagne die Verbrechen der US-Supermacht verschwinden zu lassen. Es sollte ihr jedoch unmöglich gemacht werden, die Unterstützung der mittelamerikanischen Völker auf die Mühlen ihrer eigenen, mit den US-Interessen konkurrierenden Mittelamerikapolitik zu lenken.

Quellenhinweis: Arbeiterkampf, Zeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 218 v. 22.2.82; Kölner Stadtanzeiger v. 24.2.82; Antrag der CDU/CSU, Bundestagsdrucksache 9/1298; FAZ, versch. Ausgaben Februar 1982.

### Belgien

## Franc-Abwertung und drei Monate Lohnstopp

Knapp zwei Wochen nach dem landesweiten Streik von 1,2 Mio. Lohnabhängigen gegen ihre Wirtschaftspolitik und das Sondervollmachtengesetz (s. Pol. Ber. 4/32) hat die belgische Regierung eine weitreichende Verschärfung ihres Lohnsenkungskurses eingeleitet. Am 21.2. erreichte sie auf einer Konferenz der Finanzminister und Zentralbankchefs der EG eine Abwertung des belgischen Franc um 8,5%. Zeitgleich mit dieser Abwertung senkte die Regierung die Körperschaftssteuer der Kapitalisten von 48 auf 45% und versprach

den Kapitalisten Senkungen ihrer Energiepreise.

Das Konzept der belgischen Regierung, von den BRD-Imperialisten als „nicht dramatisch“ (Handelsblatt) gebilligt, ist brutal einfach. Erstens wird die Abwertung des Franc den belgischen Kapitalisten eine zeitweise Steigerung ihrer Exporte – die durch die Abwertung verbilligt werden – erlauben. Zweitens werden durch die Abwertung die Importe verteuert. Wenn die Regierung *dennoch* den Kapitalisten *Senkungen* ihrer Energiepreise verspricht, kann das nur bedeuten: um so brutalere Energiepreissteigerungen für die Volksmassen. Drittens wird die Abwertung eine allgemeine Beschleunigung der Inflation zur Folge haben. Belgische Zeitungen sprechen von einer Zunahme von bisher 8% auf vermutlich 11%. Zwar hat die Regierung einen Preisstopp bis 1. Juni verkündet. Gleichzeitig ließ sie aber durchsickern, daß die Kapitalisten „in Ausnahmefällen“ eine Befreiung von diesem Preisstopp erreichen könnten. *Staatliche* Preis- und Gebührensteigerungen sollen sowieso ausgenommen sein. Und selbst wenn der Preisstopp ansonsten bis 1. Juni aufrechterhalten bleibt, so werden *nach dem 1. Juni* die Preisstei-

gerungen um so höher sein!

Hier tritt Teil zwei des Regierungsplans in Kraft. Wenige Tage vor der Abwertung hatte die Regierung nämlich bereits ihren Plan zur „Begrenzung der Lohnindexierung“ verkündet. Er sieht vor: einen dreimonatigen Lohnstopp – parallel zu dem (teilweisen) Preisstopp. Ab 1. Juni soll dann die bisher prozentige Lohnanpassung an die Inflation aufgehoben werden, stattdessen die Löhne bei je 2% Inflation nur um 536 bfr. (ca. 27 DM) angehoben werden. Das bedeutet: Reallohnsenkungen für sämtliche Lohnabhängigen, die mehr als 1350 DM im Monat verdienen, und zwar Lohnsenkungen, die mit steigender Inflation progressiv zunehmen!

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes ABVV Debunne griff in einer ersten Stellungnahme die Abwertung als weitere Förderung von Spekulanten und Kapitalisten durch die Regierung scharf an und forderte einen einjährigen Preisstopp, verbunden mit der Zurücknahme aller Angriffe auf die Lohnindexierung. Der Gewerkschaftsbund ACV forderte ebenfalls einen einjährigen Preisstopp.

Quellenhinweis: Handelsblatt, De Morgen, Standaard, 23.1.82

oder Steuererleichterungen vom Staat erhalten. Ändern sich z.B. die Betriebskosten, dann erhöht sich auch die Sozialmiete. Das war auch der Grund für die Steigerung der Sozialmieten 1980. Erhöht der Staat die gesetzlich festgelegten Zinsen für die Baudarlehen, wie jetzt im 2. Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1981 geschehen, erhöhen sich ebenfalls die Mieten. Aber insgesamt ist der Schutz vor Steigerung der Mieten im sozialen Wohnungsbau höher, weil nicht nach Marktpreisen gesteigert werden kann.

In der BRD gab es 1978 22,8 Mio. Wohnungen. Darunter waren 14,1 Mio. Mietwohnungen und 8,4 Mio. Eigentümergebäude. Von den Mietwohnungen sind 4,01 Mio. öffentlich gefördert, Sozialwohnungen. Die durchschnittliche Miete lag 1978 bei den Sozialwohnungen um 0,41 DM pro m<sup>2</sup> niedriger als im frei finanzierten Wohnungsbau. Obwohl die Mieten im sozialen Wohnungsbau besonders 1980 stärker gestiegen sind als bei den übrigen Wohnungen, verbirgt sich hinter dieser relativ kleinen Durchschnittszahl eine große Ersparnis bei den Lohnabhängigenhaushalten. Nach einer Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau liegen die Bruttokaltmieten für 1980 erstmals vermietete Wohnungen in den Großstädten bei annähernd 10 DM pro m<sup>2</sup>. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau für Wohnungen, die 1979 und später gebaut wurden, liegen im Durchschnitt (Stadt und Land) bei 5,48 DM.

Die Tatsache, daß also bei einem Viertel der Mietwohnungen die Preise relativ niedrig liegen im Verhältnis zum frei finanzierten Wohnungsbau, drückt kräftig auf das durchschnittliche Preisniveau, bremst auch den Anstieg der Preise auf dem frei finanzierten Wohnungsbau und verhindert die von Regierung und Opposition verlangte Rendite für die Wohnungsbaukapitalisten. Aber noch etwas an-

## Mieten

# Regierung und Opposition wollen die Kostenmiete abschaffen

Die gegenwärtigen Angriffe auf die Neue Heimat haben ihren Hintergrund auch im Bestreben der Bourgeoisie, die Kostenmiete abzuschaffen. Der Wohnungsmarkt in der BRD ist nur zum Teil frei finanziert. Für Wohnungen, die auf dem frei finanzierten Wohnungsmarkt gemietet werden, wird die Vergleichsmiete verlangt. Für Sozialwohnungen die Kostenmiete. Im Gesetz zur Regelung der Miethöhe von 1974 ist festgelegt, wonach sich die Mieten im frei finanzierten Wohnungsbau zu richten haben. Sie dürfen nicht die üblichen Entgelte, die in der Gemeinde oder in vergleichbaren Gemeinden für nicht preisgebundenen Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage gezahlt werden, übersteigen. Die Vergleichsmiete wird also über die Marktpreise festgelegt. Grundlage ist der Mietspiegel, der die Marktpreise erfaßt. Im frei finanzierten Wohnungsbau kann der Vermieter bzw. Wohnungsbaukapitalist die Miete jährlich erhöhen. Steigen die Betriebskosten, hat der Vermieter bauliche Veränderungen vorgenommen usw., kann eine Mieterhöhung auch öfter als einmal im Jahr vorgenommen werden.

Anders im sozialen Wohnungsbau. Dort dürfen die Wohnungsbaugesell-

schaften die Wohnungen nicht teurer vermieten, als zur Deckung der laufenden Aufwendungen erforderlich ist. Der Kostenmiete liegt eine Wirtschaftlichkeitsrechnung zugrunde, die eine Grundstücks- und Gebäudebeschreibung enthalten muß, ferner eine Berechnung der Gesamtkosten, ein Finanzierungsplan und die laufenden Aufwendungen und Erträge. Diese Wirtschaftlichkeitsrechnung ist auch gleichzeitig die Grundlage dafür, daß die Gesellschaften verbilligte Darlehen



Wohnungsbau im Ruhrgebiet



deres spielt eine Rolle. Seit dem Krieg sind insgesamt bis 1979 7 Mio. Sozialwohnungen gebaut worden. Das Niveau der Wohnungen wird dadurch insgesamt gesteigert. Es gibt eine beträchtliche Anzahl von gut ausgestatteten Wohnungen für arme Leute. Die CDU schreibt in ihrem Wohnungsbauprogramm vom Bundesparteitag 1981: „Die Anforderungen an den technischen Standard und an die Ausstattung einer Wohnung sind ständig gestiegen. Sie müssen gelockert und auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.“ Sie schlägt unter anderem vor, daß auch im Mietwohnungsbau vermehrt Rohbauten zum eigenen Ausbau angeboten werden sollen. Es wird dann jeder nach seinem eigenen Geldbeutel entscheiden müssen, ob er sich ein Bad und die Tapete an den Wänden leisten kann. Die Bundesregierung bemerkt in ihrem Wohngeld- und Mietenbericht 1981, daß die Mietzuschußempfänger im Durchschnitt vergleichsweise teure Sozialwohnungen, aber vergleichsweise billige Wohnungen im frei finanzierten Wohnungsmarkt bewohnen.

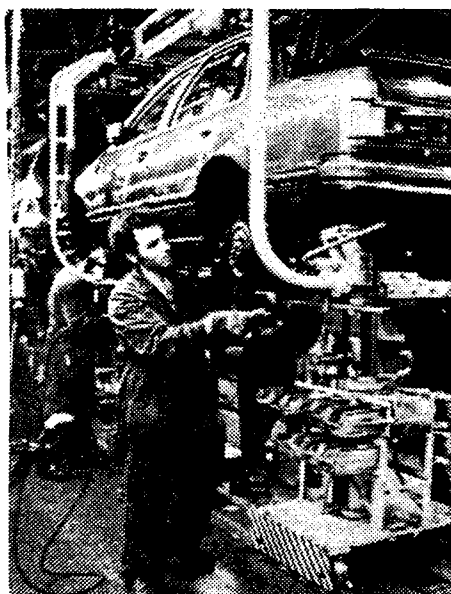
Das alles erhöht den Preis der Ware Arbeitskraft, weil der gesellschaftliche Standard für Wohnraum gehoben wird. So hat das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1979 auch eine Studie veröffentlicht, in der es empfiehlt, daß die Kostenmiete zugunsten einer Wohnwertmiete abgelöst wird. Bei der Wohnwertmiete müßte man eine Grundmiete und zusätzlich eine wohnwertorientierte Miete, die nach einem Punktesystem geregelt wird, bezahlen. Die Punkte werden vergeben nach Baualter, Bauform, Ausstattung und Lage. Klar, was dabei herauskommen wird. Für die, die es sich leisten können, eine gute, teure Wohnung, für die anderen eben was Billiges.

Genau wie von der CDU gefordert, hat die Bundesregierung im 2. Haushaltsstrukturgesetz einige Bestimmungen des Wohnungsbindungsgesetzes geändert. Nach dem neuen § 16a entfällt die Bindung an die Kostenmiete in Gemeinden bis zu 200000 Einwohnern bei frühzeitiger Rückzahlung des Darlehens jetzt schon nach sechs Monaten, vorher erst einige Jahre später. Weiter können die Landesregierungen Ausgleichszahlungen von Sozialwohnungs Mietern verlangen, wenn in Gemeinden von mehr als 300000 Einwohnern die Kostenmiete erheblich niedriger liegt als die Miete im frei finanzierten Wohnungsbau.

Quellenhinweis: 2. Haushaltsstrukturgesetz, Bundestagsdrucksache 9/1140; Wohngeld- und Mietenbericht der Bundesregierung, Drucksache 1242; Das wohnungsbaupolitische Programm der CDU, beschlossen vom 29. Bundesparteitag am 10. März 1981; Einmalige Entzerrungsaktion im Sozialwohnungsbestand, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1979

## Lohnfortzahlung Hoher Krankenstand bei ausländischen Arbeitern

Die CDU führt unentwegt Angriffe auf die von den Gewerkschaften erkämpfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie schickt den Bundestagsabgeordneten Pohlmann, mit einer Anfrage die Bundesregierung zu schärferer Erfassung und Kontrolle der Arbeitsunfähigkeitstage zu treiben, insbesondere bei den ausländischen Arbeitern, wo der Krankenstand im letzten Jahr über-



proportional angestiegen ist und bei 1,79% über dem Durchschnitt lag.

Von 1965 bis 1975 war der Krankenstand der ausländischen Arbeiter z.T. erheblich niedriger als beim Durchschnitt der Versicherten. Die ausländischen Arbeiter waren überdurchschnittlich jung. Sie wurden vor dem Abtransport zur Beschäftigung in der BRD gemustert, 1967 wurden z.B. über 8% der Bewerber aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt. Auch war die durchschnittliche Aufenthaltsdauer noch relativ niedrig, so daß sich der gesundheitliche Verschleiß durch schwere Arbeit noch nicht vollständig bemerkbar gemacht hatte.

Nach zehn Jahren schwerer körperlicher Arbeit, an Arbeitsplätzen mit hoher Schadstoffkonzentration, bei extremer Temperaturbelastung, langen Arbeitszeiten und niedrigstem Lohn ist auch die beste Gesundheit ruiniert. Für solche Arbeitsplätze sind die ausländischen Arbeiter vorgesehen, entsprechend sind die Schwerpunkte der Ausländerbeschäftigung nach Wirtschaftszweigen verteilt: Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung 19,2%, Metallherzeugung und -bearbeitung 17,7%, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 17,4%, Elektrotechnik, Feinmecha-

nik, EBM-Waren usw. 15%, Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe 14,9%, Bauhauptgewerbe 14,5%, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik, Glas 13,5%, verarbeitendes Gewerbe 13,3% und Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau 12,9% (insgesamt 9,4% im Durchschnitt).

Zusätzlich drücken die schlechten Reproduktionsbedingungen auf den Gesundheitszustand. Die erzwungene Familienlosigkeit verlangt eigenständige Erledigung der Hausarbeit. Sind die Frauen mit in der BRD, müssen sie meistens arbeiten gehen. Die Erwerbsquote lag 1979 bei Ausländern bei 49%, insgesamt nur bei 39,6%.

Der Herr Parlamentarischer Staatssekretär konnte sich bei seiner Antwort solchen Gründen nicht ganz verschließen, „Die unterschiedliche Höhe der Krankenstände bei verschiedenen Krankenkassen oder Kassenarten ist in erster Linie auf Unterschiede hinsichtlich der Morbidität der Versicherten und hinsichtlich ihrer Beanspruchung am Arbeitsplatz zurückzuführen...“, um aber abschließend zu versichern, daß das Instrumentarium zur Kontrolle verstärkt eingesetzt werden solle.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/1323, Protokoll vom 11.2.82, Statistisches Jahrbuch BRD, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, Erfahrungsbericht über Ausländerbeschäftigung 1968.

## Arbeitslosenversicherung Abschaffung des „Berufsschutzes“?

Erneut versuchen Bundesregierung und die Bundesanstalt für Arbeit, die zuzumutende Arbeit für Arbeitslose zu erweitern. Vor drei Jahren war in der Öffentlichkeit darüber eine heftige Diskussion entbrannt, nachdem die Arbeitsämter zu harten Maßnahmen übergehen wollten. Ortswechsel, Annahme von Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsräumen bis zu 50 Kilometer entfernt und vieles mehr. In den Diskussionen behauptete die Bundesregierung, daß die berechtigten Interessen des Einzelnen geschützt und beachtet werden. Die Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes im August 1979 enthielten aber nur ungenaue Festlegungen bezüglich der „Umstände des Einzelfalls“. Dem § 103 des Arbeitsförderungsgesetzes wurde eine Passage vorangestellt, die heute benutzt werden soll:

„Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit sind die Interessen des Arbeitslosen und die der Gesamtheit der Beitragszahler gegeneinander abzuwägen.“

Da der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung bereits um je 0,5% für Lohnabhängige und Kapitalisten durch das Haushaltsstrukturgesetz am Anfang des Jahres angehoben wurde, beabsichtigen Stingl und Ehrenberg, die Zumutbarkeitsklausel auf Grundlage der bestehenden Gesetze durch den Verwaltungsrat der Bundesanstalt noch weiter zu verschärfen. Man spricht von der zeitlichen Begrenzung des „Berufsschutzes“. Danach sollen Arbeitslose nur in den ersten vier Monaten ihrer Arbeitslosigkeit in ihren bisherigen Beruf weitervermittelt werden. Diese Frist soll höchstens noch einmal um zwei Monate verlängert werden, wenn der Arbeitslose sich „selbst“ um Arbeit kümmert. Nach den vorliegenden Plänen muß der Arbeitslose eine Stelle annehmen, die in einem anderen Berufsbereich liegt und die als ungünstigere Beschäftigung gilt. Der Anspruch für arbeitslose Teilzeitarbeiter soll sofort nach vier Monaten gestrichen werden, wenn sie sich weigern, Vollzeitarbeiten wahrzunehmen. Die zumutbaren Hin- und Rückwege zum Arbeitsplatz sollen auf zwei bis drei Stunden festgesetzt werden, nachdem bei der Gesetzesreform 1979 längere Fahrtwege als zumutbar festgelegt wurden.

Damit wären jegliche Festlegungen über „Umstände des Einzelnen“, die bisher berücksichtigt werden mußten, praktisch weggeräumt. Die Arbeitslosen sollen in fünf Qualifikationskategorien aufgeteilt werden. Andere, schwere Arbeiten und Lohnverluste bei Einzelnen, die oft Hunderte von Mark ausmachen werden, sind das Resultat. Die Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit ist leichter möglich.

Die IG Metall erklärte dazu, daß sie eine Verfassungsklage anstrebt, wenn die erwogenen Verschärfungen so beschlossen werden, und bestärkt ihre Vertreter im Verwaltungsrat der Bundesanstalt, gegen diese Pläne zu stimmen.

Parallel zu diesen Vorhaben wird die Zwangsarbeit für Asylanten eingeführt. In Westberlin sollen in der kommenden Woche 200 Asylbewerber bei Straßenreinigungsarbeiten zwangsweise eingesetzt werden. Die rechtlichen Grundlagen bildet nach Angaben des CDU-Sozialministers Finks das Haushaltsstrukturgesetz in seiner Neufassung (gemeint ist die Neufassung des § 18 in Verbindung mit § 19 des Bundessozialhilfegesetzes). Amnesty international protestierte gegen diese Anwendung der Zwangsarbeit. Asylsuchende sollen künftig durch den CDU-Senat auch zur Reinigung der U-Bahnen und zum Aufräumen der Wälder genötigt werden.

Quellenhinweis: FAZ 22. und 23.2., Bildzeitung 19.2.



Graf Lambsdorff:  
"Die Wettbewerbsfähigkeit  
der deutschen Wirtschaft  
durch Lohnverzicht  
verbessern."

## FDP zum Lohn: Es mahnt der Graf

Zurückhaltung in den Tarifabschlüssen 1982, die selbstverständlich Auswirkungen auf die Nachfrage haben, sowie die beschlossenen Einschnitte bei den öffentlichen Konsumausgaben – und – für eine Wiederbelebung der Wirtschaft muß sich der Staat weiter darum bemühen, verlässliche und stabile wirtschafts- und sozialpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. So der Graf zum neuen Jahr 1982. FDP-Bundesinnenminister Baum ist bei der Erstellung von „Rahmenbedingungen“ behilflich. Er halte daran fest, die Beamtengehältererhöhung um drei Monate zu verschieben. Und obwohl die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Baum in Fragen 1%-Lohnkürzung per Gesetz gerade eine Niederlage bereitet haben, erwägt man im Baum-Ministerium mit Nachdruck, ob man nicht in Zukunft zunächst die Beamtenbesoldung per Gesetz festlegen und erst dann mit den Gewerkschaften über Tarifierhöhungen verhandeln soll.

Zur dritten Verhandlungsrunde Metall und vor Beginn derselben im öffentlichen Dienst meldet sich der FDP-Graf am 9.2. wieder in Sachen Lohnerhöhung zu Wort: Die Tarifabschlüsse sollten in diesem Jahr in erster Linie für die Arbeit-Suchenden und nicht wie bisher im Hinblick auf die Arbeit-Habenden gemacht werden, mahnte der Graf. Wieder ein Seitenhieb auf den öffentlichen Dienst dabei, wo die Beschäftigten angeblich ihre Arbeit sicher haben. Und wieder echot Baum: Abschlüsse im öffentlichen Dienst müssen mindestens ein Prozent unter Metall sein.

Graf Lambsdorff wandte sich dabei aber auch gegen Parolen, die Arbeitslosigkeit durch weniger Arbeit bekämpfen zu wollen, also gegen die Forderungen der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung. Es müsse im Gegenteil mehr gearbeitet werden. Dieser Ansicht ist FDP-Kollege Baum auch: ... wie lange es dauert, bis Behörden einen Antrag übermitteln, wie lange es dauert, bis ein Urteil heute in den Kanzleien unserer Gerichte getippt ist. Hier kann man eine Menge machen.

Quellenhinweis: Handelsblatt 31.12.81 und 9.2.82; FAZ 8. u. 11.2.82, Bundestagsdebatte v. 5.2. zur Lage der Gemeinden.

## Lohnbewegungen

# Lohnverhandlungen Metall in der Schlichtung

Das letzte, „verbesserte Angebot“ der Metallkapitalisten lautet: zwei Monate Verlängerung des alten Vertrages, dann 3% für die nächsten zwölf Monate. Das Angebot ist aufs Tarifjahr gerechnet gerade mal 2,5% wert und würde die schlechteste Lohnentwicklung seit Hitler bedeuten. Wieso wagen die Kapitalisten, mit einem derart üblen Angebot die Verhandlungen platzen zu lassen? Nun ja, die öffentliche Meinung ist mit einem großen Haufen wissenschaftlich fachmännischer Propaganda gedüngt worden, ein Schlichter kann daraus erwachsen, dessen Spruch unter Berufung auf all den Mist den Interessen der Kapitalisten zupaß kommen kann. Die Kapitalisten sehen in ihrer Langzeitplanung zwecks Lohnsenkung für dieses Jahr einen moralisch wichtigen Punkt: Der Abschluß soll unter der prognostizierten Inflationsrate liegen. Vielleicht gar nicht so viel, aber deutlich. Die Folge wäre das erzwungene Eingeständnis der Gewerkschaften, den Lohnstandard nicht mehr verteidigen zu können. Von diesem Punkte aus ließe sich dann weitermachen. Selbstverständlich geben sich Geldleute nie mit rein moralischen Erfolgen zufrieden. Damit ein solcher Abschluß auch klingende Münze bringt, ist von Belang, eine falsche Inflationsprognose zu besitzen.

Trotz der lebhaften Veröffentlichungstätigkeit der Wirtschaftsprofessoren findet eine Korrektur der Inflationsrate gegenwärtig nicht statt. Sie ist mit 4,5% angesetzt. Inzwischen schreiben wir Februar, und die Teuerungsrate fällt nicht. Selbst wenn die Inflationsrate, aufs Vorjahr berechnet, bis zum Jahresende auf 3 oder 2% fallen sollte, was niemand glaubt, der Kaufkraftverlust wird jahresdurchschnittlich ganz bestimmt über 4,5% betragen haben. Eigentlich müßte die Vorausschätzung der Inflationsrate korrigiert werden. Man läßt aber das 4,5%-Datum stehen. Hier gebietet wissenschaftliche Vorsicht und Redlichkeit dem deutschen Professor das Maulhalten. Was entstünde nicht ein Schaden durch Annahme z.B. einer zu hohen Inflationsrate? Es wäre stark unwissenschaftlich, einen Fehler durch einen anderen zu ersetzen. Besser, man treibt jetzt Langzeituntersuchungen.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat in einer Langzeituntersuchung fest-

gestellt, daß seit 1973 jedenfalls Lohn-erhöhungen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen. Und nicht nur das, das Institut hat eine Faustregel zum Zusammenhang von Lohnpolitik und Beschäftigungspolitik aufgestellt. Sie lautet: Lohnzurückhaltung um 1% erbringt relativ mehr Beschäftigung um 0,8%. Hiernach hätten's die Gewerkschaften also völlig in der Hand, mit der Arbeitslosigkeit aufzuräumen.

Im Rechenbeispiel: Ein Kapital beschäftigte 1000 Leute zu monatlichen Durchschnittslohnkosten von 3000 DM. Bei einem Abschluß von 6% und gleichbleibender Beschäftigung ergäbe sich eine Gesamtlohnsumme von:  $3000 \times 1000 \times 1,06 = 3,18$  Millionen DM. Bei einer „Lohnzurückhaltung“ um 2% ergäbe sich ein Beschäftigungszuwachs um 16 Leute und eine Gesamtlohnsumme von  $3016 \times 1,04 = 3,17$  Millionen DM. Man könnte dies Ergebnis so ausdrücken: Dies Kapital spart in Bezug auf die bisher Beschäftigten 100000 DM und kriegt 16 Leute für ganz umsonst. Möge sich das Kieler Institut mit diesem Vorschlag doch erst einmal an die Verkäufer anderer Waren wenden und z.B. den Automobilkapitalisten empfehlen, die Preise um einer Steigerung der Verkaufsziffern von 0,8% willen um 1% zu senken. Wenn dann die Inflationsrate negativ geworden ist, wird sich der Wahrheitsgehalt der Behauptung glänzend bewiesen haben.

Wo die Deutsche Wissenschaft kühne Thesen entwickelt, darf der Banker ruhig auch mal schwindeln. In ihrem letzten Monatsbericht fabuliert die Deutsche Bundesbank, der private Verbrauch sei „tendenziell weiter gestiegen“. Der Pressedienst des Handels, Organ der Einzelhandelskapitale, erläutert glaubwürdiger als wir könnten, was wirtschaftliche Wirklichkeit ist: „Der Einzelhandel erzielte 1981 nach vorläufigen Ergebnissen einen Jahresumsatz von 398,4 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr nahm der Umsatz selbst wertmäßig nur noch um rd. 10 Mrd. bzw. 2,5% zu. Bei einer jahresdurchschnittlichen Preissteigerungsrate von 5,3% blieb der reale (preisbereinigte) Umsatz sogar mit - 2,7% unter dem 1980er Ergebnis. Bereits 1980 war die reale Umsatzzunahme auf 0,3% geschrumpft, nachdem sie 1979 noch + 2,6% ausmachte“. Der Begriff der tendenziellen Steigerung für diese Ent-

wicklung kann bloß zustandekommen durch sture Nichtbeachtung des Tatbestandes der Inflation. So kann man's freilich sehen, und wenn die Banken einmal Kreditzinsen unterhalb der Inflationsrate nehmen, wird's auch glaubwürdig sein.

Anhaltspunkte für einen Schlichtungsspruch, der sich gewaschen hat. Dennoch ist die Taktik der Kapitalisten äußerst riskant. Denn was nützt schon ein Abschluß, der nicht eine befriedigende Wirkung hat? In der Geschichte der BRD gab's schon Abschlüsse, die sich als unhaltbar erwiesen. Also wird ein Schlichter bei allem Geschwätz in Wahrheit auf die Kampfkraft und den Kampfwillen äugen, den er bei den Belegschaften vermuten muß. Deswegen ist jetzt, wo die Sache ins Stadium der Schlichtung gegangen und damit eine öffentliche Sache geworden ist, durchaus sinnvoll, das Mittel von Protest-



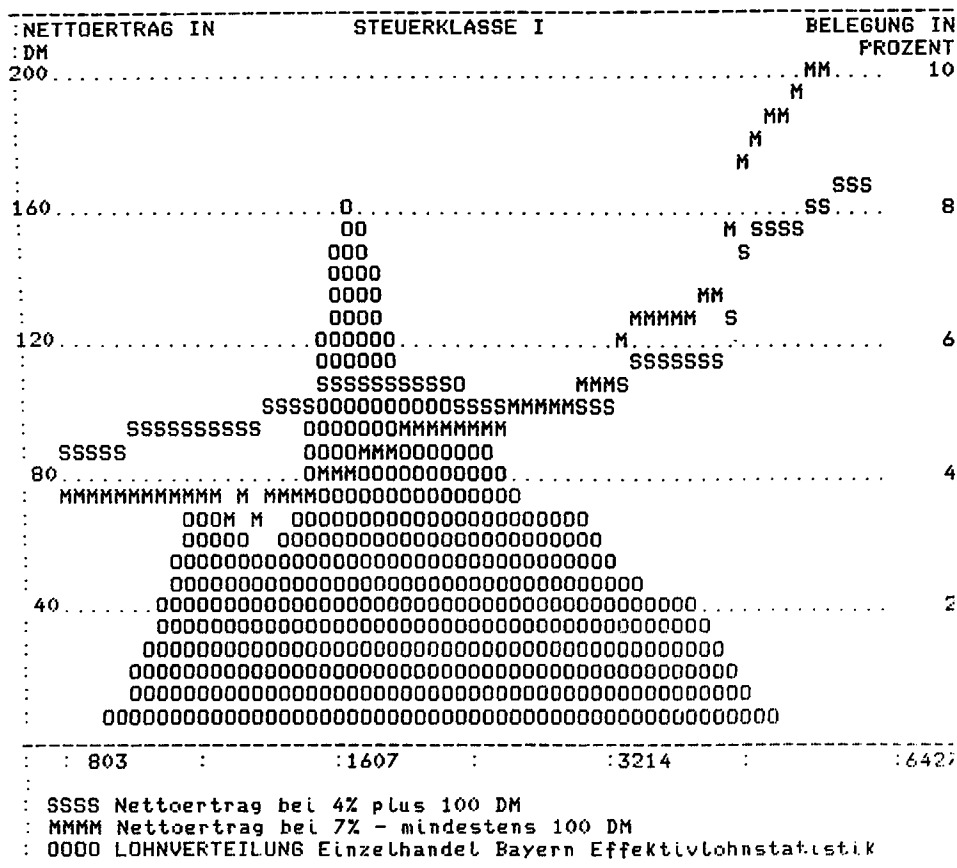
streiks im gehörigen Maßstab zu gebrauchen. Davon wird nämlich abhängen, wie der Schlichtungsspruch ausfällt und ob er eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen enthalten wird.

Quellenhinweis: FAZ 16. und 23.2., Handelsblatt 19/20. 2., Pressedienst des Handels Nr. 6, 8.2.82

## Einzelhandel Nettoerträge verschiedener Forderungen

Im abgebildeten Schaubild ist die Belegung der Lohnklassen im Einzelhandel Bayern von 1981 dargestellt. Miteinbezogen sind auch die Teilzeitkräfte, soweit sie vom Statistischen Landesamt erfaßt wurden. Die Daten der Teilzeitkräfte sind einschließlich 1978 und wurden bis 1981 hochgerechnet, um sie in die Verteilung mit aufnehmen zu können. Alle genannten Löhne sind Effektivlöhne.

Es ist abzulesen, daß ein erheblicher Teil der Beschäftigten im Einzelhandel in den untersten Lohnklassen ist. Die Handelskapitale haben sich so eine Schicht von Beschäftigten geschaffen, die sie zu jeder Zeit und vor allem zu



jedem Preis einsetzen können. Der Durchschnittslohn der Beschäftigten im Einzelhandel Bayern liegt 1981 bei 2094 DM, d.h. die Masse der Beschäftigten liegt unter einem Einkommen von 2000 DM brutto.

Seit Jahren geht es der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung darum, den Anschluß der Löhne der Einzelhandelsbeschäftigten an die der Industrie zu bekommen. Ein weiteres Problem ist die Anhebung der unteren Lohngruppen, die Beseitigung der Teilzeitarbeit, um so das gesamte Lohnniveau im Einzelhandel heben zu können. In manchen Jahren konnte die Gewerkschaft den Einzelhandelskapitalisten vor dem Komma ein paar Prozente mehr als in der Industrie abringen (so 1972 und 1973 und 1978 sowie 1979), dies wurde aber wieder in anderen Jahren zunichte gemacht durch schlechtere Abschlüsse als in der Industrie:

Jahr	Metallind. %	Einzelhandel %
1969	11,4	5,5
1970	24,2	4,5
1971	-	10,0
1972	7,4	9,5
1973	8,6	13,5
1974	14,3	12,5
1975	6,8	7,0
1976	5,4	7,0
1977	7,0	6,5
1978	5,0	6,0
1979	4,3	5,0

Im Schaubild sind die Erträge bei den Forderungen 4% plus 100 DM, was in der Struktur der in Baden-Württemberg von der IGM aufgestellten Forderung entspricht, und 7% mindesten 100 DM, welche die Große Tariffkommission für den Großhandel Bayern genannt hat, aufgezeichnet. Eine Prozent- plus Sockel-Forderung schneidet bei den genannten Problemen am besten ab, da sie die untersten Lohnklassen bis hin in den mittleren Bereich besser stellt. Das gesamte Lohngefüge käme so in Bewegung, was für spätere Jahre wichtig wäre.

## Neue Heimat Reaktionäre gegen gemeinnützige Betriebe

Daß ein Konzern einen Manager entläßt, weil er sich etwas zu Schulden kommen ließ oder die Geschäfte nicht richtig führte, kommt nicht selten vor und erregt in der Öffentlichkeit kaum Aufsehen. Dies ist bei dem vom „Spiegel“ „aufgedeckten“ Skandal um den Aufsichtsratsvorsitzenden der Neuen Heimat Vieter anders, denn dieser Baukonzern ist ein gemeinnütziger Betrieb. Der Aufsichtsrat wird von Vertretern der DGB-Gewerkschaften gebildet. Das Unternehmen verwaltet insgesamt 420000 Wohnungen. In der Öffentlichkeit wird der Skandal von konservativen und liberalen Kräften zum

Anlaß genommen, den Zweck von „Gemeinnützigen Unternehmen“ grundsätzlich in Frage zu stellen. Gemeinnützige Betriebe erhalten nur Steuererleichterungen, wenn sie 4% ihrer eingezahlten Kapitaleinlagen als Gewinn abführen und alle weiteren Gewinne wieder investieren. Der Zweck und das Ziel des Bauunternehmens Neue Heimat ist, gute und preiswerte Wohnungen zu schaffen. Vor Jahren hatten die Kapitalisten dagegen wenig Einwände, das eingesetzte Kapital war ihnen zu groß, und der Gewinn würde erst Jahre später fließen.

Diese reformerische Gegenmachtstrategie hat aber einen erheblichen Schwachpunkt. Der DGB hat nicht begonnen, eine Propaganda gegen die Höchstverdienenden zu führen. Wen soll es da nicht wundern, daß die Vertreter des DGB im Aufsichtsrat dem Gehalt des Vorsitzenden Vieter von 524000 DM im Jahr zustimmen mußten, denn so hoch sind die „üblichen“ Managergehälter. Daß er von so einem Gehalt nicht nur gut leben kann und vielleicht zwei Häuser hat, konnten sich die DGB-Vertreter ausrechnen. Vieter wurde zum Kapitalbildner, die „Golfspielerei“ entsprechend seine Sportart. Erst einmal zum Kapitaleigner geworden, ließ Vieter jegliche moralische Schranke fallen und bereicherte sich ungehemmt.

Jetzt stehen die DGB-Vertreter vor einem großen Scherbenhaufen, entlassen Vieter – aber wen wird das überzeugen? Würde nicht gerade umgekehrt dieser Vorfall, von dem der DGB selber betroffen ist, Argumente liefern, daß der Steuerhöchstsatz von 56% deutlich höher gesetzt werden muß? Ist nicht bekannt, daß in Großbritannien vor Jahren der Steuerhöchstsatz für Einkommen bei 83% lag? Höchstverdienste müssen deutlich begrenzt werden, Anreiz zur Kapitalbildung muß verhindert werden. Die Forderung nach Ergänzungsabgabe, die der DGB aufstellt, richtet sich kaum gegen die Höchstverdienenden, sondern beinhaltet eine Abgabe bei Einkommen von 60000/120000 DM im Jahr.

Der „Spiegel“ deutet schon an, wie er weitermachen will: „Das zweite Prachtstück des DGB neben der Neuen Heimat ist die Bank für Gemeinwirtschaft.“ Mit einer scheinbar „linken“ Kritik soll die Propaganda ermöglichen, den Eindruck und die Übersicht der Gewerkschaften in die Kapital- und Bankenwelt zu beendigen. Hat die Bank für Gemeinwirtschaft die höchsten Polenkredite unter den westdeutschen Banken und treibt im reaktionären Fahrwasser, hoffen die Reaktionäre, daß sie sich dabei in „roten Zahlen“ ersäuft.

Quellenhinweis: „Der Spiegel“ Nr. 6 u. 7/82; „Handelsblatt“ 5.2.; „Welt der Arbeit“ Nr. 7, 18.2.

## Zweitgrößte imperialistische Gläubigermacht, trotz „Leistungsbilanzdefizit“ und „Schulden an Scheichs“!

Während westdeutsche Bourgeoispolitiker und Kapitalistensprecher landauf, landab in immer düsteren Farben über sinkende Erträge der Unternehmen klagen, sind andernorts sehr viel verschwiegene Vertreter der BRD-Finanzbourgeoisie fleißig. Am 10.2. meldete das „Handelsblatt“ frohe Kunde aus Frankfurt:

„Ein recht umfangreiches Programm für die Emission (Ausgabe, d. Red.) von D-Mark-Auslandsanleihen hat der Zentrale Kapitalmarktausschuß ... auf seiner Sitzung in Frankfurt für die kommenden zwei Monate beschlossen. Der Emissionskalender ... umfaßt insgesamt 17 Anleihen mit einem Volumen von 2,35 Mrd. DM.“

2,35 Mrd. DM Auslandsanleihen in zwei Monaten, also Kredite, die ausländische Kapitalisten oder Regierungen bei westdeutschen Banken aufnehmen, das sind in zwölf Monaten 14,1 Mrd. DM. Ein Haufen Geld. Tatsächlich schwimmen die BRD-Finanzkapitalisten im Augenblick in überschüssigem Geld, für das sie Anlage suchen. Für November 81 gibt die Bundesbank in ihrer „Bankenstatistik“ einen Bestand an „privaten Einlagen bei Banken“ (ohne Spareinlagen und Bauspareinlagen, also ohne die Sparguthaben der Lohnabhängigen und die privaten „Spareinlagen“ der Kapitalisten, und ohne die Einlagen der Banken untereinander) von zusammen 454,52 Mrd. DM an. Das entspricht über 150% des Bruttoeinkommens aus „Unternehmertätigkeit und Vermögen“ im ganzen Jahr 1981! Allein die „Termineinlagen“ mit mehr als drei Monaten

Kündigungsfrist machten zusammen über 172 Mrd. DM aus, mehr als 58% des Einkommens aus „Unternehmertätigkeit und Vermögen“!

Wie paßt das zusammen mit den Klagen der Kapitalisten über sinkende bzw. zu geringe Erträge? Die Antwort ist einfach. Zum einen klagen die Kapitalisten über sinkende Erträge *in der BRD* und hier speziell aus der Ausbeutung. Keineswegs aber aus der Zinsplünderung. Zum zweiten aber äußert sich in diesen Klagen der gewöhnliche Schrei des Wucherers nach immer neuem Nachschub an Geld für immer neue Wuchergeschäfte weltweit.

Seit Jahren haben die BRD-Kapitalisten wachsende Teile dieser angesammelten Profite ins Ausland geschafft, genauer: an ausländische Schuldner geliehen. Wo immer sich ein „Kreditbedarf“ auftut, waren westdeutsche Banken zur Stelle, um bereitwilligst zu „leihen“. Schritt für Schritt und in zähem Konkurrenzkampf mit ihren imperialistischen Rivalen haben die BRD-Imperialisten so profitable Anlagemöglichkeiten für ihre Kapitalüberschüsse erobert und sich zu einem großen internationalen Wucherer gemauert. Noch 1965 betrugen die Bruttoforderungen westdeutscher Banken an „Ausländer“ „nur“ 14,5 Mrd. DM. Im September 1981 erreichten die nur von den Banken aufgeschätzten Forderungen an „Ausländer“ brutto die stolze Summe von 177,6 Mrd. DM, die Forderungen westdeutscher Industriekapitalisten nur aufgrund von Handelskrediten weitere 104,9 Mrd. DM. Macht zusammen 282,5 Mrd. DM. Je-

der Pfennig davon mit saftigen Zinsansprüchen versehen, also Ansprüchen auf Produkte anderer Länder, hergestellt von den Bauern und Arbeitern dieser Länder zu dem einzigen Zweck, die Zinsforderungen westdeutscher Finanzbourgeoisie zu befriedigen.

Die Laufbahn der BRD-Imperialisten in den letzten Jahren als internationale Wucherer ist wirklich abstoßend. Nicht nur, daß sie inzwischen nach den US-Imperialisten zweitgrößte Wucherer dieses Erdballs geworden sind und z.B. Großbritannien trotz dessen altem Kolonialvermögen, trotz Nordseeöl, weit hinter sich gelassen haben. Die Einnahmen der BRD aus diesen „Leihgeschäften“, möglich geworden durch die Profitmassen, die die Kapitalisten aus den Arbeitern herauspreßten, stiegen mehr als achtmal so schnell wie ihre *in der BRD* erzielten Einnahmen, die von der Bundesbank – ungenau genug – als „Einnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ erfaßt werden.

Jahre	Brutto-Eink.a. Untern.-Tätig- keit u. Verm. in Mio. DM	Kapitalerträge a. d. Ausland – brutto – in Mio. DM	in %
60–64	512 900	5 259	1,0
65–69	682 840	11 879	1,7
70–74	974 470	46 592	4,8
75–79	1 348 340	78 060	5,8
80–81*	615 800	52 244	8,5

Quellen: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1981/82. Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik 1972, 1977, 1982. Alle Angaben sind für die jeweiligen Jahre kumuliert. \*) Angaben für 1981 vorläufig bzw. geschätzt.

Ohne Zweifel: dieses aufgeschätzte Forderungsvolumen der BRD-Imperia-



Die BRD holt einen wachsenden Teil ihres Reichtums aus der Plünderung der Dritten Welt. Links: F. K. Flick und BDI-Chef von Brauchitsch auf dem Weg zum Bremer „Schaffermahl“. Rechts: Kaffee-Ernte in Kolumbien. Hauptabnehmer: BRD.



## IWF: BRD Großaktionär in der imperialistischen Zentralbank

### Gründung des IWF

1941 gab der US-Kongreß den Auftrag zur Planung eines internationalen Währungssystems. 1943 legten die USA den Alliierten ihren Vorschlag vor, der beinhaltete: feste Wechselkurse durch Bindung der nationalen Währungen an den Goldstandard, freier Devisenverkehr und Abbau von Devisenzwangsbewirtschaftung, Schaffung eines Fonds zur Überbrückung von Defiziten in der Zahlungsbilanz (Saldo der Handels-, Dienstleistungs-, Übertragungs- und Kapitalbilanz mit dem Ausland) der einzelnen Fonds-Mitglieder. Die USA setzten ihren Vorschlag gegen den britischen Keynes-Plan durch, der ein System flexibler Wechselkurse – u.a. zur Verminderung der britischen Kriegsschulden durch Abwertung – vorsah.

1944 beschloß die Weltwährungskonferenz in Bretton Woods das IWF-Abkommen. Darin heißt es: „Die Ziele des Internationalen Währungsfonds sind: (i) die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik durch eine ständige Einrichtung zu fördern ... (ii) die Ausweitung und das in sich ausgeglichene Wachstum des Welthandels zu erleichtern ... (iii) die Stabilität der Währungen zu fördern, geordnete Währungsbeziehungen zwischen den Mitgliedern aufrechtzuerhalten und Währungsabwertungen aus Wettbewerbsgründen zu verhindern ... (v) das Vertrauen der Mitglieder dadurch zu stärken, daß ihnen zeitweilig unter angemessenen Sicherungen die Mittel des Fonds zur Verfügung gestellt werden und ihnen so die Gelegenheit gegeben wird, Unausgeglichheiten in ihrer Zahlungsbilanz zu bereinigen ...“ Laut Artikel VIII sind die IWF-Mitglieder zum freien Devisenverkehr und zur

Konvertierbarkeit ihrer Währungen verpflichtet.

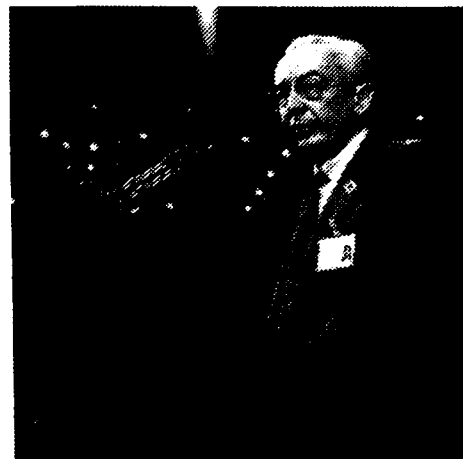
Das Abkommen enthielt keine Festlegung, was das Weltgeld für den internationalen Zahlungsverkehr sein sollte. Praktisch hatten die USA mit dem Ausgang des zweiten Weltkriegs, mit dem Zusammenbruch der Wirtschaften ihrer imperialistischen Konkurrenten, den Dollar ohnehin als Weltgeld etabliert. Das ermöglichte ihnen auf Jahrzehnte, den Münzgewinn einzustreichen, Importe also mit der Notenpresse zu bezahlen. Da der US-\$ 1945 die einzige Währung mit Golddeckung war, bedeutete die IWF-Bindung der anderen Währungen an den Goldstandard die Bekräftigung der Weltgeltung des US-Dollar. Die IWF-Auflage, den Devisenverkehr freizugeben, erlaubte den USA das ungehinderte Eindringen in fremde Märkte und verhinderte, daß ein IWF-Mitglied seine nationale Wirtschaft durch Abkoppelung vom Weltmarkt aufbauen konnte.

Den imperialistischen Alliierten der USA dagegen blieb aufgrund ihrer Kriegsschulden an die USA kaum eine andere Wahl als der IWF-Beitritt; außerdem sahen sie die Chance, ihre Konkurrenzposition durch den „freien Welthandel“ längerfristig zu stärken. Damit die zahlungsunfähigen westeuropäischen Länder überhaupt am Welthandel teilnehmen konnten, legten die USA als Starthilfe das ERP-Kreditprogramm („Marshallplan“) auf.

### Aufbau des IWF

1981 hatte der IWF 141 Mitglieder; das Fondsvermögen belief sich auf 60 Mrd. Sonderziehungsrechte (ca. 156 Mrd. DM). Das Vermögen ist durch die Mitgliederzahlungen nach ihren Quoten (festgesetzt

nach Wirtschaftsprodukt, Währungsreserven, Ein- und Ausfuhrposition) zustande gekommen. 1981 kontrollierten die USA, Kanada, Japan, die EG-Länder (ohne Griechenland) sowie Schweden, Österreich und Norwegen 55% der Quoten und damit zugleich der Stimmanteile im IWF. Oberstes Entscheidungsorgan ist der jährlich tagende Gouverneursrat, besetzt von jedem IWF-Mitglied. Die laufenden Geschäfte leitet das Exekutivdirektorium; von den 20 Direkto-



Geschäftsführender IWF-Direktor de Larosière auf der IWF-Jahresversammlung 1981 in Washington

ren stellen die fünf IWF-Mitglieder mit der höchsten Quote (darunter die BRD) je einen. Zentrales Instrumentarium der IWF-Politik sind die Konsultationen mit den Mitgliedsländern: „Der Fonds hat es verstanden, die jährlichen Konsultationen über ihren ursprünglichen Zweck (Kontrolle der weiteren Notwendigkeit von Devisenbeschränkungen) hinaus auf eine Überprüfung der gesamten außen- und binnenwirtschaftlichen Entwicklung der Mitglieder

listen gegenüber fremden Staaten, v.a. der Dritten Welt, ist eine schwere Belastung für diese Schuldner und für die westdeutschen Lohnabhängigen. Nicht nur, daß sie geschunden wurden und schwitzen mußten, um den Kapitalisten die Profite zu verschaffen, die diesen erlaubten, als internationale Wucherer groß zu werden. Nicht nur, daß mit diesen Profiten im Ausland Fabriken angelegt wurden, dort Lohnabhängige von BRD-Kapitalisten ausgebeutet werden und so Druck auf den Lohnstandard in der BRD ausgeübt wird. Hinzu kommt: je mehr Forderungen westdeutscher Kapitalisten und Banken gegen fremde Völker, um so mehr Einmischungsvorwände und Einmischung der BRD in fremde Staaten. Um so mehr Erpressungsmöglichkeiten. Wann werden daraus Kriegs- und Interventionsvorwände? Die Großmäuligkeit eines Helmut Schmidt als „Weltökonom“, die Ostlandsiedlermanieren eines Carstens auf Rumänienbesuch, die verschlagene Reisege-

schäftigkeit eines Genscher und Lambsdorff ruhen auf diesem Fundament westdeutscher „Gläubigerrechte“.

Wie konnte es dann den westdeutschen Kapitalisten jahrelang doch im



Wuchergeschäfte bereiten Ausbeutung und Rohstoffplünderung den Weg. Bleistiftproduktion in Brasilien mit BRD-Beteiligung und ...

Großen und Ganzen gelingen, das öffentliche Interesse, die öffentliche Aufmerksamkeit von dieser ihrer Wucherer- und Ausblutertätigkeit ab- und dem BRD-„Leistungsbilanzdefizit“ zuzulenken? Darauf, daß die BRD jetzt sogar von „den Scheichs“ Geld leihen muß?

Im wesentlichen durch einen Buchfälschertrick. Denn: Bundesbank, Regierung, Banken und Industriekapitalisten hatten Ende 1980 zwar gegen fremde Staaten Forderungen von zusammen 488,1 Mrd. DM (unter Einschluß der Währungsreserven der Bundesbank) angesammelt. Dem standen aber Schulden der BRD an das Ausland von 426,6 Mrd. DM scheinbar gegenüber. Beides voneinander abgezogen macht „nur“ noch ein Netto-Auslandsvermögen von 61,5 Mrd. DM. Könnte man da nicht einfach Forderungen und Verbindlichkeiten der BRD gegenüber dem Ausland miteinander verrechnen, und Schluß ist mit

auszudehnen ...“ (Hauptmann, a.a.O., S. 45)

#### *IWF-Geschäftspolitik, Sonderziehungsrechte*

Nach dem IWF-Abkommen besteht die Haupttätigkeit in „Hilfen“ bei Zahlungsbilanzdefiziten. Das IWF-Mitgliedsland kann den Gegenwert eines Teils seiner IWF-Einlage, der von anderen IWF-Mitgliedern in Anspruch genommen wurde, in den benötigten Devisen abrufen und muß dafür in Landeswährung seine Quote wieder auffüllen. Ist die Einlage des Landes vom IWF nicht in Anspruch genommen, weil die Landeswährung international nichts gilt, oder geht der Devisenbedarf über die Quote hinaus, so muß das Land sich den IWF-Erpressungen unterwerfen und Zinsen zahlen (gegenwärtig 6,25%), um die vier Kredittranchen bis zu 200% der Quote in Anspruch zu nehmen. Überschreitungen der 200%-Marke sind möglich z.B. bei der Finanzierung von Ausfuhrerlösschwankungen oder Energieimporten. IWF-Kredite für Rohstofflager gibt es nur, wenn der Zweck der Rohstoffabkommen *nicht* die längerfristige Beeinflussung der Preise ist.

Die 1969 mit der Zerrüttung des Systems fester Wechselkurse zum ersten Mal geschaffenen Sonderziehungsrechte sind künstliches Weltgeld. Für die IWF-Mitglieder sind die SZR quasi Bezugsscheine auf harte Devisen. Den Marktkurs der SZR errechnet der IWF heute nach den Kursen der fünf wichtigsten Währungen, die mit unterschiedlichem Gewicht in die SZR-Bestimmung eingehen. Zugeteilt werden die SZR nach den Quoten und nur unter der Verpflichtung, bei Devisenbedarf anderer IWF-Mitglieder weitere SZR zu nehmen und dafür konvertible, nicht Umtauschbeschränkungen unterliegende Währungen abzugeben. Vergeblich sind bislang die Entwicklungsländer gegen diese doppelte Benachteiligung gesturmt.



Volksaufstand Ägypten 1977 gegen Preiserhöhungen, die der IWF der Regierung aufgezwungen hatte

#### *Die Rolle der BRD im IWF*

1952 trat die BRD dem IWF und der Weltbank bei. In den 30 Jahren ist ihre Quote auf 5,16% gestiegen, sind die BRD-Imperialisten zum drittgrößten Aktionär im IWF geworden und zugleich einer der Hauptgläubiger im IWF. Nach dem Dollar ist die DM heute zweitwichtigste internationale Reservewährung. Bis in die sechziger Jahre stützten die BRD-Imperialisten das System fester Wechselkurse und die Vorherrschaft des Dollar, weil der immer mehr überhöhte Dollarkurs ihre Exporte verbilligte und damit ihre Expansion auf dem Weltmarkt förderte. Später machten sie sich zum Vorkämpfer der Änderung des internationalen Währungssystems, der Abkehr vom Gold-/Dollar-Standard. Ziel war die Stärkung der Stellung der DM, um den Kapitalexport zu fördern. Der spätere Bundesbank-Präsident Emminger schlug schon 1965 ein System flexibler Wechselkurse vor. Den Wor-

ten folgten Taten: 1971 gab die Bundesbank den DM-Kurs frei, und andere Imperialisten schlossen sich an; die USA waren zur massiven Dollar-Abwertung gezwungen und hoben die Golddeckungsverpflichtung des Dollar auf. Die in Bretton Woods etablierte Währungsherrschaft der USA war dahin. – Durch Bundesgesetz sind alle Rechte und Pflichten der IWF-Mitgliedschaft direkt der Bundesbank übertragen und damit völlig unter Kontrolle des BRD-Finanzkapitals.

#### *Entwicklungsländer im IWF*

Die meisten Länder der Dritten Welt sind IWF-Mitglieder. Soweit sie ihren nationalen Aufbau nicht weitgehend aus eigener Kraft bestreiten (können), sondern weiter an den imperialistischen Weltmarkt gefesselt sind, ist die IWF-Mitgliedschaft unumgänglich a) für den Zugang zu dringend benötigten Devisen, b) für Kredite von imperialistischen Geschäftsbanken, denen die IWF-Erpressungen Gütesiegel für die Kreditwürdigkeit eines Landes sind, c) für den Zugang zu Weltbank-Krediten, die zu weit niedrigeren Zinssätzen zu haben sind als Kredite auf dem freien Kapitalmarkt; die Mitgliedschaft in der Weltbank ist an die IWF-Mitgliedschaft gebunden. Seit über zehn Jahren fordern die Länder der Dritten Welt eine Änderung der diskriminierenden Quoten- und Stimmrechtsverteilung im IWF, die Übertragung von neuen SZR vorzüglich an Entwicklungsländer, die Ausgabe neuer SZR gebunden an zusätzliche zinsgünstige Entwicklungshilfe und ein Ende der IWF-Krediterpressungen. Die jüngste IWF-Jahrestagung hat dagegen die Weichen für höhere Zinslasten und verschärfte Kreditaufgaben gestellt.

Quellenhinweis: International Monetary Fund, Annual Report 1981, Washington 1981; Rudolf Hauptmann, Das Geld der Welt, Köln 1977; Deutsche Bundesbank, Internationale Organisationen und Abkommen in Bereich von Währung und Wirtschaft, Frankfurt 1978.

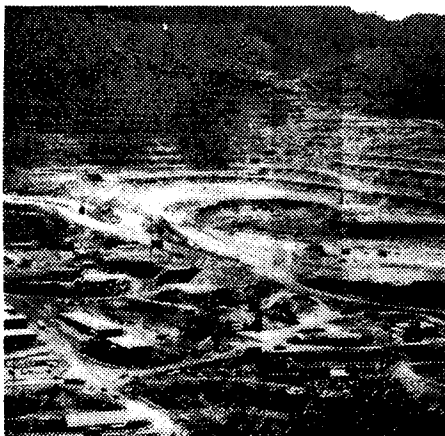
der imperialistischen Wuchererherrschaft?

Pustekuchen! Denn: schon wenn man Forderungen und Verbindlichkeiten nach einzelnen Ländern untergliedert, geht diese Sorte „Verrechnung“, von den Bourgeoispropagandisten hierzulande nahegelegt mit dem Hinweis auf die „Schulden bei den Saudis“ usw., nicht mehr auf. Dann ergibt sich nämlich, um nur die BRD-Banken im September 1981 zu nehmen, für die uns aufgeschlüsselte Zahlen der Bundesbank vorliegen, folgendes Bild: Gegenüber *allen* fremden Staaten *zusammen* hatten diese zu diesem Zeitpunkt um 29,451 Mrd. DM mehr Forderungen als Schulden. Nach *einzelnen* Ländern bzw. Ländergruppen aufgeschlüsselt ergibt sich aber:

– gegenüber allen europäischen Ländern (mit Ausnahme der Schweiz, Belgien/Luxemburgs – bzw. nur Luxemburgs, über das aber nur Zahlen zusammen mit Belgien vorliegen – und Großbritanniens) ein „Forde-

rungsüberschuß“ der BRD-Banken von 29,128 Mrd. DM;

– gegenüber den „Staatshandelsländern“ (den RGW-Staaten sowie der VR China und Nordkorea) ein Forderungsüberschuß von 12,118 Mrd. DM;



... Kupferbergbau in Papua-Neuguinea. An dem Tagebauprojekt Ok Tedi ist die BRD mit 20% beteiligt.

– gegenüber den Staaten der Dritten Welt (ohne OPEC und ohne die imperialistisch kontrollierten „Finanzzentren“ und „Steuerparadiese“ Bahamas, Bermudas, Kaimaninseln, Niederantillen, Panama, Singapur und Hongkong) ein Forderungsüberschuß von 17,971 Mrd. DM;

– gegenüber den OPEC-Staaten (mit Ausnahme Irak und Saudi-Arabien) ein Überschuß von 3,75 Mrd. DM;

– gegenüber den USA ein Forderungsüberschuß von 7,51 Mrd. DM.

Macht zusammen gegenüber diesen Staaten um 70,477 Mrd. DM höhere westdeutsche Bankforderungen als Schulden! Dem standen – scheinbar – gegenüber: Netto-Schulden an die Schweiz von 21,363 Mrd. DM, an Großbritannien von 6,153 Mrd. DM, an Belgien/Luxemburg von 5,25 Mrd. DM, an Saudi-Arabien und Irak von 11,343 Mrd. DM, an von imperialistischen Banken kontrollierte „Finanzzentren“ in der Dritten Welt wie die Bahamas usw. von 3,697 Mrd. DM.

## EAK: Vom Erlösungsgedanken zum Erlösdenken

Der „Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU“ hat sich mit neuen Thesen in die entwicklungspolitische Diskussion eingebracht; die achte These beschreibt, wie die Entwicklungswelt sein sollte, die neunte, warum sie nicht so ist.

„THESE 8: Grundlage einer gesunden Entwicklung sind eine ertragreiche Landwirtschaft, ein solides Handwerk und ein funktionierender Binnenmarkt. Die Entwicklung der ländlichen Gebiete ist dabei ebenso wichtig wie der Aufbau von Industrie und die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Probleme, die sich aus dem sich ständig beschleunigenden Verstärkerprozeß ergeben.“

Und wieso will sich dies Gute nicht zeigen?

„THESE 9: Die Energiefrage wird immer mehr zu einem Schlüsselproblem der Entwicklung. Die Hauptursache der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Probleme ist die Ölpreisentwicklung. Deshalb halten wir ein neues Energiekonzept für die Industriestaaten und die Erschließung der in den Entwicklungsländern selbst vorhandenen Energieressourcen durch neue Technologien für eine vordringliche entwicklungspolitische Aufgabe.“

Diesen Thesen liegt ein reiner Renditestandpunkt zugrunde. Schwer dürfte nämlich nachzuweisen sein, daß die Schaffung einer ertragreichen Landwirtschaft von den Ölpreisen abhängt. Immerhin hat die Volksrepublik China demonstriert, daß ein landwirtschaftlicher Ertrag, der eine ausreichende Grundlage für industrielle Entwicklung liefert, durch eine Revolution der Produktionsverhältnisse erzielt werden kann. Der evangelische Arbeitskreis spricht nicht von einer Landwirtschaft, deren Ertrag zur Industrialisierung ausreicht, sondern allgemein, von einer „ertragreichen“ Landwirtschaft. Der Maßstab für diesen vagen Begriff ist mit den Spitzenenerträgen, die mechanisierte und chemisierte Landwirtschaften erbringen, gegeben und damit auch eine sachliche Verbindung zur These 9ten, – schuld an allem sind die Ölpreise!

Schon wahr, die Entwicklungsländer müssen viel Geld für Öleinkäufe ausgeben. Aber – grob geschätzt – ein Drittel dieses Betrages haben sie für

Zins bzw. Kapitalrendite an imperialistische Länder zu blechen. Für den einen Betrag erhalten sie immerhin Öl, für den anderen? Im übrigen wäre zu erforschen, welcher Anteil ihrer Ölrechnung auf die Versorgung von Unternehmungen geht, die sowieso im Besitz imperialistischer Monopole sind und ihr Hauptanliegen z.B. im Abbau und Abtransport unbezahlter Rohstoffe aus diesen Ländern haben.

Der Ausweg, den die schwarzen, auf Rendite dressierten Pudel erschnüffeln: Erlösung der Entwicklungsländer aus tiefer Ölpreisnot durch „neue Technologien“ zwecks Erschließung vorhandener Ressourcen. Wer wird die neuen Technologien liefern, wer wird's bezahlen, wer sich an Zins und Tilgung laben? Wenn man bedenkt, daß Erlöse aus Rohstofflieferungen nicht selten Heiden und oft sogar den schlimmen Muslim in die Hände fallen, dieweil Zins, Rendite und Tilgung die christliche Gemeinschaft stärken, erkennt man trotzdem, wie edel und tief christlich der EAK sich gründet.

Quellenhinweis: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Zur Entwicklungspolitik; CDU, Zum Thema: Entwicklungspolitik, Solidarisch gegen Armut und Not in der Welt.

Weiter: in fast all diesen westdeutschen „Gläubigerstaaten“ sind BRD-Banken vertreten. In Luxemburg etwa stellen westdeutsche Banken die Mehrheit aller ausländischen Bankniederlassungen und übertreffen die eigentlichen „luxemburgischen“ Banken an Finanzkraft bei weitem. In Wirklichkeit sind also ein großer Teil westdeutscher „Auslandsschulden“ nur Schulden westdeutscher Banken an ihre eigenen ausländischen Niederlassungen.

Schließlich: soweit die BRD-Imperialisten im Ausland Geld leihen, tun

sie das nicht, weil es ihnen in der BRD an Leihkapital fehlt, sondern einzig und allein, weil sie dieses Geld in einzelnen Ländern zu *niedrigerem* Zins leihen können als in der BRD. So umgehen die Finanzbourgeois die hohen Zinsen in der BRD, soweit sie das Geld selbst brauchen; vor allem aber leihen sie billiges Geld, um es sodann zu westdeutschen Zinsen, sprich *höheren*, sofort weiterzuverleihen!

Für diese Sorte „internationale Bankgeschäfte“ haben die BRD-Imperialisten und ihre imperialistischen

Kumpane das feine Wort vom „Ressourcentransfer“ erfunden (zu deutsch etwa: „Vermögensübertragung“). Insbesondere auf die „Überschüsse“ einzelner OPEC-Staaten haben sie es dabei abgesehen und gleich noch ein Fremdwort hinzugefügt: Recycling (Rückschleusung). Die Gelder der OPEC müßten unbedingt in die „Weltwirtschaft“, sprich: ihre Kassen, zurückfließen, um dann an die „Bedürftigen“, sprich die Staaten der Dritten Welt, verliehen zu werden. Daß insbesondere die imperialistischen Banken dabei fette Zinsgewinne einstreichen, die „Geschäftsbeziehungen“ für ihre Vettern von der Industrie knüpfen und am Ende vom Lied sowohl die OPEC-Gelder wie die Zinszahlungen der Dritten Welt in den Taschen der Imperialisten landen und dahin der eigentliche „Ressourcentransfer“ stattfindet – wer wird denn bei der öffentlichen Meinungsbildung auf solche „Kleinigkeiten“ achten?

Die westdeutschen Imperialisten jedenfalls haben an solcher Sorte „internationale Geschäfte“ in den letzten Jahren zunehmend Gefallen gefunden. Zwischen 30 und 40% des Profits westdeutscher Großbanken stammt heute aus diesem „internationalen Bankgeschäft“. Dabei suchen sich die BRD-Banken gerne ausländische Finanzplätze, die den Vorteil bieten, daß sie weder unter die BRD-Steuer Gesetze fal-



Polizei, „schutz“ vor dem VW-Werk Sao Bernardo do Campo in Brasilien gegen streikende Arbeiter.

len, noch unter die Mindestreservevorschriften der Bundesbank, noch unter die westdeutsche Gesetzesvorschrift, daß die Summe aller verliehenen Bankkredite das 18fache des Grundkapitals einer Bank nicht überschreiten darf.

Freilich mischen sich in die Begeisterung der Banken über derlei Geschäfte in jüngster Zeit auch sorgenvolle Töne. Was ist, wenn ein Land der Dritten Welt oder zum Beispiel Polen zahlungsunfähig wird unter der Last seiner imperialistischen Ausbluter? Was, wenn dann eine große Bank zusammenbricht und in ihrem Gefolge eine ganze Kette anderer Banken in den Abgrund reißt? Wird dann der IWF als „gemeinsame Versicherungskasse“ aller Imperialisten einspringen? Was, wenn nicht? Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Wilfried Guth verkündete jüngst, welche Konsequenzen seine Bank aus diesen wachsenden „Länder Risiken“ ziehen will. Künftig werde man sich wieder mehr dem „eigentlichen internationalen Bankgeschäft“ zuwenden, nämlich der Exportfinanzierung, also der Vorstreckung von Krediten an ausländische Abnehmer westdeutscher Waren zur Bezahlung eben dieser Waren. Den mit westdeutschen Warenexporten beglückten Ländern wird dabei das Fell gleich zweimal über die Ohren gezogen. Einmal müssen sie für die teuren westdeutschen Exporte zahlen. Gleichzeitig müssen sie sich für diese ihre Importe bei den westdeutschen Imperialisten verschulden, worüber die BRD-Imperialisten ihre nächsten Exportaufträge in Ruhe „vorbereiten“, sprich erpressen können und obendrein noch Zins auf ihre Warenexporte kassieren.

Daß diese Sorte Geschäfte „sicher“ ist, dafür hat die Bundesregierung schon lange gesorgt: Mit jedem Haushaltsplan der Bundesregierung beschließt der Bundestag ebenfalls über die Summe der Bürgschaften, mit denen die Bundesregierung notfalls aus ihren Haushaltsgeldern, sprich den Steuern der Lohnabhängigen, den Kapitalisten bei Nichtbezahlung eines ihrer Exportgeschäfte durch den ausländischen „Kunden“ beiseitespringt. Diese „Bürgschaften“ sind in den letzten Jahren – mit steigendem „Zahlungsrisiko“ im Exportgeschäft – beschleunigt angestiegen. Im Haushalt 1982 macht die Garantiesumme der Bundesregierung für die „Sicherung unserer außenwirtschaftlichen Position“ – so der Finanzminister in seinem „Finanzbericht“ – 160 Mrd. DM aus.

Quellenhinweis: Sachverständigenrat, Jahresgutachten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1981/82, Bonn; Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1980, Finanzbericht 1982; Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, 1972, 1977, 1982; Ursel Steuber, Internationale Banken, Hamburg 1974; IFO-Institut, IFO-Studien, 2–3/81, München; Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, div. Ausgaben; Bundesverband Deutscher Banken, Die Bank, div. Ausgaben der Jahre 1977 bis 81; Euromoney und The Banker, div. Ausgaben 1981/82.

## Die BRD-Imperialisten gehören zu den größten Wucherern der Welt

Von dem Schuldenberg, den die Imperialisten auf die Länder der Dritten Welt getürmt haben, halten die westdeutschen Finanzbourgeois mindestens ein Sechstel. Hinter den USA belegen sie damit vermutlich den zweiten Platz (genau vergleichbare, regional aufgeschlüsselte Zahlen für andere Länder lagen uns nicht vor).

**Verschuldung der Dritten Welt  
(Ende 1980, in Mrd. DM)**

Gläubiger	insges.	BRD	in %
Westl. Imp.	687,6	115,1	16,7
staatl. Kredite	111,7	28,0	25,1
Exportkredite	223,3	32,4	14,5
Kapitalmärkte	352,6	39,0	11,1
– Bankkredite	291,9	28,5	9,8
Planwirtschaften	35,7		
and. Entw.länder	49,0		
sonstige	121,5		

Quellen: OECD-Observer, 11/81. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/1981.

Der Wucher, den die westdeutschen Banker weltweit treiben, ist damit noch eher beschönigt. Denn einen Großteil ihrer Auslandskredite wickeln sie über Filialen in Luxemburg ab. So kommt es, daß „luxemburgische“ Geschäftsbanken 1980 mit 105 Mrd. \$ höhere Auslandsforderungen hatten als die westdeutschen an ihren Stammsitzen (85,2 Mrd. \$). Die Auslandsfilialen mitgerechnet, erhöht sich die Verschuldung der Länder der Dritten Welt (ohne „off-shore“-Bankplätze wie die Bahamas oder Hongkong) an westdeutsche Banken um rund 10 Mrd. DM.

Die folgende Tabelle zeigt den Anteil, den westdeutsche Banken an der Gesamtschuld einiger Länder der Dritten Welt gegenüber westlichen Geschäftsbanken halten. In einigen Ländern, so z.B. in der Türkei, sind

die Frankfurter Banker Hauptgläubiger. Kein Wunder, daß westdeutsche Politiker die „Koordination“ der Türkeiutschhilfe übernehmen.

**Die zehn Hauptschuldner der westdeutschen Banken in der Dritten Welt  
(Ende 1980; in Mio. DM)**

Land	Schulden an BRD-Banken <sup>1</sup>	Schulden an westl. Banken insg. <sup>2</sup>
Indien <sup>3</sup> . . . .	3 602	2 004
Brasilien . . .	3 231 <sup>4</sup>	89 440
Türkei . . . .	3 082	8 557
Israel . . . . .	2 800 <sup>5</sup>	9 497
Iran . . . . .	2 226	10 179
Algerien . . .	1 858	17 696
Indonesien .	1 810	12 291
Venezuela .	1 677	47 645
Pakistan . . .	1 639	2 535
Ägypten . . .	1 630	6 471

1) lt. Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank. 2) lt. Bank für internationalen Zahlungsausgleich, Basel. 3) Schulden an BRD-Banken höher als an westl. Banken insg.; vermutlich wegen unterschiedlicher Erfassungsgrundsätze der Quellen. 4) plus 2 581 Mio. DM an Auslandsniederlassungen von BRD-Banken. 5) plus 239 Mio. DM an Auslandsniederlassungen.

Um einen Eindruck von der Entwicklung der imperialistischen Konkurrenz zu erhalten, haben wir auf der Tabelle unten die Auslandskapitalanlagen der drei wichtigsten Kapitalexporture zusammengestellt. In diesem Räuberclub haben die westdeutschen Bourgeois ihre Position ausbauen können. Bei den privaten Auslandsinvestitionen haben sie gegenüber den USA und Großbritannien aufgeholt, bei den staatlichen Krediten ihren Anteil gesteigert. Bei Bank- und Handelskrediten ist der Geschäftsanteil der BRD zwar gefallen, aber immer noch fast dreimal so hoch wie der Großbritanniens. Auf diesem Sektor hat auch Japan die britischen Imperialisten überflügelt: Seine langfristigen Auslandsforderungen betrugen 1979 145 Mrd. DM.

**BRD, USA, Großbritannien: Kapitalanlagen im Ausland 1975 und 1980  
(Jahresende, in Mrd. DM; in Klammern % von der Gesamtheit der drei Länder)**

		BRD	USA	GB
Private Auslandsinvestitionen	1975	57,7 (9,2)	441,4 (70,7)	125,0 (20,0)
	1980	110,1 (12,6)	539,9 (61,6)	226,3 (25,8)
Bank- und Handelsforderungen	1975	150,3 (38,6)	203,9 (52,4)	35,0 (9,0)
	1980	259,6 (32,0)	465,7 (57,3)	87,0 (10,7)
staatl. Forderungen (o. Währungsres.)	1975	29,2 (18,4)	109,6 (69,2)	19,6 (12,4)
	1980	36,5 (20,1)	124,5 (68,5)	20,8 (11,4)
insgesamt	1975	237,2 (20,2)	754,9 (64,4)	179,6 (15,3)
	1980	406,2 (21,7)	1 130,1 (60,4)	334,1 (17,9)
Kapitalerträge	1975	12,4	45,4	
	1980	23,9	115,4	38,3

Quellen: BRD: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/1981. GB: Britain Overseas Trade and Payments. USA: Survey of Current Business, 8/1976 und 8/1981.

## Stahl: Erste Lohnverhandlungen

**Krefeld.** Ohne ein Angebot der Kapitalisten wurden die ersten Lohnverhandlungen für die rund 200000 Beschäftigten der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Osnabrück und Bremen am 19. Februar vertagt. Die IG Metall fordert 7,5%. Die Große Tarifkommission der IGM hatte sich mehrheitlich gegen die Aufstellung einer Mindestforderung ausgesprochen. IG Metall-Bezirksleiter Bräuer betonte allerdings, der IG Metall ginge es in diesem Jahr darum, ein weiteres Auseinanderdriften der Tarifföhne bei Metall und Stahl zu verhindern. Die nächsten Verhandlungen sind am 12. März.

## Statt IC-Benutzung: Soldatentransporte

Bundesbahn und Verteidigungsministerium planen, ab 23.2.82 Soldaten aus den Intercity-Zügen zu verbannen, denn ab dann sind pro IC nur noch 144 Soldaten zugelassen. Zulassungskarten gibt die Bundeswehr aus. Stattdessen sollen Sonderzüge eingesetzt werden, um die Masse der Soldaten zwischen Norddeutschland und NRW hin und her zu

Am 15.2.82 protestierten 500 Mitglieder der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen vor dem Kaufhof Leverkusen gegen die Kündigung von drei Betriebsräten. Der Kaufhof-Vorstand hatte die Kündigungen wegen angeblich unkorrekter Fahrtkostenabrechnung zu einem HBV-Seminar fristlos ausgesprochen. In mehreren Verhandlungen hatte selbst der HBV-Vorsitzende ihre Rücknahme nicht erreichen können. Dem Vorstand ging es um die Eliminierung der HBV aus dem Betriebsrat. 110 Solidaritätsadressen gingen am 15.2. ein.

befördern. Absicht dabei ist, die Armeeangehörigen aus dem öffentlichen Bahnverkehr auszukoppeln, damit solche lückenlose Militärüberwachung der Soldaten möglich wird wie bei den Rekrutenverladungen. Die Nettoreisezeit z.B. für die Strecke Hamburg/Köln erhöht sich dadurch um eine halbe Stunde, potenziert sich aber beim Warten auf Anschlüsse, die am IC-Rhythmus orientiert sind. Der DGB-Jugendsekretär Brauser hat das Verteidigungsministerium aufgefordert, die Maßnahme zugunsten der Wehrpflichtigen zu korrigieren.



Mit einem Erfolg der Lokführergewerkschaft ASLEF endete der britische Lokführerstreik am 18. Februar. 27000 ASLEF-Mitglieder hatten sechs Wochen lang sonntags, mittwochs und donnerstags den gesamten Eisenbahnverkehr zum Erliegen gebracht. British Rail wollte ihnen 3% der 11% nicht zahlen, die im August 1981 vereinbart worden waren. Damals waren diese 3% an „Produktivitätssteigerungen“ gebunden worden. Darunter verstand BR plötzlich etwas sehr Spezifisches: Die Abschaffung des 8-Stunden-Tages und Einführung eines „flexiblen Schichtplans“ mit 7- bis 9-Studentagen. Anders als die größte Eisenbahnergewerkschaft NUR hatte ASLEF dieser Regelung nicht zugestimmt. Nach 14 Streiktagen fand eine „unabhängige Kommission“ heraus, daß die Gewerkschaft recht hatte. Nach weiteren drei Streiktagen akzeptierte BR dies Ergebnis. Die Frage der Arbeitszeitregelung soll jetzt in den normalen Verhandlungen ausgetragen werden, BR zahlt sofort die 3% rückwirkend. Wütende Tory-Abgeordnete fordern den Kopf von BR-Chef Sir Peter Parker. Bild: ASLEF-Gewerkschaftssekretär Buckton auf dem TUC-Kongreß.



## Siemens will Sozialplan aushöhlen

Auf 13%, d.h. 800 Arbeiter und Angestellte, haben die Siemens-Kapitalisten die neue Planziffer gesetzt, die „Beschäftigung im laufenden Geschäftsjahr 1981/82“ im Bereich Bauelemente München abzubauen. Die Siemens-Kapitalisten des Bereiches Bauelemente weigerten sich, dem Sozialplan, wie ihn der Betriebsrat ausgearbeitet hat, zuzustimmen. Darin wird davon ausgegangen, daß die Arbeiter und Angestellten, die einen Betriebsrentenanspruch haben, sowohl die Abfindungssumme wie auch die Betriebsrente bezahlt bekommen. Dieser Vorschlag war aber der Geschäftsleitung in ihrer Kostenrechnung zu teuer. Sie wollten die Betriebsrente auf die Abfindungssumme anrechnen und zwischen 20% und 30% abziehen. Der Betriebsrat mußte vor die Einigungsstelle gehen. Der Spruch der Einigungsstelle: Staffelung der Summe, die von der Abfindung abgezogen werden kann, zwischen 10% und 16%.

## Lohnverzicht zurückgewiesen

Jungk, neu eingesetzter Vorstandsvorsitzender der Stiftung Rehabilitation in Heidelberg (BFW), mußte jetzt seine Forderung an die Beschäftigten, auf Lohnerhöhungen zu verzichten zwecks Sanierung der Finanzen der Stiftung, zurücknehmen. Seit Mitte letzten Jahres war bekanntgeworden, daß das Berufsförderungswerk mit mehreren Mio. DM verschuldet ist. Stellenstreichungen, Einsparungen bei der Versorgung der Rehabilitanden und Ausgliederung des Berei-

ches Forschung waren angekündigt worden. Der Vorstandsvorsitzende Neumann wurde entlassen. ÖTV und Betriebsrat forderten einen Sozialplan und wiesen u.a. auf Kundgebungen und mit Flugblättern die Angriffe zurück. Jungk drohte jetzt mit Konkurs der Stiftung und versuchte, Kündigungen gegen den gesamten Betriebsrat wegen angeblicher Beleidigung seiner Person durchzusetzen. Beides scheiterte.

Offensichtlich beabsichtigen jetzt die Kostenträger des BFW – mehrheitlich Versicherungsanstalten – die Schulden zu übernehmen, wenn der Haushalt 83 ihren Auffassungen entspricht. Bis Ende März kündigte der Vorstand ein neues Rationalisierungskonzept an.

## Altenheimbewohner: gegen Kürzungen

Gegen die Kürzung des Taschengeldes für Altenheimbewohner hat das Heimparlament der Stiftung Haus Zuflucht in Soltau protestiert. Das Heimparlament schrieb in einem Brief an den Bundeskanzler: „Mußte Ihre Regierung gerade die Ärmsten der Armen und dann noch so hart treffen? Bis zu über 40 Prozent weniger Taschengeld! Das versteht keiner! ... Können Sie nicht eine Neuordnung dieses unseres Erachtens vermeidbaren Taschengeldproblems veranlassen? Unsere Nöte werden so zu groß! In Zukunft 87 DM im Monat statt bisher 152,60 DM ist so manchem unserer Mitbewohner einfach unvorstellbar ...“ Ähnliche Briefe gingen u.a. an die Bundesvorstände von CDU, CSU, FDP und SPD, an die Ministerpräsidenten und Regierenden Bürgermeister der Bundesländer.



Süddeutscher Verlag München

## Durchbruch bei Gehaltseingruppierung im technischen Bereich

München. Die Blei- und Fotosetzer und Montierer des Süddeutschen Verlages haben sich mit einer Betriebsvereinbarung die Eingruppierung in Gehaltsgruppe G3, ehemalige Maschinensetzer, die im Fotosatz arbeiten, in Gehaltsgruppe G4, erkämpft.

Die Eingruppierung in G3 erfolgt in einem 3-Jahres-Stufenplan. Ab 1.1.82 werden die Beschäftigten in G3 „mit einjähriger Tätigkeit“, ab 1.1.83 „mit zweijähriger Tätigkeit“ und ab 1.1.84 „mit dreijähriger Tätigkeit“ eingruppiert. Das bedeutet einen Lohnunterschied zwischen jetzt 2165 DM und dann 2620 DM, also rund 450 DM pro Monat.

Bei den Maschinensetzern in G4, was ca. 136% vom Ecklohn beträgt,



Bleisatz im Süddeutschen Verlag – eindeutig textgestaltende Tätigkeit.

macht die Gehaltssteigerung einschließlich Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Zuschlägen etwa 1000 DM pro Monat aus. Alle Leistungs- und übertariflichen Zulagen laufen weiter wie bisher.

Nach Aussagen des Betriebsrats-Vorsitzenden bedeutet der Abschluß eine Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme der Gesamtbelegschaft von 150000 DM pro Jahr.

Vorausgegangen war der Abschluß eines neuen Tarif-Vertrages über die Gehaltsgruppen der Angestellten in Zeitungsverlagen in Bayern, der zum 1.1.82 in Kraft trat.

Danach war die Geschäftsleitung verpflichtet, bis Ende November 1981 einen Vorschlag für die Neueingruppierung zu machen. Die Einspruchsfrist des Betriebsrates lief bis zum 31.12.81.

Der Vorschlag der Geschäftsleitung sah für die Beschäftigten der Textfassung Abgruppierungen vor, Arbei-

ter im Bleisatz und in der Montage sollten überhaupt nicht nach dem Gehaltstarifvertrag eingruppiert werden. Gegen diesen Vorschlag forderte der Betriebsrat Eingruppierung der genannten Abteilungen in G3.

Am 16. Dezember wurde erstmals von den Abteilungen Textfassung, Setzerei, Fotosatzmontage und Chemigraphie ein einstündiger Warnstreik durchgeführt.

Durch den Zeitpunkt des Streiks zwischen 16 und 17 Uhr wurde der Andruck der Süddeutschen Zeitung verzögert. Geschäftsleitungsmitglieder kamen herbeigeeilt. Sie machten die vage Zusage, auf einer Betriebsausschußsitzung am 15. Januar zu einer gütlichen Einigung zu kommen. Sodann versuchte die Geschäftsleitung zu spalten, indem vorab die Maschinensetzer in G4 eingruppiert wurden. Die Arbeiter antworteten mit weiteren Warnstreiks und Abteilungsversammlungen während der Arbeitszeit.

Die Arbeiter beriefen sich bei ihrer Forderung darauf, daß im Gehaltsgruppen-Tarifvertrag für die Eingruppierung in G3 als Beispiel „textgestaltende“ Arbeit aufgeführt ist. Die Anwendung dieses Kriteriums, das bisher nur für Arbeit mit rechnergesteuerten Textsystemen nach dem RTS-Tarifvertrag galt, ist damit erstmals auch für Montierer und Bleisetzer durchgesetzt worden.

Die SV-Kapitalisten bestritten, daß es sich hier überhaupt um Arbeiten handelt, die nach dem Gehaltstarifvertrag einzugruppieren seien. Sie wollten sie wie bisher nach dem Lohnstarif der Druckindustrie mit dem Facharbeiter-Ecklohn eingruppiieren und bezahlen.

Nicht erreicht wurde die Eingruppierung nach G3 auch für textgestalterisch tätige Arbeiter der Chemigraphie.

Noch offen ist die Eingruppierung der Beschäftigten in der Textfassung. Diese will die Geschäftsleitung nur in G2 eingruppiieren. Der Betriebsrat will hier den Ausgang eines Musterprozesses abwarten.

Im Zentralorgan der Druck und Papier ist inzwischen ein Urteil des Landesarbeitsgerichtes Hamm (Beschluß vom 16.9.1981 – 12 TaBV 130/80) abgedruckt, das die Position des Betriebsrates bestätigt. Darin ist ausgeführt, daß schon einfache Korrekturarbeiten im Zusammenhang mit der Textfassung, wie sie durchweg üblich sind, zur Einstufung der Tätigkeit als „textgestaltend“ führen müssen.

Es heißt darin im einzelnen, wenn „die Beteiligten ganz allgemein offensichtlich Fehler bei der Texteingabe bereits korrigieren“ oder „zum Beispiel bei den passenden Überschriften Korrekturen vornehmen, indem sie z.B. die Schriftgröße ändern, den Abstand verändern“, dann „wird deutlich, daß die (Beteiligten) zumindest Bildschirmkorrekturen vornehmen, die nicht mit dem Redigieren von Artikeln verbunden sind“. Und die IG Druck und Papier schreibt dazu: „Wo also so etwas getan wird, besteht zumindest Anspruch auf die Bezahlung entsprechend 120% Maschinensetzerlohn für die gesamte Tätigkeit! ... Nimmt ein Arbeitnehmer auch nur zu 1 Prozent Tätigkeit der Textgestaltung im Sinne des § 2 RTS-Tarifvertrag wahr, so ist seine gesamte Tätigkeit mit 120% zu vergüten.“

Die Auseinandersetzung zeigt, daß der Versuch der IG Druck und Papier, Eingruppierungsmerkmale in Manteltarifverträgen so allgemein zu halten, daß sie durch technische Änderungen nicht gleich wieder überholt werden, entsprechende Geschlossenheit der einzelnen Belegschaften erfordert, um die jeweils günstigste Möglichkeit herauszuholen.

### Orenstein und Koppel Erfolgreicher Streik gegen Zulagenstreichung

In der ersten Februarwoche streikten die Belegschaften in fünf Werken des Baumaschinen- und Anlagenkonzerns Orenstein und Koppel. Anlaß war die Bekanntmachung des Vorstandes, die Löhne der Akkordarbeiter ab 1. März je nach Werk zwischen 10 und 20% zu kürzen, durch Kündigung sämtlicher Betriebsvereinbarungen über Zuschläge in den Akkordvorgaben. Obwohl diesem Schritt Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat vorausgegangen waren, kam der Aushang an den Schwarzen Brettern am 29.1. für die Belegschaften völlig überraschend.

Die genannten Betriebsvereinbarungen betreffen außertarifliche Zeitzuschläge, die im Westberliner Werk z.B. 21% auf die Grundzeit von 100% betragen. 1972 war diese Zulage um 5% Konjunkturzuschlag aufgestockt worden. Jetzt sollte die schlechte Konjunktur als Begründung dienen, gleich die gesamte Zulage zu streichen, entsprechend der Zielvorgabe der Betriebsführung, die eine Steigerung der Produktivität um 15–20% verlangte und andernfalls mit weiteren Entlassungen und sogar mit Werksschließung drohte. In Westberlin wird seit Ende August 1981 kurzgearbeitet; die Beleg-

schaft wurde von über 1650 Mitte der 70er Jahre auf 1000 verringert. Trotzdem werden heute in vier Kurzarbeits-tagen genauso viele Bagger gebaut wie vorher in fünf Tagen. Insgesamt wurden die O&K-Belegschaften in nicht einmal zwei Jahren um fast 2000 auf 7500 reduziert bei ungefähr konstantem Umsatz von rund 1,3 Mrd. DM.

Der Anteil der Akkordlöhner an den Belegschaften ist hoch (in Westberlin 85%), der Großteil sind Facharbeiter, der Durchschnittslohn liegt bei 14,35 DM (in Westberlin bei 15,41 DM). Die Kündigung der außertariflichen Zulagen würde in Westberlin im Schnitt eine Kürzung von 200 bis 300 DM bedeuten, was einem Nettolohnverlust von 13–17% entspricht.

Trotz der schwierigen Lage reagierten die Belegschaften auf diesen Angriff geschlossen. Am 1.2. streikten in Hagen 300 von ca. 650 Beschäftigten,

tags darauf zogen 850 Akkordarbeiter in Dortmund vor die Hauptverwaltung, nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 4.2. nehmen in Dortmund über 700 Arbeiter (darunter auch erstmals Zeitzähler) die Arbeit nicht wieder auf und setzen der Konzernführung das Ultimatum, bis Freitag 9 Uhr die geplanten Kürzungen zurückzunehmen. Am gleichen Tag legen in Westberlin 500 die Arbeit nieder und beschließen einstimmig die Streikfortsetzung für den nächsten Arbeitstag. Als am 5.2. das Ultimatum abgelaufen ist, treten in Dortmund und Hattingen 1600 in den Streik, in Ennigerloh und Lüneburg kommt es zu Arbeitsniederlegungen. Die Konzernführung wird zum Einlenken gezwungen. Am Montagmorgen werden die Kürzungen zurückgenommen, „um ohne Vorbedingungen“ Verhandlungen aufnehmen zu können.

pen. Auf der Tagschicht wird mindestens an zwei Samstagen im Monat gearbeitet, um auf einen Nettolohn von 1700 bis 1800 DM zu kommen.

Der Betriebsrat, der diese Lage natürlich kennt, hat auf den Schichtversammlungen folgende Argumente vorgetragen:

1.) In einer kontinuierlichen Produktion sind die HAW-Kapitalisten von Überstunden abhängig, d.h. sie sind an diesem Punkt empfindlich. Vor zwei Jahren hat der Betriebsrat in einer Abteilung durch Streichung der Überstunden eine einmalige Zahlung von 1000 DM durchgesetzt.

2.) Der Betriebsrat hat wenig Druckmittel, die er gegen die Geschäftsführung einsetzen kann. Lediglich dann, wenn die Geschäftsführung beim Betriebsrat Genehmigungen einholen muß (wie z.B. bei der Verlängerung des Arbeitstages), kann der Betriebsrat härter verhandeln.

3.) Da die Geschäftsführung bislang ohne Widerstand des Betriebsrats die Überstunden ausdehnen konnte, waren sie auch nicht gezwungen, für die Überstunden mehr als tariflich abgesichert (25%-Überstundenzuschlag) zu zahlen.

4.) Entlassungen können nur verhindert werden, wenn wirksame Mittel vom Betriebsrat eingesetzt werden können. Es muß über einen Sozialplan verhandelt werden, nur ist das eigentlich nicht mehr als eine Versicherung für den Fall von Entlassungen. Ein Mittel gegen den verschärften Druck im Betrieb ist das nur beschränkt.

Kaum hatte der Betriebsrat die Schichtversammlungen durchgeführt, begann eine Gegenoffensive der Geschäftsführung: es soll keiner entlassen werden, sondern der Abbau soll durch „natürliche“ Fluktuation stattfinden. Wenn der Betriebsrat keinen Überstunden mehr zustimmen will, könnten

## *Hamburger Aluminium Werk*

# Betriebsrat berät Kampfmittel gegen Rationalisierung und Entlassungen

**Hamburg.** Um 5% wollen die HAW-Kapitalisten die Belegschaft abbauen (siehe Politische Berichte 1/82). Technische Neuerungen und teilweise Auslagerung der Produktion wollen sie benutzen, um unter dem Druck des wachsenden Arbeitslosenheeres den Arbeitstag zu verdichten. Zusätzlich wurde ein „Spar“-programm verkündet. Vor allem Reparaturkosten und Material sollen eingespart werden. Zu rechnen ist auch damit, daß von der Belegschaft erkämpfte soziale Leistungen angegriffen werden.

Die Geschäftsleitung nutzt die politischen Vorstöße der Reaktion, um den Druck auf die Belegschaft zu verstärken. Der Hamburger Unternehmerverband breitet sich in der „Welt“ über den hohen Krankenstand in den Hamburger Betrieben aus und fordert die Einführung von drei Karenztagen. Auf der letzten Betriebsversammlung redet die Geschäftsführung von Krankmachern, die das Unternehmen gefährden und droht mit der Schließung der Gießerei, wenn der Betriebsrat weiterhin Verbesserungen der Arbeitsbedingungen fordern sollte.

Der Betriebsrat hält in dieser Lage folgendes für richtig: 1.) Von den berechtigten Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen rückt der Betriebsrat nicht ab. Als nächsten Schritt will der Betriebsrat durch einen Fragebogen den Gesundheitszustand der Belegschaft und die Belastung durch die Arbeitsbedingungen erfassen. 2.) Die Genehmigungen von Überstunden sollen in Zukunft an die Erfül-

lung von Forderungen geknüpft werden, die sich gegen den verschärften Kurs der Geschäftsführung richten, z.B. verlangt der Betriebsrat, daß Abmahnungen, die nicht mitbestimmungspflichtig sind, nach einem Jahr aus der Personalakte genommen werden müssen.

Der Betriebsrat hat seine Vorschläge auf Schichtversammlungen vorgetragen. Vor allem über den Punkt der Überstunden gibt es Diskussion in der Belegschaft, die Meinungen sind geteilt. Das hat seinen Grund darin, daß ein nicht unerheblicher Teil der Belegschaft auf Überstunden angewiesen ist, vor allem in den unteren Lohngrup-



Aus der Werbung der IG Chemie-Papier-Keramik für die Betriebsrätewahl 81.

im Sommer nur wenige in Urlaub fahren. Gezielt werden auch Gerüchte über mögliche Kurzarbeit in die Welt gesetzt. Überstunden wurden von der Geschäftsführung gestrichen, und es wird versucht, die Kollegen gegen den Betriebsrat aufzubringen.

Der Betriebsrat ist sich darüber im klaren, daß er eine Auseinandersetzung aufgenommen hat, die vermutlich sich über das ganze Jahr hinwegziehen wird. Für den 2. März ist eine Betriebsversammlung einberufen worden, auf der der Betriebsrat seinen Standpunkt noch einmal ausführlich zur Diskussion stellen wird, damit die Belegschaft gerüstet in die Auseinandersetzungen in diesem Jahr gehen kann.

Schwieriger werden derartige betriebliche Auseinandersetzungen dadurch, daß der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik vorgeschlagen hat, daß in der kommenden Tarifrunde ein Teil der Tarifierhöhung zur Finanzierung einer Tarifröte verwandt werden soll. Wenn das auf Kosten des Ziels: „Sicherung des Reallohns“ vorgeschlagen wird, schwächt das den Aufbau einer Front gegen Rationalisierungen und Entlassungen.

## Baden-Württemberg Zweijähriges Referendariat geplant

Stuttgart. Nach NRW, Niedersachsen und Bayern soll in Baden-Württemberg der Vorbereitungsdienst für Lehrer wieder auf zwei Jahre verlängert werden, der 1977 wegen Lehrermangel auf 18 Monate verkürzt worden war. Damit verbunden wird eine etwa 20%ige Senkung der Ausbildungskapazitäten; das bedeutet: Längere Wartezeiten vor Antritt des Referendariats, nur einmal jährliche Einstellung. „Kostenneutral“ würde diese Verlängerung auch durch die 15%ige Senkung der Anwärterbezüge. Wenn man von einer zwölfstündigen Unterrichtsverpflichtung der Referendare im zweiten Ausbildungsjahr ausgeht (bisher acht Stunden im dritten Halbjahr) und von 2500 Referendaren im Bereich der beruflichen Schulen und Gymnasien, dann könnte das Ministerium für Kultus und Sport (MKS) ca. 1250 Planstellen für Lehrer zusätzlich einsparen. Aber über solche Absichten verbreitet man sich nicht öffentlich.

Um die Forderungen der Ausbildungspersonalräte zu verstehen, muß man wissen, wie der Vorbereitungsdienst bisher organisiert ist. Im ersten Ausbildungsjahr müssen die Referendare neben eigenem Unterricht Fachdidaktik- und Pädagogik-Veranstaltungen besuchen. Am Ende des Jahres

müssen sie eine schriftliche Prüfungsarbeit abgeben, werden gleichzeitig an eine neue Schule versetzt und müssen kurz darauf die mündlichen Prüfungen ablegen. Zwei Wochen später beginnen die Prüfungslehrproben (eine in jedem Fach). Bei den Referendaren an beruflichen Schulen ist die Prüfungsarbeit seit 1981 zusätzlich zu schriftlicher und mündlichen Prüfungen hinzugekommen. Der Prüfungsdruck ist – gerade angesichts der schlechten Einstellungsaussichten – immens gewachsen.

Die Landessprecherkonferenz der Studienreferendare hat am 3.10.1981 die Einführung des zweijährigen Referendariats einstimmig abgelehnt, weil sie eine unnötige Verlängerung der ohnehin schon langen Ausbildungszeit bedeutet und weil der größte Teil anschließend arbeitslos wird – ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld. Der Vorbereitungsdienst soll im Angestelltenverhältnis durchgeführt werden. Außerdem wird die Streichung der Prüfungsarbeit gefordert, da die Referendare ihre wissenschaftliche Qualifikation bereits mit der ersten Prüfungsarbeit an der Uni nachweisen müssen.

Genau dagegen wenden sich die Seminardirektoren: Sie wollen die Prüfungsarbeit zeitlich und thematisch ausdehnen, die Prüfungen verlängern und die Unterrichtsverpflichtung ausdehnen. Das wird dann als „Möglichkeit einer gerechteren Beurteilung“ und „Ermöglichung längerer Unterrichtspraxis“ verkauft.

Neben den bereits genannten hat das MKS nicht zuletzt auch den Grund für die Verlängerung bzw. Einführung (bei den Grund- und Hauptschullehrern seit Februar 1981) des Vorbereitungsdienstes, daß es länger braucht, um die Sorte Lehrer zurechtzubiegen, die es für die „Tendenzwende“ an den Schulen braucht.

## Studenten Aktionen gegen Gebührenerhöhungen

Heidelberg. In Baden-Württemberg wurden Landeszuschüsse an die Studentenwerke gestrichen. Die Studentenwerke erhöhten daraufhin die Gebühren. In Heidelberg wurde z.B. das Mensaessen um 20 Pfennig, die Wohnmieten um 30 DM pro Monat und die Kinderkrippe um 50 DM pro Monat teurer. Zusätzlich wurden die allgemeinen Gebühren für das Studentenwerk von 33,30 DM auf 45 DM pro Semester erhöht. Dazu kommt, daß die nicht



über die Familie mitversicherten Studenten statt bisher 31 DM jetzt über 54 DM pro Monat Krankenversicherung zahlen müssen. GEW und Fachschaften der Universität Heidelberg riefen daher zur Beratung über Gegenmaßnahmen auf. Der Rektor versuchte, durch Verbote eine Versammlung zu verhindern. Vergeblich.

1000 Studenten beschlossen Anfang Februar, durch einen Teilzahlungsboykott der Studentenwerksgebühren gegen die Erhöhung vorzugehen. 33,30 DM sollten wie bisher an die Unikasse gezahlt werden, der Restbetrag auf ein Sperrkonto. Es wurde ein Quorum von 5000 Studenten festgelegt. Wenn bis zum 17.2. weniger als 5000 sich am Boykott beteiligt hätten, sollte das gesamte Sperrkonto an die Unikasse überwiesen werden. Die erneute Zulassung zum Studium ist nämlich an die Zahlung der 45 DM geknüpft. GEW und Studenten veranstalteten eine Pressekonferenz (Bild). Zunächst richtete man bei der Bezirkssparkasse ein Konto ein. Nach einem Tag verlangte die Bank 60000 DM „Bürgschaft“ und kündigte wenig später das Konto. Das nächste Konto wurde vom Boykottauschuß bei der Volksbank eingerichtet. Diese schrieb nach anfänglicher Zusage: „Da wir eine Volksbank sind, zählen wir zu unseren Kunden alle Bevölkerungskreise, Firmen, Ämter und Behörden ... Verstehen Sie deshalb, daß wir kein Interesse daran haben, uns in die Querelen hineinziehen zu lassen, die unzufriedene Leute mit allen möglichen Instanzen austragen“.

Sodann wurde aufgerufen, die Gelder zwecks Boykott direkt beim AStA gegen Quittung einzubezahlen. Der Rektor drohte daraufhin mit Schließung des AStA. Trotz dieser Behinderung beteiligten sich in zehn Tagen ca. 1000 Studenten an der Aktion. Obwohl damit der Boykott gescheitert ist, beschloß eine erneute Vollversammlung, für den Beginn des nächsten Semesters eine Aktionswoche gegen die Kürzungen vorzubereiten.



Abgabe des Bürgerantrags gegen die IDEE

## IDEE 82

# Größte militärtechnische Ausstellung der Welt

Hannover. Das „bedeutendste Ereignis“ (Fachzeitschrift Wehrtechnik) auf dem Gebiet der Militärtechnik, die IDEE (International Defence Electronic Expo), soll vom 18. bis 20.5.1982 auf dem Messegelände in Hannover stattfinden. Veranstalter ist die Kiver Communication, eine private britisch-amerikanische Gesellschaft. Schwerpunkt der Ausstellung: Radar, Raketensteuerungen, Nachrichtentechnik,

Frühwarn- und Kontrollsysteme, Navigation, Computer, Trainingssysteme und Simulatoren für Verteidigungselektronik, Steuerungs- und Warnungssysteme in Flugzeugen und Flugkörpern, Instandhaltung. 140 Aussteller, 5200 Besucher 1976, 240 Aussteller, 8000 Besucher 1981, 1982 werden 10000 Besucher erwartet. Der Vorstandsvorsitzende der MESSE AG, Groth, äußerte in der Presse, „die

Schau soll nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, allerdings werde der Besucherzuspruch sicherlich durch die Höhe der Eintrittsgelder begrenzt“.

Bis 1976 waren westdeutsche Firmen, wenn überhaupt, nur durch ausländische Tochtergesellschaften vertreten. Grund für die „Zurückhaltung“ war die ablehnende Haltung des Verteidigungsministeriums gegenüber der „kommerziellen Waffenmesse“. Da sich die „Zurückhaltung staatlicher Stellen gelockert“ hat (Wehrtechnik 8/77), zählten ab 1977 auch die westdeutschen Firmen zu den Ausstellern, sie standen 1980 mit Großbritannien und den USA an der Spitze. So u.a. AEG-Telefunken, Kalle Niederlassung der Hoechst AG, Krauss-Maffei, Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Siemens AG, Standard Elektrik Lorenz AG, VDO. Den Hauptanteil der Besucher stellten 1980 West-Europa mit 80%, Ost-Europa mit 1%, Nordamerika mit 3%, Südamerika mit 0,5%, Vorderer Orient mit 3%, Afrika mit 1% und Asien mit 3%.

Zur Geschichte: Der Name MEDE (Military Electronics Defence Expo) wurde für 1982 in IDEE geändert. Begründung des Veranstalters: Um der weltweiten Anerkennung Rechnung zu tragen. 1972 und 1973 wurde die MEDE für alle drei Teilstreitkräfte in Chicago durchgeführt. Sie mußte aufgrund von Protesten in andere Städte der USA verlegt werden, zuletzt nach

## AWACS-Stationierung

In den nächsten Wochen werden die von der NATO in Westdeutschland stationierten AWACS-Radarflugzeuge ihren Flugbetrieb aufnehmen. Die ersten Maschinen sind bereits auf ihrem Hauptstützpunkt Geilenkirchen/Teveren nördlich von Aachen eingetroffen. Mehr als 4000 demonstrierten am 5. Februar von Geilenkirchen zum Flugplatz Teveren gegen die AWACS-Stationierung.

Der defensiv klingende Name Airborne Warning and Control System, Fliegendes Warn- und Kontroll-System, ist eine große Verharmlosung des militärischen Zweckes dieser 18 Maschinen.

18 Boeing-Großflugzeuge vom Typ 707-320B wurden mit Radarantennen von 9,14 m Durchmesser ausgerüstet, die Daten werden mit Computern zum Teil schon im Flugzeug verarbeitet. Die Einsatzhöhe beträgt 9000 m, von dort aus kann die NATO über AWACS mit dem Radar 400 km weit nach Osten reichen. Tiefflie-

ger könnten fünf bis acht Minuten eher als durch die bodenstationierten Radarketten erkannt werden, war die offizielle Begründung für AWACS, also die „Tieffliegerlücke“.

Die normale Flughöhe der Boeing beträgt 12190 m, so daß die Reichweite des AWACS-Radars noch ausgedehnt werden kann. Mindestens zwölf Stunden kann die Maschine ohne Nachtanken in der Luft bleiben, nachgetankt werden kann während des Flugs.

Tieffliegererkennung? „Absehen läßt sich jedoch, daß AWACS den Luftangriffsverbänden bei deren Einsatzvorbereitung durch Übermittlung einer aktuellen Feindluftlage ... wertvolle Unterstützung gewähren kann“, äußerte Oberst Kospoth, Planungsbeauftragter für AWACS im Verteidigungsministerium. General John Evans, Kommandeur der Alliierten Luftstreitkräfte Mitteleuropa, wurde noch deutlicher: „AWACS wird es uns ermöglichen, unsere Angriffsflugzeuge viel besser an der gegnerischen Abwehr vorbeiführen zu können.“

AWACS-Flugzeuge sind also fliegende Kommandostände für Luftan-

griffe und Raketenüberfälle. Das Bild vom defensiven Warnflugzeug wird noch durch einen weiteren Umstand gestört: Die AWACS-Maschinen werden dauernd von Jagdmaschinen begleitet, bekannt ist, daß der TORNADO als Jagd- und Bombenflugzeug eingesetzt wird, vorzugsweise mit atomaren Bomben.

Seit 1969 bereits sind in Geilenkirchen eine der beiden Pershing-Einheiten der Bundeswehr stationiert, die zusammen mit US-Streitkräften auch die „Quick-Alert“-Gruppe (Schnelle Bereitschaft) im Arsbecker Busch bestückt. Hier sind dauernd Pershing-Raketen, mit Atomköpfen versehen und startklar, in Bereitschaft stationiert.

Die Bewegung gegen die AWACS-Stationierung in Geilenkirchen verlangt auch die Auflösung des Pershing-Stützpunktes. „Raketenzentrum Niederrhein“ nennen die Komitees die Region zwischen belgischer Grenze und Rhein, wo von Atomköpfen für Pershing bis Jagdbombergeschwadern der Bundeswehr Angriffswaffen in großer Zahl konzentriert sind.

Los Angeles und wurde dann für die ganzen USA verboten. Der Veranstaltungsort Wiesbaden wurde mit der Begründung der Flughafennähe von Frankfurt, der Dolmetscheranlage in der Rhein-Main-Halle und der „Atmosphäre einer ruhigen Beamtenstadt“ (der Veranstalter) gewählt. 1980 und 1981 kommt es zu so breiten Protestaktionen, daß der Veranstalter sich genötigt sieht, den bis 1985 gültigen Vertrag vorzeitig zu lösen. Mit Schreiben vom 2.12.80 wendet sich die Wiesbadener SPD an die SPD-Organisationen aller großen westdeutschen Städte und weist auf die Suche des Veranstalters nach einem neuen Ausstellungsort hin.

Westdeutsche Firmen, die in Wiesbaden ausgestellt hatten und im Aufsichtsrat der MESSE AG Hannover vertreten sind, haben Hannover als Ausstellungsort „angeregt“. Aufgrund von Protesten gegen die Messe äußerte sich der Messevorstand am 4.9.81 in der Presse zur IDEE: „Es werden keine Waffen ausgestellt, und die Zielgruppe der Besucher sind nicht Waffenhändler, sondern Elektro-Ingenieure“. Der Werbeprospekt führt aus: „Marktplatz für Käufer und Verkäufer der Militär-Elektronik“. Messevorstandsmitglied Groth äußert die Hoffnung, durch die Eingliederung der IDEE in die Internationale Luftfahrtschau (ILA), deren Termin extra von Anfang Mai auf den 18. bis 25.5. verlegt wurde, könne der Vorsprung zu vergleichbaren Luftfahrtausstellungen in Le Bourget (Frankreich) und Farnborough (England) aufgeholt werden. Eröffnet wird die ILA durch Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Der breite Protest, der sich in den USA durch alle gesellschaftlichen Gruppen zog, vertrieb die Ausstellung aus den USA. In Wiesbaden wurde der Widerstand gegen die Ausstellung von der Initiative Wiesbadener Friedenswochen, in dem die Jungsozialisten aktiv an der Vorbereitungsarbeit mitwirkten und ebenfalls alle gesellschaftlichen Gruppierungen vertreten waren, getragen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund protestierte in einer Ankündigung zu einer Veranstaltung des DGB-Kreis Wiesbaden mit dem Unterbezirk der SPD und den Jungsozialisten gegen die Ausstellung. Aufgrund breiter Hetzkampagnen in der Wiesbadener Presse, vor allem durch die Polizeiführung, gelang es, die Jungsozialisten aus dem Aktionsbündnis zur Demonstration herauszuberechnen.

Das Bündnis in Hannover umfaßt ca. 50 kirchliche und politische Organisationen und Gruppen, u.a. ASten, DFG-VK, DFU, DKP, Die Grünen, Evangelische Studentengemeinde, Friedenswoche Hannover, GEW, Schüler gegen Militarismus, Selbstor-

ganisation der Zivildienstleistenden, Sozialistische Arbeitsgruppe (SAG), Die Falken, Stadtschülerrat, Volksfront. Unter dem Druck der Bewegung hat der Parteitag des SPD-Unterbezirks Hannover einen Antrag verabschiedet, daß sich die SPD im Rat und im Landtag für eine Absage an den Aussteller einsetzt, zumindest aber eine Wiederholung der IDEE 1983 verhindert. Bisher war die Information und die Unterschriftensammlung für einen Bürgerantrag gegen die IDEE Schwerpunkt der Arbeit des Bündnisses. Der Bürgerantrag mit 11398 Unterschriften (notwendig waren 8000) wurde am 18.2.1982 im Rathaus abgegeben. Die weitere Arbeit des Bündnisses konzentriert sich jetzt auf die Vorbereitung der Aktionen zur Verhinderung der IDEE.

## Atommülldeponie CSU über Standort zerstritten

*Schwandorf.* Am 18. Januar beantragte die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) Raumordnungsverfahren für eine Wiederaufbereitungsanlage für gleich drei Standorte bei Schwandorf. Aus elf von der Bayerischen Staatsregierung bisher unter Geheimhaltung geplanten Standorten hat sich die DWK für Schwandorf entschieden.



Umweltminister Dick wird von Demonstranten angegriffen.

Bereits im Juni 1981 hatte die Bayerische Staatsregierung eine Standortkarte der elf Orte anfertigen lassen, worin Schwandorf doppelt eingezeichnet war. Auf Anfragen erklärte sie im April und September demgegenüber noch, Schwandorf sei nur einer der möglichen Standorte. Jetzt, nach der Entscheidung der DWK für Schwandorf, sah sich die Staatsregierung ge-

zwungen, die Staatsminister Jaumann (Wirtschaft) und Dick (Umwelt) am 30. Januar 1982 nach Schwandorf zu einer CSU-Mandatsträgerkonferenz abzuordnen, um die CSU-Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte auf eine positive Einstellung zur Wiederaufbereitungsanlage einzustimmen. Jaumann versäumte dabei nicht, auf die hohe Arbeitslosigkeit hinzuweisen. Ende 1981 waren im Arbeitsamtsbezirk Schwandorf 10,2% Arbeitslose gemeldet, d.h. 53,6% mehr als 1980; in der Region beträgt die Arbeitslosigkeit nach Angabe Jaumanns bis zu 15%.

Auf der Konferenz wurde von MdL G. Lang, CSU, das Geheimnis der zehn anderen möglichen Standorte gelüftet, die von der DWK abgelehnt worden sind: Bamberg, Forchheim, Ingolstadt, Pfaffenhofen, Pfarrkirchen, Krumbach, Pfaffenhausen, Ammersee, Buchloe, Kaufbeuren. Inzwischen hat die CSU-Fraktion im Landtag in einem Dringlichkeitsantrag einen Bericht von Umweltminister Dick zur Begründung der Auswahl Schwandorfs durch die DWK angefordert. Denn auch in der CSU-Mitgliedschaft in der Oberpfalz wird die Anlage abgelehnt.

40 Bürgerinitiativen sind bis jetzt in der Oberpfalz gegen die Wiederaufbereitungsanlage tätig. Am 30.1. führten sie in Schwandorf eine Demonstration mit 4000 – 5000 Teilnehmern, darunter vielen Bauern mit Traktoren, durch. Die CSU-Funktionäre wurden angegriffen und auf dem Weg zum Konferenzsaal zur Rede gestellt. Am 13.2. führten die Bürgerinitiativen einen Aktionstag durch. Der Schwandorfer Ortsvorstand der HBV hat eine Unterschriftensammlung gegen die Wiederaufbereitungsanlage begonnen. An dem bundesweiten Treffen der Wiederaufbereitungsanlagengegner am 20./21.3. im Raum Wiesbaden wollen sich die Bürgerinitiativen beteiligen.

## Brokdorf-Prozesse Michael Duffke jetzt 11 Monate in Haft

*Itzehoe.* Zwei KKW-Gegner aus Osnabrück und Tübingen, die wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung bei der Brokdorf-Demonstration am 28.2.81 festgenommen und angeklagt waren, sind inzwischen freigesprochen worden. Gericht und Staatsanwaltschaft wollen als milde Hüter der Gerechtigkeit dastehen, um sich Luft zu verschaffen für eine hohe Verurteilung von Michael Duffke, den sie inzwischen 11 Monate im Gefängnis festhalten. Das Gericht hat kurzerhand eine uralte Strafe auf Bewährung in 9 Monate Strafhaft umgewandelt.



Nachdem es im Prozeß vor dem Landgericht Itzehoe Staatsanwalt und Richter Selbmann nicht gelang, die Verletzung des SEK(Sondereinsatzkommando)-Polizisten Schütt auf die Schläge im Wassergraben zurückzuführen, wo das Fahndungsfoto nach den sog. „Schlächtern von Brokdorf“ entstanden war, versuchen sie mit allen Mitteln z.B. zu beweisen, daß „der Träger eines Schutzhelms (der Polizist) ... nach kräftigen Schlägen auf den behelmten Kopf ‚mausetot‘ sein (kann)“. So soll nachgewiesen werden, daß die Angeklagten auf der Demonstration mit einem Holzknüppel und einem Spaten lebensgefährliche Kräfte hätten entwickeln können. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen. M. Duffke sitzt der Psychiater Dr. Michaelis gegenüber, der den Angeklagten auf seinen Geisteszustand hin begutachten soll. Widerstand gegen die Politik der Bourgeoisie für eine Tat von Geisteskranken zu erklären, hatten die Nazis in Deutschland zur Blüte entwickelt.

Im sog. Ordensprozeß haben Stoltenberg, Innenminister Barschel, Landrat Brümmer, Brokdorfs Bürgermeister Block und acht der zehn mit dem Bundesverdienstkreuz wegen ihres Einsatzes gegen die Brokdorf-Demonstration ausgezeichneten Polizisten Beleidigungsanzeige gestellt. Den Angeklagten wird vorgeworfen, in einer Collage der Zeitung der BUU Itzehoe und „Bewegung weiße Rose“ die Brokdorf-Ordensverleihung mit Ordensverleihungen im Faschismus verglichen zu haben.

Eine Absicht der Prozesse – es läuft noch einer gegen KKW-Gegner wegen Brandanschlägen, acht weitere Anklagen sind erhoben – ist, daß die Bürgerinitiativen sich damit beschäftigen und die NWK in Brokdorf in Ruhe bauen lassen. Das Tempo des Baus ist erheblich. Der SPD-Abgeordnete Pahl aus Wewelsfleth sieht sich schon zu der voreiligen Stellungnahme veranlaßt, der Weiterbau könne nicht mehr verhindert werden.

## Kassenärzte Mit Zulassungssperre gegen Unterversorgung?

München. „Der Landesausschuß der Ärzte und Krankenkassen in Bayern hat für alle Zulassungsbezirke die Zulassung für Augenärzte, Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, Hautärzte, Kinderärzte und Nervenärzte ab 1. Februar 1982 gesperrt ... Ärzte können in Planungsbereichen zugelassen werden, für die eine Unterversorgung festgestellt wurde. Es handelt sich dabei um 61 Kassenarztsitze.“ (Bayerisches Ärzte-

blatt 2/82) Es gibt Gründe für die Annahme, daß keineswegs eine „Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung im Freistaat Bayern“ (ebenda) herauskommen soll.

Unterzeichnet ist dieser zum Gesetz erhobene Beschluß von Dr. Bruno Merck, CSU, Bankier, früher bayerischer Innenminister; Prof. Sewering, CSU, Präsident der Landesärztekammer; Direktor Sitzmann vom Landesverband der RVO-Kassen. Die beiden letzteren waren Hauptautoren des Bayernvertrages. Sewering, der seit langem gegen die sogenannte Ärzteschwemme polemisiert, erwähnt im obigen Ärzteblatt die „hohe Zahl der niedergelassenen Ärzte ... Hochgeschulte Wissenschaftler haben in der letzten Zeit erklärt, daß man 30 bis 40% des heutigen Gesundheitsaufwandes einsparen könne.“

Gleichzeitig mit der bayerischen Zulassungssperre haben die CDU in Bonn und die CSU in München gleichsinnige Programmentwürfe für eine Krankenversicherungs-„Strukturreform '84“, wie sie die Regierung plant, vorgelegt. Darin wird festgestellt, „daß das medizinisch Mögliche in der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht mehr finanzierbar sei“ (CDU). Es gehe dar-



... in den bayerischen Zulassungsbezirken ... die Ablehnung von Zulassungen für Augenärzte, Hautärzte, HNO-Ärzte, Kinderärzte und Nervenärzte angeordnet“. (Bayerischer Staatsanzeiger Nr. 4, 29.1.82)

um, „den Teufelskreis der steigenden Nachfrage zu durchbrechen“ (CSU). Und: „Ein besonderes Problem sieht man in der drohenden Ärzteschwemme ... könnten die Ärzte versuchen, ihr Leistungsangebot auszudehnen“ (Deutsches Ärzteblatt 6/82, S.19 ff.).

Innerhalb von ein paar Jahren 61 Kassenarztsitze mit einem Arzt-/Einwohnerverhältnis von 1:80000 besetzen und damit gleichzeitig ein paar hundert Ärzte an der Niederlassung hindern: das ist durchaus geeignet, Nachfrage zu bremsen und zu verhindern, daß das medizinisch Mögliche den Versicherten in Stadt und Land zuteil wird.

## NRW

## NPD-Initiative für Ausländerregelklassen

Essen. Seit Januar macht die von der NPD initiierte und getragene „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in Nordrhein-Westfalen erneut für ein Volksbegehren nach der Landesverfassung mobil. Unter Losungen wie „Wollen auch Sie verhindern, daß wir weiter mit Ausländern überschwemmt werden?“ hatte sie bereits 1980 ein „Volksbegehren für Ausländerstopp“ gestartet. Das wurde damals nicht zugelassen, aber lediglich mit der Begründung, der Zweck des Volksbegehrens läge nicht im Zuständigkeitsbereich des Landes. Entsprechend ist die Stoßrichtung diesmal geändert: Es geht um den „Erlaß eines Gesetzes über die Einführung muttersprachlicher Regelklassen für ausländische Schüler in NRW.“

„In vielen Schulklassen sind die deutschen Kinder durch den hohen Ausländeranteil in ihren Bildungschancen beeinträchtigt“, mit solcher Demagogie versucht die „Bürgerinitiative“ Unmut über die Bedingungen der Ausbildung an den Schulen aufzufangen und in Spaltung umzumünzen. „Diese Beeinträchtigung soll durch die Entflechtung der Nationalitäten mittels Einführung muttersprachlicher Klassen als Regel beseitigt werden“, heißt es in der Begründung des Antrags weiter. Das Ziel dieses Rassentrennungsansinnens ist die Einführung von Sonderklassen und damit die Möglichkeit zu genereller Verweigerung eines regulären Schulabschlusses für die Kinder ausländischer Arbeiter. Die für den Antrag nötigen 3000 Unterschriften sollen bis März gesammelt sein. Wird dem Antrag stattgegeben, müßten von der Landesregierung Listen für das Volksbegehren ausgelegt werden.

Da Schulangelegenheiten Ländersache sind, sei ein Verbot diesmal wahrscheinlich nicht möglich, verlautete aus dem Landtag. Anscheinend will weder die SPD- und erst recht nicht die CDU-Fraktion ein Verbot auf Grundlage des Grundgesetzes prüfen, von dessen Möglichkeit u.a. die „Deutsch-Ausländische Freundschaftsbewegung“ in Bochum und die „Volksfront“ ausgehen. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten die beiden Landtagsfraktionen zwar die Initiative, bekräftigten aber gleichzeitig die Notwendigkeit weiterer Begrenzung des Familiennachzugs, der Förderung der „Rückkehrwilligkeit“ und weiterer Maßnahmen zur vollständigen Entrechtung der ausländischen Arbeiter.

## CDU-Landesregierung forciert Maßnahmen zur Entrechtung der wissenschaftlichen Mitarbeiter

Eine Universität ist mit mehreren tausend Beschäftigten ein Großbetrieb (TU Braunschweig über 2500, Universität Hannover über 3000 Beschäftigte). Die Landesregierung hat ein raffiniertes System entwickelt, die einzelnen Beschäftigtengruppen auseinander zu dividieren, Rechte zu beschneiden und dabei immense Summen einzusparen.

Entsprechend den Aufgaben in Forschung und Lehre hat die Universität einen besonders hohen Anteil Arbeitskräfte im akademischen Bereich (TU Braunschweig 1978: 1587, das sind 66%). Ferner gibt es zentrale Einrichtungen, wie Rechenzentrum, Universitätsbibliothek, Technischen Dienst und Verwaltung. Forschung und Lehre wird von kleineren Einheiten – den Instituten – getragen. Für verschiedene Fächer und Fachgebiete gibt es solche Institute verschiedener Größe (Geisteswissenschaften ab drei Beschäftigte, Natur- und Ingenieurwissenschaften: 15 bis 50), ausgestattet mit Professor, Sekretärin, eventuell technischem Personal (Werkstatt) und wissenschaftlichen Mitarbeitern. Gibt es dort mehrere Professoren, hat fast jeder eine eigene Arbeitsgruppe zu seinem Forschungsgebiet. Besonders innerhalb der Institute und Arbeitsgruppen hat die Landesregierung den Hebel zur Spaltung angesetzt, indem sie den Beschäftigten – vor allem im akademischen Bereich – verschiedenste miserable Arbeitsverhältnisse aufzwingt. Folgende Beschäftigungsverhältnisse finden sich dort hauptsächlich:

Der Professor ist dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK) unterstellt. Er muß lediglich seiner Lehrverpflichtung nachkommen und kann ansonsten seiner eigenen Forschung nachgehen und in diesem Rahmen Mitarbeiter beschäftigen. Da der Hochschuletat dazu viel zu gering ist, werben die meisten Professoren sogenannte Drittmittel ein. Dies sind Forschungsaufträge der Industrie oder Forschungsförderungen von Institutionen wie Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), niedersächsisches Zahlenlotto etc. Ein großer Teil der Mitarbeiter in der Forschung wird aus solchen Mitteln bezahlt. Durch das niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) ist seit 1978 die Position der Professoren gegenüber allen anderen Gruppen an der Universität gestärkt worden. In den Gremien haben sie die absolute Mehrheit.

Wissenschaftliche Mitarbeiter aus Hochschulmitteln werden eingestellt für Aufgaben in Forschung und Lehre mit Zeitverträgen bis zu fünf Jahren und Möglichkeit der Weiterbildung, d.h. der Anfertigung einer Doktorarbeit (Promotion). 20 Wochenstunden sind für Lehre (Betreuung von Praktika und Übungen) und Forschung (Gerätebetreuung, Durchführung von Messungen) aufzuwenden, die restliche Arbeitszeit „dürfen“ sie für die Doktorarbeit benutzen, also für die Forschung des jeweiligen Professors. Bislang erfolgte die Bezahlung nach Vergütungsgruppe IIa BAT. Mit diesen Vollzeitarbeitsverträgen ist jetzt Schluß: Der niedersächsische Wissenschaftsminister Cassens (CDU) hat am 19.6.81 erlassen, daß diese Mitarbeiter

fast überhaupt nicht organisiert sind und „es hier am ehesten durchsetzbar ist“.

Wissenschaftliche Mitarbeiter aus Drittmitteln erhalten IIa BAT nur, wenn die Ergebnisse nicht für ihre Arbeit verwendet werden, andernfalls werden halbe Stellen vergeben. Die Drittmittelforschung wird zur Zeit immer noch ausgeweitet: Was das Land im Haushalt einspart, fließt zunehmend aus anderen Quellen. Die Landesregierung hat erreicht, was mancher Kapitalist gerne hätte: Eine qualifizierte vollausgebildete Arbeitskraft arbeitet ganztags für halbe Bezahlung! Im Fachbereich Chemie der TU Braunschweig sitzen zwei Drittel der 86 wissenschaftlichen Mitarbeiter auf halben



Podiumsdiskussion des Rates der wissenschaftlichen Mitarbeiter der TU Braunschweig am 17.2.82 gegen den 70%-Erlaß.

künftig nur noch Teilzeitarbeitsverträge mit 28 Wochenstunden erhalten dürfen, wovon nach wie vor 20 Stunden direkt für die Hochschule zu erbringen sind. Zwölf Stunden der Forschungszeit sollen unentgeltlich verrichtet werden. Die Forschung im Rahmen der Doktorarbeit wird zur Privatsache nach Feierabend erklärt, obwohl sämtliche Ergebnisse der Hochschule zugute kommen. Mit dem „70%-Erlaß“ will Cassens in diesem Jahr zehn Mio. DM einsparen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter hat er sich als Opfer ausgesucht, weil sie gewerkschaftlich

Stellen. Land und Drittmittelgeber sparen allein an ihnen 1,3 Mio. DM pro Jahr gegenüber einer tariflichen vollen Bezahlung, erhalten aber die gesamten Forschungsleistungen.

Überdies hat die Landesregierung mit dem NHG die Gesamtlaufzeit der Arbeitsverträge einschließlich Verlängerung von sechs auf fünf Jahre gekürzt. Auf diese Weise werden die Mitarbeiter einerseits manchmal zu einer mehr als achtstündigen Arbeitszeit gezwungen, um ihre Arbeit rechtzeitig abzuschließen, und andererseits dazu,

gegen Ende ihrer Forschungsarbeit von Arbeitslosengeld zu leben. Mit dem NHG sind den wissenschaftlichen Mitarbeitern wichtige Rechte genommen worden. Das Personalvertretungsgesetz ist so geändert worden: „Die befristet an der Hochschule tätigen wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiter ... und die wissenschaftlichen Hilfskräfte sind nicht wählbar im Sinne von §10“ (Personalvertretungsgesetz). Der Personalrat hat im akademischen Bereich nur schlechte Möglichkeiten der Einflußnahme.

Das rechtloseste Arbeitsverhältnis ist das der wissenschaftlichen Hilfskräfte (Hiwi). Diese Mittel entstammen entweder dem Hochschulhaushalt zur Stopfung von Löchern im Lehrbetrieb oder der Drittmittelförderung. An der TU Braunschweig waren 1980 1626 Hiwis allein aus Planmitteln beschäftigt. Die Vergütung ist per Erlaß an die Beamtenbesoldung angekoppelt (50% von Besoldungsgruppe A13, Grundstufe mit Ortszuschlag, d.h. 1500 DM brutto bei einem Vertrag über 92 Stunden/Monat). Er beruht also nicht auf einem Tarifvertrag. Hiwi-Gelder sind teilbar (z.B. Vertrag mit 46 Stunden/Monat). Arbeitsverträge von einem Monat sind möglich, die Befristung eines Vertrages geht bis längstens zwei Jahre. Kettenverträge – häufige Verlängerungen – sind üblich. Damit sind die Hiwis eine rechtlose und verschiebbare Hilfsgruppe, qualifizierte Arbeitskräfte billigster Art.

Alle diese gedrückten Arbeitsverhältnisse werden nur aufgrund dessen akzeptiert, daß die Mitarbeiter die Promotion anstreben. In vielen Fächern steigen die Berufschancen mit dem „Dr.“ vor dem Namen erheblich; im Fachbereich Chemie ist es sogar fast aussichtslos, ohne einen Arbeitsplatz zu finden. Daher promovieren 95% aller Chemiker. Die Landesregierung propagiert, die Promotion sei zum eigenen Nutzen, daher nicht oder niedriger zu bezahlen. Festzuhalten bleibt jedoch, daß der Tätigkeit einer ausgebildeten Arbeitskraft eine tarifliche Bezahlung gebührt und daß Forschung an der Hochschule ohne wissenschaftliche Mitarbeiter einfach nicht existieren würde.

In der Universität ähneln die Arbeitsbedingungen stark denen in Kleinbetrieben. Die Mitarbeiter sind durch die befristeten und miserablen Arbeitsverträge und durch die Notwendigkeit einer guten Zensur stark abhängig vom jeweiligen Professor. Damit werden in manchen Instituten von den Professoren Arbeitszeiten über 40 Wochenstunden u.ä. erzwungen. Das wäre nicht so leicht möglich, würden alle wissenschaftlichen Mitarbeiter mit ganzen Stellen für die Dauer der Promotion nach einheitlichem Tarif bezahlt.

## Gewerkschaften und Personalräte gegen NHG-Novelle und Zeitverträge

„Die ÖTV Niedersachsen nimmt mit Empörung die Absicht der Nds. Landesregierung zur Kenntnis, den Medizinalassistenten und den wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern den sozialen Schutz durch ihre Personalräte zu entziehen. Die ÖTV Niedersachsen verurteilt den Versuch, diese Regelung mit der Novelle vom 6.1.1981 (2. Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz – NHG –, d.Verf.) durchzusetzen, von der im Referentenentwurf vom Juli 1980, zu dem die ÖTV Niedersachsen Stellung genommen hat und angehört worden ist, nicht die Rede war. Mit der vorgeschlagenen Regelung werden mehr als 6000 Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen Entscheidungen von Institutsleitern und Universitätsleitungen ausgesetzt, die allein an deren Interessen orientiert und nicht kontrollierbar sind, ohne daß ein von allen Kolleginnen und Kollegen gewähltes und ihnen verpflichtetes Gremium wie der Personalrat sich schützend vor die Betroffenen stellen kann.“

Mit der Novellierung versucht die Landesregierung das Personalvertretungsgesetz derart zu ändern, daß bei Kündigung, Zeitvertragsverlängerung, Versetzung und Einstellung von Medizinalassistenten, künstlerischen und wissenschaftlichen Mitar-

„Der Personalrat Welfengarten wird in Zukunft unter Hinweis auf die im folgenden näher erläuterte Rechtslage keinerlei Zeitverträgen mehr zustimmen, die unzureichend begründet sind, d.h. in denen die Befristung mit dem Verweis auf die Limitierung von Forschungsvorhaben bzw. auf begrenzte Mittel „aus eigenem Erwerb“ begründet werden soll ... Der Große Senat des Bundesarbeitsgerichts hat bereits am 12.10.1960 entschieden, daß befristete Arbeitsverträge nur zulässig seien, wenn ein *sachlicher Grund* für die Befristung gegeben sei ... Am 29.8.1979 hat das Bundesarbeitsgericht zur Präzisierung des Begriffs „sachlicher Grund“ ausgeführt, die Begrenzung des Haushalts durch das Haushaltsjahr oder allgemeine Einsparungen stellen keinen sachlichen Grund für die Befristung von Arbeitsverträgen dar. Die zeitlich begrenzte Zuweisung von Mitteln sei nicht schon für sich ein sachlicher Grund zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge. Es käme vielmehr darauf an, ob für die vorübergehende Beschäftigung von der Sachlage her ein objektiver sachlicher Grund bestehe ...“

Nehmen Beschäftigte mit Zeitverträgen in Wirklichkeit Daueraufgaben wahr, wird die Zustimmung verweigert werden. Darüberhinaus bitten wir insbesondere betroffene Beschäftigte, aber auch alle anderen an der Universität Tätigen, dem Personalrat Kenntnis von gegebenenfalls unrechtmäßigen Arbeitsverträgen zu geben, damit er in die Lage versetzt wird, dem dadurch benachteiligten Personenkreis zu seinem Recht zu verhelfen, Arbeitsverträge auf unbestimmte Zeit zu erhalten ...“

Personalrat Bereich Welfengarten (Hauptgebäude Universität Hannover), in „Aus Arbeit der Personalräte 5/81“

„Künftig sollen auch Lehrbeauftragte der rechtswidrigen Überprüfung ihrer politischen Einstellung unterworfen werden, d.h. es wird nicht ... größere Rechtsgleichheit hergestellt, sondern das Unrecht wird auf eine weitere Gruppe ausgedehnt. Dabei muß beachtet werden, daß das MWK ausdrücklich der Presse gegenüber erklärt hat, der Änderungsvorschlag richte sich gegen marxistische Lehrkräfte ... Die GEW fordert – ersatzlose Streichung der Änderung zu §68 (3) NHG ...“  
GEW Landesverband Niedersachsen, 15.9.80 zum Entwurf 2. NHG-Novelle



Personalversammlung Universität Hannover am 20.1.82 gegen geplante 1%-Lohn- und Gehaltskürzung

beitern (§78 Nds. PersVG) die Personalräte keine Mitbestimmung mehr haben ...“

Stellungnahme der ÖTV Bezirk Hannover zur 2. NHG-Novelle vom 19.2.81.

„Albrecht-Politik gibt Niedersachsen einen festen Halt – CDU“ leuchtet es einem gegenwärtig von großen Wahlplakaten zu den Landtagswahlen in Niedersachsen entgegen. Wir haben einige Maßnahmen des Albrecht-Kabinetts gegen verschiedene Gruppen von Lohnabhängigen und die Gewerkschaften zur Einschränkung von erkämpften Rechten zusammengestellt. Den „festen Halt“ Albrechts Politik mögen die Kapitalisten und ihre Verbände verspüren – große Teile der Lohnabhängigen sicher nicht.

**Lohnverzicht und Landesbürgschaft.** In einer „in Norddeutschland bisher einmaligen Aktion“, wie das Organ der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern „Niedersächsische Wirtschaft“ am 13.12.1978 verkündete, gelang es der Luther-Werke-Geschäftsleitung in Braunschweig, die Belegschaft so unter Druck zu setzen, daß viele Arbeiter und Angestellte Lohnerhöhungs-Verzichtserklärungen unterschrieben. Das beeindruckte die Norddeutsche Landesbank und die Landesregierung derart, daß die Bank sofort fünf Mio. DM bereitstellte und die Landesregierung die Bürgschaft übernahm. Die Pressestelle der Staatskanzlei dazu: „Frau Minister Breuel betonte, erheblichen Einfluß auf diese positive Entscheidung habe der Beschluß der Belegschaftsversammlung gehabt, auf die vereinbarte Tarifierhöhung 1979 zu verzichten“. Die Arbeiter gaben ihre Erklärung unter dem Druck, sonst überhaupt keinen Lohn mehr zu bekommen, ab. Fünf Monate später war Luther Konkurs. Genauso wurde Anfang 1982 bei der Stahlbaufirma Louis Eilers, Hannover, vorgegangen: Die 450 Beschäftigten verzichten für die Dauer eines Jahres auf die bevorstehende Lohnerhöhung – unter dieser Voraussetzung übernimmt das Land Niedersachsen eine Bürgschaft von fünf Mio. DM.

**Weniger Zuschüsse für Bildungsurlaub.** Nach dem Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetz von 1974 haben Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte Anspruch auf zehn Tage bezahlten Bildungsurlaub in zwei Jahren. Seit 1975 stiegen die Teilnehmerzahlen beträchtlich an (von 1975 8985 auf 1980 40920). Die Landesregierung hat inzwischen auf die Wünsche der Kapitalisten nach Kürzung der Zuschüsse reagiert. Bisher wurden für Übernachtung und Verpflegung „angemessene“ Kosten übernommen; das waren bisher 36 DM, ab 1.4.81 übernimmt das Land nur noch

85% davon. Auch die Dozenten honorare (28 DM pro Unterrichtsstunde) wurden auf 85% gekürzt.

**Privatisierungen.** Eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftsministerin Breuel besteht darin, alle Bereiche des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen einschließlich der Kommunalverwaltungen auf mögliche Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen hin zu prüfen. In Bereichen wie Schlachthöfen, Straßenreinigung, Gärtner- und Friedhofsämtern sowie der Reinigung öffentlicher Gebäude gibt es bereits Ergebnisse. Neben der in diesen Bereichen erfolgten Lohnsenkung ist oftmals Verschlechterung dieser Leistungen die Folge.

**Mai-Veranstaltung verboten.** Durch einen Mehrheitsbeschluß von CDU und Freier Union im Soltauer Verwaltungsausschuß des Stadtrates (Lüneburger Heide) ist dem DGB eine Veranstaltung und eine Plakatausstellung zur Geschichte des 1. Mai 1981 in der öffentlichen Bibliothek „Waldmühle“ verboten worden. Dies sei keine Kulturveranstaltung sondern Parteipolitik – Diskussionsrunden der CDU konnten schon stattfinden. Der DGB hat Klage erhoben.

**Verlängerung der Ladenschlußzeiten.** Im Familienpolitischen Programm gibt die CDU Niedersachsen vor, für familienfreundliche Arbeitszeiten einzutreten. B. Breuel, Wirtschaftsministerin, hat eine große Kampagne eingeleitet, die Ladenschlußzeiten zu ändern: Die Einzelhändler sollen bis 21 Uhr geöffnet haben.

**Job-sharing.** In einem groß angelegten Modellversuch in der niedersächsischen Landesverwaltung will Wirtschaftsministerin Breuel Arbeitsplätze von jeweils zwei Beschäftigten bei freier Zeiteinteilung teilen lassen. Es wird jeweils der halbe Lohn gezahlt.

**Verschärfung des Disziplinarrechts.** Der Entwurf eines 2. Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Disziplinarordnung (anzuwenden auf Beamte) beinhaltet u.a.: Beschleunigung von Disziplinarverfahren; Kürzung des Gehalts und der Ruhegelder können durch Disziplinarverfügung verhängt werden (bisher durch Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht); die Höchstgrenze für Geldbußen wird angehoben; das Anhörungsrecht der Beamten wird eingeschränkt.

**Bußgelder gegen 3400 Lehrer.** Als Folge einer zweistündigen Arbeitsniederlegung wurde sieben GEW-Vorstandsmitgliedern verboten, ihr Amt auszuüben (im Schuldienst). Gegen ca. 3400 Lehrer wurden Bußgeldbescheide und Eintragungen in die Personalakten erlassen. Die entsprechende Entscheidung der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover, die dies für rechtens erklärt hat, ist unanfechtbar – worüber sich Kultusminister Remmers (CDU) erfreut äußerte.

**Personalvertretungsrechte eingeschränkt.** Mit der 2. Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes wurden die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter von der Mitbestimmung der Personalräte bei Einstellung, Kündigung, Zeitvertragsverlängerung ausgenommen. Davon waren ca. 6000 Personen in Niedersachsen betroffen.

**Disziplinarurteil gegen P. Brückner.** Der hannoversche Hochschullehrer P. Brückner wurde auf Betreiben Albrechts hin am 9.10.81 von der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover zu einer vierjährigen 10%igen Gehaltskürzung verurteilt. Nachfolgend Auszüge aus dem schriftlichen Urteil:

„... fordert die Verfassungstreuepflicht von allen Beamten ohne Beschränkung auf bestimmte Ämter oder Aufgaben, sich mit der freiheitlichen demokratischen, rechts- und sozialstaatlichen Ordnung unseres Staates zu identifizieren ...“ „Dem Beamten (Brückner, d. Verf.) muß jedoch als Pflichtverletzung zur Last gelegt werden, ... daß er von der Bundesrepublik als einem repressiven und präventiven Staat spricht ... und daß er schließlich behauptet, es ließen sich in der Bundesrepublik ob-

jektive (!) Bedingungen finden, die den Entschluß der RAF zu töten ... verstehbar machten ...“ „Schlechterdings unwahr ist auch die Behauptung, jeder ‚Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis‘ solle ‚erstickt‘ ... werden ...“ „Sie (die Verfasser der Dokumentation zum Bubacknachruf, d. Verf.) sagen, die Veröffentlichung des Artikels (des Bubacknachrufs, d. Verf.) werde ‚unter Strafe gestellt‘ und verfolgt und drücken damit aus, daß die Veröffentlichung eigentlich gar nicht strafbar sei und deshalb die Verfolgung willkürlich geschehe ... diese Äußerungen (sind, d. Verf.) als grober Verstoß gegen die beamtenrechtlichen Pflichten zur politischen Mäßigung (§61 Abs. 3 NBG) zu werten ...“

**Spaltung des wissenschaftlichen Mittelbaus.** Als Beispiel für die Personalstruktur niedersächsischer Universitäten seien die Zahlen für die Universität Hannover 1981 genannt:

	A	B
Professoren	391	
Mittelbau	988	476
Beamte/ZE <sup>1)</sup>	54	
nichtwiss. Ang.	785	177
Arbeiter	2669	680

A) aus Haushaltsmitteln; B) aus Drittmitteln; <sup>1)</sup> in zentralen Einrichtungen

Hinzu kommen ca. 180 wissenschaftliche Hilfskräfte mit abgeschlossenem Hochschulstudium und ca. 1300 studentische Hilfskräfte. Nach dem niedersächsischen Hochschulgesetz wird der bisherige wissenschaftliche Assistent abgeschafft und der Mittelbau in die Gruppe der Hochschulassistenten als Nachwuchs für die Professoren (C1-Stellen, 4000 DM brutto im Schnitt) und die wissenschaftlichen Mitarbeiter gespalten. Schon jetzt besteht eine tiefgreifende Lohnspaltung durch die Besetzung von vollen, 70%- und halben (BAT IIa- oder A13-) Stellen (brutto etwa 4000, 2800, 2000 DM) und die Einrichtung von Hilfskraftstellen (460 DM bei 10 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit). Die Zahlen beziehen jeweils durchschnittliche Familienzuschläge etc. ein. Durch Stellenstreichungen hat die Landesregierung in den letzten Jahren die Halbierung von Stellen gefördert, die von Professoren betrieben wird, um die Zahl ihrer Assistenten zu halten.

## F: Kapitalistenmilizen gegen Streikende

Issigny, ein kleiner Ort im Calvados, lag in der Nacht des 6. Februar unter Belagerungszustand. Die Verkehrsverbindungen nach außen waren blockiert, jedermann auf der Straße wurde angehalten und durchsucht. 200 mit Revolvern und Knüppeln bewaffnete Männer, darunter 30 Ex-Fallschirmjäger hatten den Ort abgeriegelt und dann die Käsefabrik Claudel-Besnier gestürmt. Die 125 Lohnabhängigen des Betriebes waren für die Durchsetzung der 39-Stundenwoche in den Streik getreten, seit dem 4.2. hielten sie den Betrieb besetzt. Die am 6.2. nachts Anwesenden, zumeist Arbeiterinnen, wurden geschlagen, mit Tränengas traktiert und sodann für 5 Stunden eingeschlossen, während der Direktor des Unternehmens den Abtransport der einlagernden 700000 Camemberts organisierte. 6 Stunden währte die Aktion, ungestört vom alarmierten Präfekten und der örtlichen Polizei. Eine Woche darauf starb in Clichy bei Paris ein Arbeiter eines bestreikten Betriebes bei Angriffen organisierter Streikbrecher. Die Gewerkschaften haben einheitlich

## Grönland weiter Mitglied in der EG?

Am 24.2.82 entscheidet das grönländische Volk über die weitere Mitgliedschaft. 1972 hatten die Grönländer mit über 70% der Stimmen gegen eine Mitgliedschaft in der EG gestimmt. Trotzdem wurden sie Mitglieder in der EG, da sie als Teil Dänemarks behandelt wurden und in Dänemark die Mehrheit der Bevölkerung für die EG stimmte. Jetzt hat Grönland einen Selbstverwaltungsstatus innerhalb Dänemarks und kann selbständig über die Mitgliedschaft entscheiden. Die dänische Regierung hat zugesagt, die Entscheidung zu respektieren. Die



grönländischen Linksparteien, die gegen eine EG-Mitgliedschaft sind, argumentieren, daß sie innerhalb der EG nicht über ihre eigenen Gewässer bestimmen können. Sie müssen die Quotenzuteilung der EG über ihre Fänge akzeptieren.

mit Demonstrationen und der Forderung nach Verbot der Kapitalistenmilizen reagiert. Das Innenministerium ließ verlauten, es wolle zunächst prüfen.

## Generalstreik in Portugal

Am 12.2. folgten rund zwei Millionen Beschäftigte, vor allem in Industrie und Landwirtschaft, dem Aufruf der von der revisionistischen KP Por-

tugals geführten Gewerkschaft Intersindical zum Generalstreik. Er richtete sich gegen den Abbau von Sozialleistungen, besonders in der Gesundheitsversorgung, gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen den Plan, die in der Revolution von 1974 erkämpfte Verfassung zu revidieren. Die zweitgrößte, sozialistisch geführte Gewerkschaft rief nicht dazu auf, stellte aber ihren Mitgliedern die Teilnahme frei.

## Wahlergebnis in Irland

Bei schwacher Wahlbeteiligung gewann die bisherige Oppositionspartei Fianna Fail die Parlamentswahl in der irischen Republik mit 81 Sitzen. Zur Mehrheit fehlen Parteiführer Haughey drei Sitze. Die bisherigen Regierungsparteien Fine Gael und Labour erhielten 78 Sitze. Vier unabhängige Kandidaten wurden gewählt, die offizielle Sinn Fein (Sinn Fein The Workers Party) gewann drei Sitze. Die Regierung FitzGerald war im Januar mit ihrem Schröpf-Haushalt im Parlament gescheitert. Im Wahlkampf wurde auch ihre Nordirland-Politik heftig kritisiert, die vor allem im Nachgeben gegenüber Großbritannien bestand. Haughey gab sich im Wahlkampf republikanischer. Die der IRA nahestehende republikanische Sinn Fein beteiligte sich zum ersten Mal als Partei an der Parlamentswahl. Ihre sieben Kandidaten erhielten zwischen 3,1% und 7,5%, insgesamt 16894 Stimmen.

## Unbefristeter Generalstreik im Golangebiet

Die 13000 Einwohner der Golanhöhen sind am 14. Februar in einen unbefristeten Generalstreik gegen die Annexion des Gebiets durch Israel getreten. Die syrischen Golanhöhen sind seit 1967 von Israel besetzt. Anfang Januar hatte das zionistische Parlament im Eilverfahren die Annexion beschlossen. Die US-Imperialisten verhinderten im UNO-Sicher-

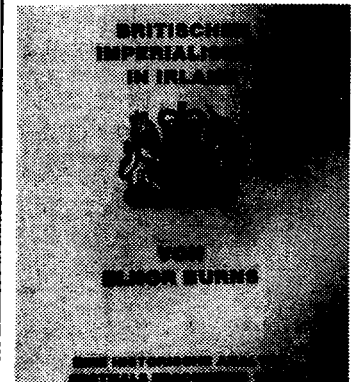
heitsrat Sanktionen durch ihr Veto. Daraufhin hat am 4.2. die UNO-Generalversammlung alle Staaten aufgefordert, die Beziehungen zu Israel auf allen Gebieten einzustellen.

Unmittelbarer Anlaß des Generalstreiks ist die Verhaftung von vier Führern der drusischen Religionsgemeinschaft, der die arabische Bevölkerung der Golanhöhen angehört. Die

vier hatten bei den Besatzungsbehörden gegen die Annexion protestiert und erklärt, syrische Bürger bleiben zu wollen. Dafür wurden sie für drei Monate in „Verwaltungshaft“ gesteckt. Nach den vorliegenden Nachrichten wird der Generalstreik vollständig befolgt: Schulen und Geschäfte bleiben geschlossen; die rund 2500 Arbeiter vom Golan, die im benachbarten besetzten Palästina arbeiten, gehen nicht mehr zur Arbeit. Hunderte erhielten die Kündigung.

Schon vor dem Streik hatten die Bewohner des Dorfs Ain Kania israelische Steuerbeamte verjagt, die „zur Schätzung“ der Grundstücke gekommen waren. Die zionistischen Kolonialbehörden haben kürzlich die Gründung zweier weiterer jüdischer Siedlungen auf dem Golan angekündigt.

Derweil verstärken sich die Anzeichen für einen unmittelbar bevorstehenden Angriff Israels auf Südlibanon. Die Zionisten haben Panzer-, Luftwaffen- und Marinereservisten mobilisiert und ihre Truppen entlang der Grenze verstärkt.



Preis: 3,50 DM. Zu bestellen bei: F. Gallagher, Arnburger Str. 21, 6 Frankfurt 60



## Zimbabwe

# Imperialistische Putschpläne gegen wirtschaftliches Aufbauprogramm

Seit Anfang Dezember sitzt ein Abgeordneter der Siedlerpartei „Republikanische Front“ (RF) in Zimbabwe unter dem Vorwurf in Haft, mit südafrikanischer Hilfe einen Umsturz gegen die schwarze Mehrheitsregierung vorbereitet zu haben. Ein weiterer weißer Abgeordneter ist flüchtig. Schon im Januar hatte Premierminister Mugabe den Verdacht geäußert, die weißen Konterrevolutionäre hätten versucht, die an der Regierung beteiligte ZAPU in Umsturzpläne zu verwickeln.

Dieser Verdacht hat sich erhärtet. Anfang Februar fand die Polizei auf ei-



1980: Freiheitskämpfer auf dem Marsch zum Sammelplatz vor den Unabhängigkeitswahlen

ner Farm in der Nähe Bulawayos, der zweitgrößten Stadt Zimbabwes und ZAPU-Hochburg, mehrere Waffenverstecke. Die Farm gehörte einer Firma, deren Direktor ZAPU-Führer Nkomo, bis dahin Minister ohne Geschäftsbereich, war. Unter anderem wurden dort sieben sowjetische Boden-Luft-Raketen, 520 automatische Gewehre, 50 leichte und mittlere Maschinengewehre und 16 Mörser gefunden. Daraufhin angeordnete Durchsuchungen der Farmen von zehn anderen ZAPU-Firmen förderte weitere Waffenlager zutage: zusammengekommen die Ausrüstung einer Armee von 20000 Mann (die zimbabwischen Streitkräfte haben 55000 Mann.)

Die Waffenlager sind wahrscheinlich größtenteils in der ersten Zeit nach der Unabhängigkeit angelegt worden. Die ZAPU war – wie auch die ZANU – verpflichtet, ihre gesamten Waffenbestände aus dem Befreiungskrieg in die neue nationale Armee Zimbabwes ein-

zubringen. Seit September 1981 ist die Frist für die straffreie Abgabe von Waffen endgültig abgelaufen. Ob die ZAPU-Führung nun tatsächlich in Putschpläne der Imperialisten und Siedler verstrickt ist oder sich „nur“ mit Bürgerkriegsvorbereitungen gegen Mehrheitsentscheidungen versichern wollte, die Existenz solcher Waffenlager konnte nur der Konterrevolution nutzen.

Da Nkomo und mit ihm das ZAPU-ZK an der ganz unglaublichen Version festhielten, sie hätten von den Verstecken auf ihren Farmen nichts gewußt, blieb der ZANU und ihrem Vorsitzenden Mugabe schließlich nichts anderes übrig, als Nkomo und drei weitere ZAPU-Minister aus der Regierung zu entlassen. Drei andere ZAPU-Regierungsmitglieder traten daraufhin ihrerseits zurück; ein ZAPU-Mitglied blieb im Kabinett, weil ihm „die Nation wichtiger ist als die Partei“. Mit 57 von 100 Sitzen (ZAPU: 20) verfügt die ZANU im Parlament auch allein über die Mehrheit. Bei der nötigen Regierungsumbildung wurde u.a. der von den Siedlern besonders angefeindete frühere Gesundheitsminister Ushewokunze wieder ins Kabinett berufen, jetzt als Innenminister.

Die von der ZAPU ausgelöste Koalitionskrise stellt zunächst einen Rückschlag für die Politik der nationalen Aussöhnung dar. Immerhin hatten ZANU und ZAPU noch vor wenigen Wochen Gespräche über ihren Zusammenschluß zu einer Einheitspartei geführt. Aber: die kluge Einheitsfrontpolitik der ZANU seit der Unabhängigkeit hat erst ermöglicht, eine derartige Krise durchzustehen, ohne daß die Imperialisten und Südafrika sie zur Anzettelung bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen nutzen könnten. Aus der Armee, die fast zur Hälfte aus ehemaligen ZAPU-Kämpfern besteht, wurden nach der Entlassung Nkomos keinerlei Zwischenfälle gemeldet. Eine allgemeine „Säuberung“ des Staatsapparates von ZAPU-Mitgliedern ist nicht beabsichtigt.

Die verstärkten Putschvorbereitungen richten sich gegen das „Programm der wirtschaftlichen Umgestaltung“, das die ZANU zum Jahreswechsel angekündigt hat. In seiner Neujahrsansprache griff Mugabe die 5000 weißen Großgrundbesitzer scharf an, die noch immer den größten Teil des besten Bodens monopolisieren: „Große Teile dieses Landes müssen 1982 an die Bau-

ern übergeben werden“. Der Staat will weitere Mehrheitsanteile an Fabriken und Bergwerken aufkaufen. Die Rechte der Arbeiter in den Betrieben sollen gestärkt, die Bildung von Volksgenossenschaften im Handel und anderen Bereichen gefördert und die Tätigkeit privater Unternehmen staatlicher Kontrolle unterworfen werden. Demnächst wird das Umgestaltungsprogramm in einen ersten Dreijahresplan gefaßt.

Das ZANU-Programm entspricht dringenden Interessen der afrikanischen Arbeiter und Bauern. Zugleich ermöglicht die Konzentration des Angriffs auf die weißen Großgrundbesitzer, einen Teil der anderen Siedler, technisches und kaufmännisches Leitungspersonal usw., zu neutralisieren. Im November sind erstmals seit der Unabhängigkeit die Auswandererzahlen stark gesunken. Auf die Dauer wirkt sich das zersetzend auch auf das südafrikanische Kolonialregime aus, während umgekehrt jeder Aufbau-erfolg Zimbabwes die afrikanischen Massen Azanias ermutigt.

Quellenhinweis: Facts and Reports, A-C, 1982. The Guardian, The Financial Times, Feb. 1982. The Herald, Jan. 82.

## SVR Albanien Wirtschaftsaufbau aus eigener Kraft

Daß sich die Staaten der Dritten Welt, insbesondere die kleinen, niemals entwickeln könnten, wenn sie sich nicht den Segnungen des „Weltmarktes“ und der „internationalen Arbeitsteilung“ aussetzten, ist einer der beständigen Vorwände der Imperialisten für die Ausplünderung dieser Länder mittels Kapitalexporten und Krediten. Seit November letzten Jahres verhandeln die Botschafter der BRD und Albanien in Wien über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern, die bisher an der Weigerung der BRD scheiterten, für die von den deutschen Faschisten im zweiten Weltkrieg angerichteten Verwüstungen Reparationen zu zahlen. Und prompt taucht in der westdeutschen Presse die Forderung auf, Albanien möge endlich seinen „Isolationismus“ aufgeben, wie sonst wolle es sich denn „entwickeln“?

Dabei zeigt die Entwicklung des albanischen sozialistischen Wirtschaftsaufbaus das genaue Gegenteil. Nach der Zerschlagung des Großgrundbesitzes und der Enteignung der Kapitalisten haben die albanischen Arbeiter und Bauern in dem einst armen Land ohne jede Industrie große malariaverseuchte Sümpfe trockengelegt, Berge terrassiert und Bewässerungssysteme angelegt. Organisiert in landwirtschaftlichen Genossenschaften können

die Bauern heute den Bedarf des Landes an Brotgetreide komplett, den an anderen Nahrungsmitteln zu 85% sichern. Das Land besitzt eine eigene Stahlindustrie, Chemieindustrie, ausreichende Stromerzeugung, die Arbeiter in der Maschinenbauindustrie stellen 95% aller Ersatzteile selbst her. All diese Erfolge beruhen auf der genossenschaftlichen Organisierung der Bauern in der Landwirtschaft und auf der sozialistischen Organisierung der Industrie. Albanien schuldet den Imperialisten keinen Pfennig.

Zwar hat das Land mit über 50 Staaten Handelsbeziehungen, der Fünf-Jahres-Plan sieht eine weitere Steigerung des Außenhandels um über 50% vor. Dabei gilt aber der Verfassungsgrundsatz: „In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die Vergabe von Konzessionen, die Gründung von ausländischen oder mit bürgerlichen und revisionistischen kapitalistischen Monopolen und Staaten gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzgesellschaften und anderen Institutionen sowie die Annahme von Krediten von ihnen verboten.“ (Artikel 28).

Quellen: Roter Morgen, Zeitung der KPD, versch. Ausgaben; Albanien heute, versch. Ausgaben; Enver Hoxha, Bericht an den 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens, Tirana 1981; Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, Tirana 1977.

## VR Polen

### Vorbereitung des ZK-Plenums der PVAP

In Vorbereitung der VII. Vollversammlung des Zentralkomitees der PVAP hat die Kommission für innerparteiliche Angelegenheiten am 15. Februar getagt und sich für die „Ausarbeitung und konsequente Anwendung neuer Grundsätze der Kaderpolitik“ ausgesprochen. „Die Kaderpolitik muß gerecht und rational sein, sich stützen auf die Kriterien der Kompetenz, der fachlichen Vorbereitung, der organisatorischen Geschicklichkeit und der hohen ideologisch-moralischen Anforderungen.“ Sowohl mit dieser Maßgabe wie mit Maßnahmen zur Reorganisation auf der Ebene der Betriebe sucht die PVAP, die sich auf den bürokratischen Staatsapparat stützt, einen Teil der gehobenen Facharbeiterschichten von der Arbeiterklasse abzuspalten. Sie will, gedeckt durch das Kriegerrecht und die Ausschaltung der Gewerkschaften, eine Konsolidierung erreichen.

Am 3.2. hat das Sekretariat des ZK eine Richtlinie für alle Parteikomitees, Mitglieder und Kandidaten in der Parteizeitung „Trybuna Ludu“ veröffentlicht, in allen Betrieben Vereinigungen zu bilden, deren Aufgabe sein soll,



General Jaruzelski mit Vertretern der Bauernpartei und der Demokratischen Partei

über die Produktionskosten und die sparsame Verwendung von Rohstoffen und Produktionsmitteln zu wachen. Eine Kampagne zur Senkung der Preise von Industrieprodukten dient dazu, die Arbeitsleistung hochzuschrauben. Verwiesen wird darauf, daß oft die Kosten zu hoch sind wegen niedriger Disziplin und schlechter Arbeitsorganisation. In diese Vereinigungen sollen „die besten Arbeiter der Unternehmen berufen werden, Mitglieder der Partei und Parteilose“. Bei der personellen Zusammensetzung sollen die Arbeiter einen Anteil von 50% haben. Diese schwache Möglichkeit, sich in irgendeiner Form an der gesellschaftlichen Leitung zu beteiligen, erkaufen die Arbeiter schwer durch das Fehlen jeglicher gewerkschaftlicher Organisation, mit der sie den mit den Vereinbarungen vom 31.8.81 eingeschlagenen Kurs weiterführen könnten.

Die gleichzeitig tagende Kommission für Wirtschaftsreform hat klargestellt, was für die Funktionäre der Arbeiterbewegung in den Betrieben von der so lange verhandelten Reform der Selbstverwaltung übrigbleiben soll: „Herausgearbeitet werden muß rücksichtslos die motivierende Bedeutung des Lohnsystems.“ Ihnen fällt so die Durchsetzung des Prinzips gegenüber den Belegschaften zu, die Lohnhöhe von Produktenmenge, Wirtschaftlichkeit und Qualität in den einzelnen Betrieben abhängig zu machen.

Dieselbe Kommission hat sich bei der Zuteilung der Schuld für die schwere Wirtschaftskrise gegenüber der Gewerkschaft „Solidarität“ zurückgehalten. Auch das soll Hoffnungen erwecken, daß die Arbeiter sich mit der jetzigen Regierung arrangieren könnten. Die Kommission kommt in ihrer Analyse der wirtschaftlichen Lage zu dem Schluß, daß sie hauptsächlich drei Ursachen hat: 1. Fehler in der Wirtschaftspolitik und Verwaltung der 70er Jahre, die krisenhafte Tendenzen erzeugt und zum Aufschub der Krise

um den Preis der Vertiefung der Ungleichmäßigkeiten in der Ökonomie geführt hätten, 2. die im Jahre 1980 getroffenen Entscheidungen über Lohnerhöhungen ohne materielle Grundlage. Diese hätten zum Zusammenbruch des inneren Marktes geführt, 3., die gesellschaftlichen Spannungen ab der zweiten Hälfte 1980, die das Leitungssystem der Wirtschaft geschwächt hätten, „u.a. im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gegner der in Polen bestehenden sozialistischen Ordnung“. Damit wird hauptsächlich die Verantwortung auf die Regierung Giersek abgeladen. Prozesse gegen Funktionäre aus dieser Zeit vor einem neuen Staatsgerichtshof werden vorbereitet.

Quellenhinweis: Trybuna Ludu vom 3. und 16.2.1982

## US-Bergarbeiter

### Einstellung weiterer Sicherheitsinspektoren

Nachdem die Gewerkschaft der Bergarbeiter einen bundesweiten Proteststreik vorbereitet hatte, mußte US-Präsident Reagan Anfang Februar den Einstellungsstopp für Sicherheitsinspektoren in den Bergwerken aufheben. Die Zahl der Sicherheitsinspektoren und des Sicherheitspersonals steigt damit auf 1897 im Finanzjahr 1983, 412 mehr, als Reagan eingeplant hatte. Die Gewerkschaft hatte die Kürzungen angegriffen, weil damit eine gründliche Inspektion verhindert werde, was die Zahl der tödlichen Grubenunfälle sprunghaft vergrößere. Im letzten Jahr wurden 153 Bergarbeiter bei Arbeitsunfällen getötet, die höchste Zahl seit 1975. Allein in den letzten beiden Monaten starben über 50 Bergleute. Im Verhältnis zu den Arbeitsstunden ist die Zahl der Unfälle noch weitaus stärker angestiegen. Die Bergarbeiter hätten im Frühjahr 1981 72 Tage streiken müssen, um Kürzungen größeren Aus-

maßes bei den Löhnen und der Sozialversicherungsleistungen zu verhindern.

Auf Druck der Gewerkschaft mußte die US-Bourgeoisie 1969 ein Sicherheitsgesetz für die Kohlebergwerke zustimmen. Seitdem beklagen die Bergwerkskapitalisten, das Gesetz sei ein wichtiger Grund dafür, daß die Produktivität pro Arbeitsstunde von 1968 bis 1977 um 28 Prozent gesunken ist. Die Zahl der tödlichen Unfälle sank von 1,02 pro 1 Million Arbeitsstunden im Jahr 1970 auf 0,28 im Jahr 1978. Die Zahl der anderen Unfälle pro Million Arbeitsstunden stieg dagegen von 48,4 (1969) auf 50,5 (1978). Die eingesetzten Inspektoren haben das Recht, jederzeit Untersuchungen in den Bergwerken vorzunehmen, bei Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen oder wenn nach 90 Tagen die Unfallgefahr nicht beseitigt ist, können sie die Mine oder die Arbeitsstelle stilllegen lassen. Von 1973 bis 1978 registrierten die Inspektoren 502.000 Verstöße gegen die Sicherheit in den Bergwerken, 129.000 im Untertagebau.

Die Regierung ist mit der Kürzung von Inspektorenstellen nicht durchgekommen. Sie hat danach versichert, daß sie „überflüssige Regelungen im Bergbau“ beseitigen will. Mehr getöte Bergarbeiter sind eingeplant.

Quellenhinweis: The Wall Street Journal, 8.2.82, Coal Data Book, Hrsg.: The Presidents Commission on Coal, Washington, 1980, The Coal Industry: Problems and Prospects, Committee on Governmental Affairs, Washington, 1978, United States Code, Title 30, Coal Mine Health and Safety Act, 1976 Edition.

## Dänemark Bewegliches Lohnsystem wieder in Kraft

229 Lohnauseinandersetzungen gab es in den ersten vier Wochen dieses Jahres, hat der Dänische Arbeitgeberverband bekanntgegeben. Vor allem die Metallarbeiter haben in vielen mittleren und kleinen Betrieben gestreikt. Seit dem 1.1.82 ist nämlich der „löfteparagraf“ wieder in Kraft, d.h. das bewegliche Lohnsystem, wonach die Arbeiter während eines laufenden Tarifvertrages auf Betriebsebene weitere Male in Lohnverhandlungen treten können. In Dänemark werden die Tarifabkommen gewöhnlich für zwei Jahre geschlossen, wobei noch eine automatische Teuerungszulage nach dem Preisindex erfolgt und zusätzlich in vielen Berufsgruppen noch das bewegliche Lohnsystem besteht, das 1981 für 10 Monate ausgesetzt war.

Zwischen 8% und 9% Lohnerhöhung hatten die Metallarbeiter für 1981 erhalten. Durchschnittlich 11% werden sie nach dem bisherigen Stand für

1982 erhalten; zwischen 1 und 8 Kronen mehr haben sie bisher nach dem „löfteparagraf“ durchgesetzt. Die Inflation liegt bei 12%. Die Kapitalisten haben ihren Beschluß, nicht mehr als 60 Öre zu bieten (20 Pf.), nicht halten können. In den großen Fabriken ist die Auseinandersetzung noch nicht beendet, so hat z.B. die Danfoss-Belegschaft ein Angebot der Betriebsleitung für 3600 Arbeiter gefordert.

Als führendes Beispiel wurde der Streik von 180 Metallarbeitern bei Atlas bei Kopenhagen betrachtet, die drei Wochen streikten und am 2.2. die Arbeit wieder aufnahmen, weil die Kapitalisten die Gewerkschaft unter Druck gesetzt hatten. Die Betriebsleitung hatte 1,20 Kr. geboten, die Arbeiter forderten 4,60 Kr. Nach Arbeitsaufnahme wird weiter verhandelt. Vier Frauen von streikenden Metallarbeitern bei Atlas beschreiben ihre Haushaltslage so: Wir können keine weitere Aushöhlung des Reallohns mehr hinnehmen. Obwohl wir Frauen voll mitarbeiten und eine Familie mit zwei Kindern so ein Monatseinkommen von 11000 Kr. netto (ca. 3300 DM) hat, reicht es vorn und hinten nicht. Sonderangebote fürs Essen *müssen* gekauft werden, an Kleidung wird sowieso schon länger gespart. Extras sind nicht mehr drin.

Auch im Handel- und Bürobereich haben Lohnkämpfe angefangen. Hier ist auch seit 1.1.82 das bewegliche Lohnsystem wieder in Kraft. Die Lohnerhöhungen lagen zwischen 1,40 und 3,80 Kr., 10% Lohnsteigerung wird nach dem bisherigen Stand errechnet.

Die Arbeiter stehen unter starkem ideologischen Druck. Die Arbeitslosenquote liegt bei 9%. Druck wird auch von westlichen Imperialisten ausgeübt. Der OECD-Jahresbericht für Dänemark fordert u.a. Lohnsenkung, worauf sich Kapitalisten und bürgerliche Politiker berufen.

Quellennachweis: „Politiken“, Januar 82 bis 16.2.82; „LO-Bladet“, Nr. 1,2,3/81.



Vertreter mehrerer Gewerkschaften bei einer Kundgebung für die Atlas-Arbeiter vor dem Arbeitsgericht.

## Frankreich

### „Maloche und krieche, damit ist Schluß“

Nichts lief mehr im „Radar“ von Saint Maximin, einem kleinen Ort nordwestlich von Paris. Seit dem 5. Februar mußte der Geschäftsführer dieses Supermarktes an der Kasse sitzen, vor dem Eingang wurden Flugblätter verteilt, die von der 39-Stundenwoche, dem Lohn und der Würde der Beschäftigten handelten. Zwei Monate zuvor hatten einige Verkäuferinnen eine Betriebsgruppe der Gewerkschaft CGT gegründet, jetzt stand die Mehrheit der 172 Beschäftigten im Streik. Den Streikanlaß hatte die Direktion geliefert, als sie die tägliche bezahlte Pause von 10 Minuten auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden anrechnete, also nur 10 Minuten effektive Arbeitszeitverkürzung gewähren wollte.

Für die Frauen war es nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Zehn Stunden Arbeit am Stück ohne Zeit für eine Mahlzeit, unbezahlte Überstunden, Abruf selbst von der Toilette bei starkem Kundenandrang, Streichung von Urlaubstagen bei Krankheit, dies war für viele tägliche Erfahrung. „Sie wollen Frauen ohne Leben, ohne Ehemann und Kinder, nie krank, jederzeit abrufbereit, und das alles zum Mindestlohn. Maloche und krieche, damit ist Schluß“, hieß es in einem Flugblatt.

3445 FF (1400 DM) verdient in etwa solch eine Verkäuferin mit 10 Jahren Berufstätigkeit, bis zu zwölf Überstunden wöchentlich konnten ihr nach der alten Arbeitszeitordnung abgezwungen werden, Schichtarbeit ist bei Ladenöffnungszeiten zwischen 54 und 78 Stunden die Regel. Der niedrige Lohn und die enorme Arbeitszettel sind die Triebkräfte der Kämpfe für Arbeitszeitverkürzung, vollen Lohnausgleich und gegen jede Intensivierung der Arbeit. (s.Pol.Ber. 4/82, S.28)

Über das Ergebnis des Kampfes bei „Radar“ ist uns noch nichts bekannt, in etlichen anderen Betrieben haben die Kapitalisten mittlerweile zurückstecken müssen. So mußte der Flugzeughersteller Darsault den 15000 Beschäftigten 100% Lohnausgleich an Stelle der geplanten 66% zugestehen, die Arbeiter der staatlichen Kohlengruben werden ab 1.10.82 38 Stunden arbeiten. Aufgrund der massiven Streikaktionen sah sich Ministerpräsident Mauroy am 11.2. gezwungen, zu erklären, daß bei der Arbeitszeitverkürzung auf 39 Stunden ein „Lohnausgleich für die große Mehrheit der Lohnabhängigen notwendig“ sei.

Quellenhinweis: Le Monde, L'Humanité, Syndicalisme, Febr. 82

## Gewerkschaftsforderungen gegen die Zerklüftung des Arbeitsmarkts

Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein: Zum Jahreswechsel wurden in der süditalienischen Region Kampanien (um Neapel) über 500 000 Arbeitslose gezählt, das ist fast ein Viertel der Erwerbsbevölkerung. Im August 1981 waren es „erst“ 290 000 gewesen. Der regionale Sekretär des Gewerkschaftsbundes CGIL erklärte den Anstieg zum Teil damit, daß sich in der Hoffnung auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen viele beim Arbeitsamt gemeldet hätten, die sich bisher mit Gelegenheits- und Schwarzarbeit durchschlagen. Hunderttausende sind allein im Ballungsraum Neapel in solche „schwarzen“ Arbeitsverhältnisse ohne jeden tariflichen und Versicherungsschutz gepreßt.

Für ganz Italien schätzt die CGIL die Zahl der in dieser „parallelen“ oder „untergetauchten“ Wirtschaft Beschäftigten auf rund 4,6 Millionen, davon 400 000 Kinder, 2 Mio. Saison-, Teilzeit- und Schwarzarbeiter, 1,2

überhaupt nicht oder doch außerhalb jeder gewerkschaftlichen Kontrolle beschäftigt. Das wirft für den Lohnkampf wie für die politische Einigung der arbeitenden Klassen gewaltige Probleme auf.

Mit Ausnahme der Jahre von 1962 bis 1964 ist die Zahl der offiziell gemeldeten Arbeitslosen seit dem Krieg noch nie unter 1 Mio. gesunken. Bauernlegen und Ruinierung städtischer Kleinproduzenten sorgten selbst in den Jahren flotter Akkumulation stets für einen überfüllten Arbeitsmarkt. Die Kapitalisten konnten bis Ende der 60er Jahre die Löhne niedriger, die Arbeitszeit höher halten als in allen anderen imperialistischen Ländern Westeuropas. Seitdem aber haben die Gewerkschaften einige Schranken gegen den Druck errichten können, der vom Millionenheer der Arbeitslosen ausgeht. Vor allem in größeren Betrieben konnten die Belegschaften Entlassungen



März 1976: Arbeitslose besetzen das Arbeitsamt von Neapel

Mio. Rentner, die „schwarz“ dazuerdienen müssen, und 1 Mio. Lohnabhängige, die – weil der Lohn nicht reicht – eine zweite Arbeitsstelle haben. Gleichzeitig sind 2,2 Mio. offiziell arbeitslos gemeldet, weitere rund 300 000 Arbeiter beziehen Kurzarbeitergeld aus der Lohnausgleichskasse der Sozialversicherung, oft ohne jede Aussicht, je wieder im früheren Betrieb zu arbeiten. Insgesamt rund ein Viertel der Lohnabhängigen sind entweder

meist verhindern. Trotz fast ununterbrochen ansteigender Gesamtarbeitslosigkeit sank die Zahl der Entlassungen pro 1000 Industriearbeiter von 1972 bis 1979 von 45,75 auf 8,6 jährlich. Trotzdem: die regionalen Lohnunterschiede (tariflich werden überall die gleichen Löhne gezahlt) zeigen den unterschiedlichen Druck der Reservearmee. Nach der Effektivlohnstatistik der Unfallversicherung, in der die nichtversicherten Schwarzarbeiter

noch gar nicht erfaßt sind, lag der Durchschnittslohn in der Industrie 1978 in Neapel 14,2% niedriger als in Mailand, in der Textil- und Bekleidungsindustrie sogar 35,2% niedriger.

Und: der Anteil derjenigen, die noch nie Arbeit hatten und daher keinerlei Anspruch auf die ohnehin geringen Versicherungsleistungen haben, an der Gesamtzahl der Arbeitslosen ist stetig angestiegen. Das sind vor allem Frauen und Jugendliche. 1960 waren knapp 30% der Arbeitslosen auf der Suche nach ihrer ersten Beschäftigung, 1980 waren es bereits über die Hälfte. Inzwischen sind Dreiviertel aller Arbeitslosen unter 29 Jahre alt, 41% davon haben Fach- oder Hochschulausbildung.

Auf die „Starrheit“ des Arbeiterkörpers in den großen Fabriken reagierten die Kapitalisten zunächst mit Auslagerung immer größerer Teile der Produktion in Heim- und Schwarzarbeit. Die Gewerkschaft CISL hat 1979/80 eine Untersuchung über die Arbeitsbedingungen in den Schweißbuden des Ledertaschenhandwerks in Neapel durchgeführt. 90 der 100 Betriebe tauchen in keiner Statistik auf. Nur die Gruppenführer, die ihrerseits vollständig von den Ledergroßhändlern abhängig sind, kamen mit 500 000 bis 800 000 Lire Monatsverdienst auf ein mit den Industriearbeiterlöhnen der Branchen (Durchschnittslohn 1979: 535 000 Lire; 1180 DM) vergleichbares Einkommen. Die Zuschneider, also Facharbeiter, verdienten mit 250 000 Lire nicht einmal halb soviel. Die durchweg nicht sozialversicherten Näherinnen kamen nur auf 80 000 Lire monatlich bei fünfeinhalb Arbeitstagen pro Woche.

So wurde der Boden bereitet für Angriffe auf die Belegschaften der Großbetriebe. Im Herbst 1980 konnten die Turiner Fiat-Arbeiter mit einem fünfwöchigen Streik nicht verhindern, daß die Kapitalisten über 20 000 auf die Lohnausgleichskasse setzten. Zwar sind die Leistungen der Kassen relativ hoch und zeitlich praktisch unbefristet (siehe Kasten), aber Fiat hat die Kontrolle über Belegschaftsgröße und -zusammensetzung zurückerobert. Die anderen Kapitalisten zogen nach. Im 1. Halbjahr zahlte die Kasse für ebensoviel ausgefallene Arbeitsstunden wie im ganzen Jahre 1980. In der Lombardei, dem industriellen Zentrums Italiens, sind 80 000 Arbeiter auf die Kasse gesetzt, zehnmal soviel, wie 1981 offen entlassen wurden. Ein Gesetzentwurf, mit dem diese „Kurzarbeiter“ zu mehr „Mobilität“ gezwungen werden sollen, ist in Vorbereitung. Danach ist u.a. jede Arbeit im Umkreis von 50 km „zumutbar“.

Die Gewerkschaften haben die diesjährigen Tarifikämpfe mit General-



Kinderarbeit in Palermo

streiks und Massendemonstrationen „für Arbeit“ in Süditalien und den industriellen Regionen des Nordens eröffnet. Forderungen zur Vereinheitlichung des zerklüfteten Arbeitsmarkts werden aufgestellt:

– einheitliche Arbeitsvermittlung mit paritätischer Beteiligung der Gewerkschaften. Bisher werden Stellen im öffentlichen Dienst offiziell nach Prüfungswettbewerben, praktisch aber oft auf „Empfehlung“ besetzt; die Arbeitsvermittlung für Landarbeiter ist abgetrennt.

– Einschränkung der Kapitalistenwillkür bei Einstellungen. Nach geltendem Gesetz sind die Kapitalisten in der Regel verpflichtet, die Zahl der benötigten Arbeiter dem Arbeitsamt zu melden und die nach einer Rangliste zugeordneten Arbeiter zu nehmen. In Wirklichkeit werden aber nur 10% der offenen Stellen nach diesem Verfahren besetzt.

– Die Ausdehnung der Gewerkschaftsrechte und Kündigungsschutzbestimmungen des „Statuts der Arbeiterrechte“ auf Kleinbetriebe soll eine schrittweise tarifliche Angleichung der „untergetauchten“ Wirtschaft an die große Industrie unterstützen. Ein von über 500 000 unterschriebenes Volksbe-

gehren für Ausdehnung des Geltungsbereichs des Statuts hat das Verfassungsgericht kürzlich für unzulässig erklärt.

Vor gut einem Jahr hat die größte Gewerkschaft CGIL begonnen, Arbeitslose in besonderen „Beschäftigungskomitees“ zu organisieren. Die Initiative geriet ins Stocken, u.a. weil es keine Forderung nach gemeinsamen Leistungen für alle Arbeitslosen (Entlassene, Jugendliche usw.) gab. Jetzt wird über eine Forderung diskutiert, nach der alle Arbeitslosen einen „sozialen Mindestlohn“ kriegen würden. Hunderttausende, die bisher auf Unterstützung durch die Familie und / oder Schwarzarbeit zu Niedrigstlöhnen angewiesen sind, könnten so in die gewerkschaftlichen Kämpfe einbezogen werden.

Quellenhinweise: P. Keppeler, Die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, besonders in Italien, Bern 1979. S. Bruno, in: Cambridge Journal of Economics, 1979, S. 131–151. B. Trentin, in: Quaderni di Rassegna sindacale, 89 (1981), S.85–107. Rassegna di statistiche del lavoro 3-4/81. Rassegna sindacale, bes. 19, 33, 39/1981.

## Versicherungsleistungen bei Arbeitslosigkeit — die meisten kriegen gar nichts

Je nach dem Grund der Arbeitslosigkeit werden in Italien sehr verschiedene bzw. oft gar keine Leistungen gezahlt. Das erschwert den Zusammenschluß von beschäftigten und arbeitslosen Lohnabhängigen. Die große Mehrheit der Arbeitslosen – Jugendliche, die noch nie versichert waren, und andere, deren Leistungen abgelaufen sind – kriegt nichts. Einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosen- oder Sozialhilfe gibt es nicht.

Alle beschäftigten Lohnabhängigen sind pflichtversichert. Die Kapitalisten müssen die Beiträge zahlen, für die Arbeitslosenversicherung 1,91% vom Bruttolohn, für die Lohnausgleichskasse (nur für Arbeiter) 1,3%. Der Staat ist zu Zuschüssen verpflichtet, die aber seit Jahren nicht angepaßt worden sind.

Die normale *Arbeitslosenunterstützung* beträgt lächerliche 800 Lire (1,52 DM) am Tag für 180 Tage. Bei Betriebsstillegungen und Massenentlassungen gibt es eine *besondere* Unterstützung von zwei Dritteln des letzten Lohns. Deren Zahlung wird in vierteljährlichem Abstand vom Arbeitsminister verfügt bzw. verlängert.

Die *Lohnausgleichskasse* ist ursprünglich zur Zahlung von Kurzarbeitergeld gegründet worden. Sie zahlt für bis zu 40 Stunden wöchentlichen Arbeitsausfall (also auch bei 0 Stunden Arbeit) 80% des Lohns (netto 90%). Bei eigentlicher *Kurzarbeit* laufen die Leistungen drei, ausnahmsweise höchstens zwölf Mona-

te. Seit 1968 gibt es bei Produktionsumstellung und wirtschaftlichen Krisen einen „*außerordentlichen Lohnausgleich*“. Darauf entfällt heute über die Hälfte der Leistungen der Kasse. Obwohl das Arbeitsverhältnis formell (bis zur Vermittlung an einen anderen Kapitalisten) weiterbesteht, sind viele auf „außerordentlichen Lohnausgleich“ gesetzte Arbeiter praktisch arbeitslos; oft besteht der ursprüngliche Betrieb gar nicht mehr. Die Zahlung wird halbjährlich (und beliebig oft hintereinander) durch Ministerdekret festgestellt.

Statistiken über die Zahl der Leistungsempfänger werden nicht veröf-



Turin, 16.1.82. 50000 demonstrieren „gegen a.o. Lohnausgleich, für Arbeit“.

fentlicht. 1979 zahlte die Arbeitslosenversicherung 630 Mrd. Lire (1,4 Mrd. DM), die Lohnausgleichskasse 600 Mrd. Lire (1,3 Mrd. DM) aus.

Quelle: FLM Milano. Guida sindacale del delegato.

### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeiterstunden 1970–1981 (in 1000)

Jahr	arbeitslos	noch nie beschäftigt	Kurzarbeit in 1000 Stunden	in Arbeits- plätzen <sup>1</sup>	Arbeitslose insg. <sup>2</sup>	Arbeitsl.- quote in %
1970 .....	1111	449	68161	33	1144	8,2
1971 .....	1109	435	186042	90	1199	8,5
1972 .....	1297	569	167871	81	1378	9,6
1973 .....	1305	516	127122	61	1366	9,3
1974 .....	1113	489	157764	76	1189	8,0
1975 .....	1230	511	349037	168	1398	9,2
1976 .....	1426	603	285906	138	1564	10,1
1977 .....	1545	693	255130	123	1668	10,5
1978 .....	1571	792	324502	156	1727	10,8
1979 .....	1698	866	299558	144	1842	11,3
1980 .....	1698	889	307137	148	1846	11,2
1981 .....	2013 <sup>3</sup>	.	547000 <sup>4</sup>	263	2276	13,4

1) umgerechnet zur tariflichen bezahlten Arbeitszeit; 2) einschl. Kurzarbeit; 3) Juli; Vorjahr: 1812; 4) geschätzt, Jan.–Okt.: 456 000





### Rosenmontagszug

## Pfarrer Sommerauer: Gott hat nichts gegen Fröhlichkeit

Die rechtsstaatliche Komik rollte wieder – in Papp-Maché, wie jedes Jahr am Rosenmontag in Köln. Die ganzen Schweinereien der letzten Monate, die Regierung und Opposition zusammen mit den Kapitalisten gegen die Lohnabhängigen inszeniert haben, die zwei Mio. Arbeitslosen, die Kriegsvorbereitungen, all das wurde mit einigen dümmlichen Witzchen überkleistert: Schmidt und Matthöfer schnallen den Gürtel enger, Genscher schaukelt zwischen Schmidt und Kohl, Ertl beobachtet in einer „Piep-Show“ das Federvieh, Reagan begießt den russischen Bären mit eiskaltem Wasser (Motto: „Am Tag, als der Reagan kam“) usw. Das „sexta Programm“ wird dargestellt, der „Mord am Sonntag“, Lembkes „Heiteres Beruferaten“ und Höfers Frühschoppen mit einem Bart, Brutalität im Berufsfußball, Benzinpreise. Die Herren der Wirtschaft allerdings bleiben unerwähnt – die Vorstände der Karnevalsgesellschaften sind kollegial. „Es stimmte einfach alles: die Organisation, ‚ville lecker Mädchen‘ und die Ironie auf den 54 Prunkwagen“, registrierte „Bild“ zufrieden. Anders als bei den „Bild“-Reportern verpuffte diese Art „Ironie“ bei dem Großteil der Zuschauer jedoch merklich, trotz der Stimmung, die herrschte, und der Bewegung, die die Jagd nach „Kamelle“ (Süßigkeiten) und auch der Alkohol unter die Zuschauer brachte.

Pfarrer Sommerauer will gehört haben, daß trotz „Polenkrise, Arbeitslosigkeit – Schlagzeilen tagtäglich“ das närrische Treiben immer närrischer werde. Nachdenklich schreibt er: „Äußert sich hier die uralte Lust, auf einem Vulkan zu tanzen?“ (Bild v. 23.2.) Als Fachmann ist er vorerst zuversichtlich: „Gott hat nichts gegen Fröhlichkeit.“ Und somit der Polizeipräsident auch nicht. Seine Beamten durften sich widerstandslos schminken lassen.



## Belmondo, der Profi

Der Profi, das neue Belmondo-Stück, hat dauernden Zulauf, ist spannend anzusehen, und daß die einzelnen Stücke der tragischen Handlung ziemlich unwahrscheinlich sind, stört nicht, weil das Ergebnis im Ganzen plausibel ist. Erstaunlich, wie das Publikum den Helden schätzt. Er ist ein Mann, wie er früher mal im Buche stand. Das Publikum besteht aus Leuten, die normalerweise Mann nur noch mit /Frau schreiben. Die Motive dieser schon ein bißchen ekelhaften Mannsfigur sind es, die faszinieren. Man hatte ihn für geheime Dienste geworben, angelernt, daß der Zweck die Mittel heilige und im Geheimdienst einer für den anderen durchs Feuer ginge. Dann hatte man ihn losgeschickt zum politisch verbrämten Mord aus Staatsraison. Dann ließ man ihn hochgehen, ebenfalls aus Staatsraison. Dann verriet ihn seine Freunde, wieder aus Staatsraison, und dann versuchen ihn jene umzubringen, die ihn noch nie leiden konnten; mit Vergnügen und unter bloßem Vorwand der Staatsraison. Der Held – materielle Grenzen kennt er nicht, sondern ist unwahrscheinlich pfiffig, physisch unverwundlich, und Geld fehlt ihm nie – schlägt zurück und trifft auch. Behilflich sind ihm dabei verschiedene Frauen, denen gemeinsam ist, Privates allemal über die Staatsraison zu stellen. Spannung bezieht der Aufmarsch dieser im einzelnen abgeleiteten Klischeefiguren aus der Kritik, die allerdings gegen die Moralansprüche des bürgerlichen Staatswesens gerichtet ist.

### Deutscher Krimi: BILD und Agenten

Der Wagen des Polizeireporters David wird eines Morgens in einem Westberliner Wald gefunden, ausgebrannt und mit einer verkohlten Leiche drin. In seiner Wohnung hat David der Polizei drei Tonbänder hinterlassen. Hauptkommissar Bissig, Chef der Mordkommission und Vater von Davids Verlobter, hört die Bänder ab. Man erfährt den Lebenslauf eines skrupellos karrierebewußten Journalisten. David arbeitet bei BILD – auch Autor Eisenkolb wird im Klappentext als Ex-Reporter jener „großen deutschen Tageszeitung“ vorgestellt. Um für eine Agentenserie Material zu sammeln, läßt sich David

vom DDR-Geheimdienst anwerben. Binnen kurzem ist er auch für den Verfassungsschutz tätig. Den „Mühlsteinen gegnerischer Geheimdienste“ entrinnt er schließlich durch Ermordung seiner beiden Agentenführer. Der „Selbstmord“ im ausgebrannten Auto war Mord, und David hat 14 Stunden Vorsprung. Der Trick mit dem Tonband ermöglicht Eisenkolb, scheinbar distanziert auf 400 Seiten aus dem Munde Davids reaktionäres, teils halbfaschistisches Zeug verbreiten zu lassen. So ist die Hauptkritik am Verfassungsschutzagenten Baum, daß er – Jude ist. David: „Gerade ich als Deutscher muß natürlich jeden Juden mögen, nach allem, was während des zweiten Weltkrieges geschehen ist“. Aber „vielleicht gerade deshalb mag ich und mögen viele andere meiner Generation Juden gar nicht so gern.“ Umgekehrt wird der DDR-Geheimdienst als Bande ehemaliger SS-Leute vorgestellt, womit das unterschiedliche Verhältnis der beiden deutschen Staaten zum Faschismus geradewegs auf den Kopf gestellt ist. Die Geschichte spielt zwischen 1968 und 1970 in Westberlin, was zu wilder Hetze gegen die Studentenbewegung Anlaß gibt. Goldmann hat das erstmals 1973 veröffentlichte Buch jetzt in seiner „Sammlung deutscher Kriminalautoren“ wiederaufgelegt. Ein rundum schlechter, weit-schweifiger und extrem schlampig geschriebener Roman. Allenfalls mag noch die (Selbst-) Darstellung eines BILD-Redakteurs interessieren.

G. Eisenkolb. Die 14 Stunden des Peter David. Goldmann 5614. München 1982. 9,80 DM.

## Das Lustige am Soldatenleben

Im Band „Soldatenwitze“, in der Reihe „Humor“ des Moe-wig-Verlages erschienen, besteht das Komische nicht nur in Zoten, durch die die Unter-drückerränge verklart werden entlang der Kapitelüberschrift „Kaviar, Sekt und leichte Mädchen! oder Im Kasino sind auch Generäle Menschen“. Menschen, die weder mit Dienst noch mit Arbeit all-zusehr belastet sind, können auch sonst Humor entwickeln.

Soweit das Privatleben der Gemeinen zum Lachen freigegeben wird, stehen sie als gefühllose Trampel da. Beispiel: „Ein Soldat hat geheiratet. Auf dem Heimweg vom Stan-

desamt sagt er zu seiner Frau: „Ach, Schätzchen, wie glücklich ich bin! Wenn man bedenkt, vor drei Monaten warst du für mich nichts anderes als eine Telefonnummer auf der Wand in unserem Kasernen-Klo!“

Über die Lohnabhängigkeit wird auf breiter Front gehöhnt. Unzählige Witze über die Zuteilung der Rekruten zu bestimmten Einheiten zeugen davon, daß mit bewußter Brutalität der Zusammenhang zu einer bestimmten Arbeit im Zivilleben unmöglich gemacht werden soll: „Beruf?“ fragt der Feldwebel. „Telefonist.“ „Was hatten Sie da zu tun?“ „Ich mußte Leute verbinden.“ „Ab zum Sanitätstrupp.“ Vollends gemein ist die folgende Sorte Witz: „Musterungsuntersuchung. Der Militärarzt fragt den nackten Rekruten: „Sind Sie Bettnäser?“ „Nein, Herr Doktor, ich bin Eisendreher.“

Für das unterschiedliche Ge-socks der Generäle und höheren Offiziere wird in Anspruch genommen, daß sie von militä-rischen Dingen etwas verstehen, während die einfachen Soldaten auch hier durch Idiotismus auffallen, sei es daß ein Soldat einen Panzer nicht wiederfindet, den er getarnt hat, sei es, daß ein anderer sich nichts daraus macht, daß sein Fallschirm sich nicht öffnet, weil er bloß an einer Übung teilnimmt und der Ernstfall nicht gegeben ist. Vollgefressene Leute können sich scheints auch kugeln über die schlechte Nachricht für die Soldaten beim Manöver, daß es Regen-würmer zum Mittagessen gibt, und die gute Nachricht, daß sie nicht für alle reichen.

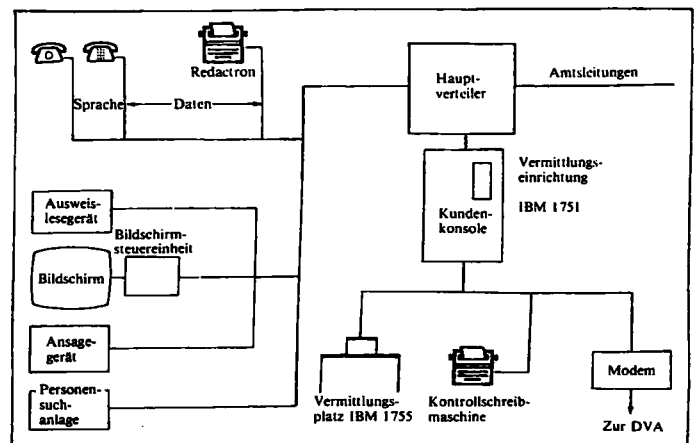
Die Sammlung befaßt sich nur zu einem geringen Teil mit Bundeswehr, erhebt also gar nicht erst den Anspruch, die Zustände dort durch Witz anzugreifen. Reichlich einge-mischt sind dagegen Anekdoten aus den Armeen Preußens und des kaiserlichen Öster-reich. Traditionspflege der herrschenden Klasse wird sichtbar, für die es immer ziemlich gleich bleibt, wer be-fehlen darf und wer zu gehorchen hat. Die Arbeit des Her-ausgebers bestand darin, das auszuwählen, worüber Bour-geois herzlich lachen können. Zu diesem Zweck hat er offen-sichtlich mehrere schon beste-hende Sammlungen geplündert und über die Kapitel verteilt.

Die besten Soldatenwitze, Moe-wig-Humor Bd. 4815, München 1982, 5,80 DM

## Vermittlungssystem IBM 1750 Auf dem Wege zum gläsernen Angestellten

Welcher Ingenieur hat sich nicht schon schwarz geärgert, wenn er nach dem fünften Anruf im Zweigwerk immer noch das Besetz-zeichen hört und er nicht die Lieferzeit des benötigten Bauteils erfahren kann. Wer hätte nicht gerne bei dem für seine Dauertelefonate bekannten Abteilungsleiter wenigstens mal per Telefon angeklopft, um seinen Gesprächswunsch anzumelden. Welcher Sachbearbeiter hat nicht das Bedürfnis, während eines Gesprächs bei einem sachverständigen Kollegen rückzufragen, um dann erst das Gespräch weiterzuführen, ohne aber diese Verbindung neu aufbauen zu müssen.

All diese Probleme löst die Kombination von Vermittlungsanlage und Computer im IBM-System 1750, dem Verkaufsschlager auf dem letztjährigen IBM-Kongreß in Mainz. Mit Hilfe dieses Geräts, an das die bisherigen Nebenstellen anschließbar sind, ist es z.B. möglich, bei besetzter Rufnummer einen Code für automatischen Rückruf einzugeben. Sobald der besetzte Apparat aufgelegt wird, klingelt das Telefon unseres Ingenieurs; er hebt den Hörer ab, es läutet beim anderen Apparat, und die Verbindung ist hergestellt.



Eine mögliche Konfiguration des Systems IBM 1750. Es ist auch zur Datenfernübertragung brauchbar. Über den angeschlossenen Bildschirm sind die laufenden Gespräche überwachbar.

Nicht nur Rückrufe auf anderen Apparaten während laufender Telefonate, sondern auch Dreiertelefonkonferenzen sind möglich. Wer seinen Arbeitsplatz verläßt, kann seine Telefonnummer durch Eingabe eines Codes in einen anderen Raum „mitnehmen“. Personalsuchanlagen sind anschließbar. Wählt man die Nummer des Technikers und er ist nicht am Arbeitsplatz, so piepst der tragbare Empfänger. Über die nächstbeste Nebenstelle kann er durch Eingabe seiner eigenen Nebenstellenummer die Verbindung herstellen.

Diese Auswahl aus der Palette technischer Möglichkeiten zeigt, daß mit der IBM 1750 eine Intensivierung von Verwaltungsarbeit, Kundenservice, Arbeitsvorbereitung, Konstruktion etc. möglich wird. Die Poren im Arbeitstag, die aus der Beschränkung manueller Telefonbedienung herrühren, werden weiter geschlossen. Wer an einem „telefonintensiven“ Arbeitsplatz sitzt, kann sich die nervliche Belastung gut vorstellen.

Darüber hinaus werden Personal-Kontrolle und Bespitzelung Tür und Tor geöffnet. Über das wahlweise anschließbare dritte Diskettenlaufwerk kann eine Gesprächsdatenerfassung gesteuert werden: Erfast werden u.a. die rufende Nebenstelle, Uhrzeit, Gesprächsdauer, Gebühreneinheiten und bei „Dienstgesprächen“ die Rufnummer des angerufenen Teilnehmers. Bei erweiterter Gesprächsdatenerfassung werden auch von außen ankommende Gespräche erfasst. Für kleine Unternehmen ist auf der Systemdiskette Raum für die Erfassung von zehn Nebenstellen.

Mit der „Verkehrsanalyse“ werden Schwachstellen im Leitungsnetz ausgemacht, gleichzeitig sind sämtliche Telefonaktivitäten des Angestellten erfassbar: Telefoniert er zu lange, zu wenig,

zu oft, mit wem, ist er öfter nicht erreichbar, wo hält er sich auf – sein Verhalten wird transparent.

Direkt anschließbar sind Ausweislesegeräte zur Anwesenheitszeiterfassung, Zugangskontrolle und Türsteuerung bei „sicherheitsgefährdeten“ Räumen. Die Gebührenerfassung, aufgegliedert nach Nebenstelle / Kostenstelle, ist technisch von der Gesprächsdatenerfassung abhängig. Für Gespräche nach außen werden Berechtigungsklassen eingerichtet von völliger Sperre von Amtsgesprächen über Ortsgesprächsberechtigung bis hin zur Auswahl bestimmter Telefonnummern, mit denen man darf.

Die IBM preist das System zu Recht damit an, daß „jede Nebenstelle selektiv die Berechtigungen erhält, die zur Erfüllung der Aufgaben an diesem Arbeitsplatz erforderlich sind.“ Und dazu gehört sicher nicht gewerkschaftliche Tätigkeit, oder? Es dürfte nicht ausreichen, wenn die Betriebsräte allein mit Kritik an der Erfassung von Privatgesprächen gegen die Einführung dieses Systems angehen. Um den Mißbrauch dieses Geräts zu verhindern, müßten sie weitgehend Herr seines Gebrauchs werden. Bis dahin: Immer Besser Manuell!

Quellenhinweis: IBM Forum GX12-1414-0, Vermittlungssystem IBM 1750 – Systembeschreibung (Best.adr. IBM Deutschland DV Literatur, Postfach 800880, 7000 Stuttgart 80)

## Sowjetunion

# Umwälzung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande

Kaum eine zeitgeschichtliche Periode ist mit so vielen Vorurteilen beladen, die durch so wenig Kenntnisse getrübt werden, wie die Periode der revolutionären Umwälzungen in der Sowjetunion zwischen den beiden Weltkriegen. Es scheint, als sei es den Reaktionen gelungen, selbst die Erinnerungen an die gewaltige Ausstrahlung, die die Sowjetunion in den 20er und 30er Jahren vor allem, aber keineswegs ausschließlich auf die Arbeiterbewegung ausübte, restlos zu tilgen. Erstmals in der Geschichte der Menschheit begannen die Arbeiter und Bauern, die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, die gesamte Wirtschaft ihres Landes zu planen – die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftens trat um so krasser zutage. Dies ist der Grund für die äußerst verbissene und gründliche Gegenkampagne der internationalen Reaktion, die die Profitwirtschaft für die höchste Stufe menschlicher Zivilisation hält.

Als „Beweis“ für ihre Behauptung, daß sich – wie die gesamte Wirtschaft – gerade auch die Landwirtschaft der Planbarkeit, der Planwirtschaft entziehe, führen sie insbesondere die „niedrige Effizienz der sowjetischen Landwirtschaft“ (Rochlin) an, die vor allem Folge des „lähmenden Bürokratismus“ und der „Mißachtung des Eigeninteresses“ sei. Dies „Argument“ ist so alt wie die Kollektivwirtschaft selbst. So habe die sowjetische Getreideproduktion – der Hauptzweig der Landwirtschaft in der UdSSR – erst ab 1934, also im sechsten Jahr der massenhaften Kollektivierung und zu Beginn des zweiten Fünfjahresplans, stabil das Niveau des Vorkriegsjahres 1913 erreicht und übertroffen. Dies trifft in der Tat zu. Nur: in Vergessenheit gedrängt wird dabei die Tatsache, daß im Deutschen Reich die Getreideproduktion unter günstigeren Bedingungen auch erst 1932/33, die Kartoffelproduktion sogar erst 1937 den Stand von 1913 erreichten.

Unter welchen Bedingungen nun nahmen die sowjetischen Arbeiter und Bauern den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande in Angriff? Eine der ersten Maßnahmen der jungen Sowjetmacht war das „Dekret über den Grund und Boden“ vom 8.11.1917, mit dem der Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet, jedweder private Landbesitz für immer aufgehoben, das Land zum Besitz des ganzen Volkes erklärt und denen, die es bearbeiten, zur Nutznießung überlassen wurde. Vor der Revolution hatten 41% der 367 Mio. ha landwirtschaftlichen Bodens der Krone, der Kirche und den Gutsherren gehört, die Großbauern besaßen 22%, die große Masse der Mittel- und Kleinbauern lediglich 37%. Die Armut der Bauernmassen und die Rückständigkeit der Landwirtschaft waren fast unvorstellbar. Ein großer Teil der Bauern besaß weder Vieh noch Arbeitstiere, oft nicht einmal einen primitiven Hakenpflug. 15% der Bauernwirtschaften verfügten über kein Ackerland, sondern lediglich über einen Garten. 40% der Bauernfamilien konnten aus der landwirtschaftlichen Arbeit gerade ihren eigenen Lebensunterhalt decken, weitere 28% mußten sich

sogar, um leben zu können, beim Großgrundbesitzer oder bei städtischen Kapitalisten verdingen, und nur ein knappes Drittel aller Wirtschaften lieferte Agrarprodukte für den Markt.

Land, das war das dringendste Bedürfnis der armen Bauernmassen, das sie durch die Verteilung des Großgrundbesitzes befriedigten. Im Februar 1918 bestätigte die Sowjetmacht ihr erstes Dekret durch das Gesetz „Über die Sozialisierung des Bodens“, legte jedoch gleichzeitig die Aufgabe fest: „Entwicklung der Kollektivwirtschaft in der Landwirtschaft – als vorteilhaftere Form im Sinne der Einsparung von Arbeit und Produkten – auf Kosten der Einzelwirtschaft, mit dem Ziel, zur sozialistischen Wirtschaft überzugehen.“ Zunächst jedoch nahm die Zersplitterung des Bodens und damit der Produktion weiter zu. Zahllose demobilisierte Rotarmisten, zum Teil auch hungernde Stadtbevölkerung, strömten aufs Land, die Zahl der Bauernwirtschaften wuchs von 18 auf 25 Millionen, ihre durchschnittliche Größe begann trotz Landverteilung wieder zu sinken. Hinzu kam, daß aufgrund der Art und Weise der Verteilung der Boden, den die Bauernmassen nun bewirtschafteten, vielfach in unzählige Landfetzen zerrissen war. In der verhältnismäßig fruchtbaren Mischwaldzone im Nordwesten etwa war das Land von mehr als der Hälfte der Bauernwirtschaften in jeweils über 40 Landfetzen zerteilt.

Die Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft war nach wie vor äußerst niedrig, so daß die Ernährung der Bevölkerung nicht gesichert war. (Eine sowjetische Statistik weist noch für 1928 aus, daß 14,2% der Bauernwirtschaften ohne Wirtschaftsgebäude, 24% ohne Kuh, 31,3% ohne Arbeitsvieh, 34,1% ohne Ackergeräte, 81,6% ohne landwirtschaftliche Maschinen waren.) Zudem wurde die Sowjetunion gleich in den ersten beiden Jahren nach der Revolution von schweren Mißernten heimgesucht, und nicht zuletzt hatte der Bürgerkrieg, v.a. in den Jahren 1919/20, verbunden mit der Intervention imperialistischer Mächte, verheerende Folgen. Um einen Eindruck vom Ausmaß der Gefahr zu geben, in der sich die sowjetischen Arbeiter und Bauern in diesen ersten Jahren befanden: Die absolute Bevölkerungszahl fiel von 1917 auf 1920 um 6,7 Millionen, d.h. um fast 5%. Dies alles waren denkbar schlechte Bedingungen für die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft.

Obwohl die Kollektivwirtschaft bis 1929 noch längst nicht die vorherrschende Form der landwirtschaftlichen Produktion war, im Gegenteil nur bescheidenen Umfang hatte, war die Fortschrittlichkeit dieser Produktionsweise dennoch unverkennbar. Bei einem Anteil von nur 1,7% an der Getreideproduktion 1926/27 lieferten die Sowchosen (Staatsgüter) und Kolchosen (Abkürzung für Kollektivwirtschaft) immerhin 6% des Marktgetreides; das bedeutete, daß sie fast die Hälfte des von ihnen produzierten Getreides in die Städte liefern konnten, mehr als die Großbauern und selbst mehr als die Großgrundbesitzer vor der Revolution. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kolchosen in der Regel viel ärmlicher ausgestattet waren als die früheren Gutshöfe. Denn Träger der Kollektivierungsbewegung war vor allem die Dorfarbeit, die nicht viel mehr in die Kollektivwirtschaften einbringen konnte als ihre Arbeitskraft und ihre Entschlossenheit, Armut, Hunger, Rückständigkeit und Unwissenheit ein für allemal ein Ende zu bereiten. So besaßen 45,5% der Bauern und Landarbeiter, die sich bis Ende 1928 in Kolchosen organisierten, kein Pferd, weitere 37,8% nur ein Pferd. Auch die Landmaschinenproduktion der Sowjetunion steckte noch in den Anfängen, so daß die Kollektivwirtschaften ihre Möglichkeiten für die Anwendung von Wissenschaft und Technik kaum zur Entfaltung bringen konnten. Dennoch kam selbst der kommunistischer Sympathien nicht verdächtige deutsche Agrarexperte Otto Schiller zu der Feststellung: „Es ist ... unbestreitbar, wie sich auch der Verfasser durch Augenschein überzeugen konnte, daß in vielen Fällen die Felder der Kollektivbetriebe ein sehr viel günstigeres Bild bieten, als die Felder der benachbarten Einzelwirtschaften“. – Auf dem XV. Parteitag 1927 faßte die KPdSU den Beschluß, nunmehr die Kollektivierung der Landwirtschaft voranzutreiben.

	1929	1930	1931	1932	1937
kollekt. Bauernwirtsch. ...	3,9	23,6	52,7	61,5	93,0
kollekt. Ackerfläche ...	4,9	33,6	67,8	77,7	99,1

Angaben in Prozent

Welche Gründe veranlaßten die KPdSU zu diesem ja heftig umstrittenen Beschluß, der eine grundlegende Umwälzung der Verhältnisse auf dem Lande einleitete? In den Dörfern waren die Großbauern – Kulaken – erneut erstarkt. Zwar hatte ihnen die

Revolution einen Teil ihres Landbesitzes genommen, ihnen aber Produktionsmittel und Vieh gelassen. Als 1922 die Pacht wieder zugelassen werden mußte, konnte ein großer Teil der Kulaken seinen Landanteil erheblich ausweiten. Der schon zitierte Schiller berichtet, daß es 1925 und 1926 bereits wieder Wirtschäften von 100 ha und mehr gegeben habe, die von den Kulaken natürlich nicht selbst, sondern nur durch Ausbeutung fremder Arbeitskraft bestellt werden konnten. Oft genug bearbeiteten die armen Bauern ihren eigenen Landanteil auf Rechnung der Kulaken, die ihnen die Produktionsmittel liehen; oder sie mußten ihnen ihr Land mangels eigener Mittel gegen einen geringen Teil der Ernte verpachten. Oder die Kulaken vergaben Kredite und brachten oft ganze Dörfer in ihre Abhängigkeit usw. Hinzu kam, daß die Kulaken ihr Getreide, anstatt abzuliefern, horteten, sich mit städtischen Spekulanten verbündeten und eine rege Schwarzmarkttätigkeit entwickelten. Es gab für die Arbeiterklasse und die KPdSU keine andere Alternative, als entweder die kapitalistische Entwicklung auf dem Lande zu brechen und die Dorfarmut aus ihrer Abhängigkeit und Ausbeutung zu befreien oder aber zuzusehen, wie das Wuchern kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse die politische Grundlage des sozialistischen Aufbaus, das enge Bündnis mit der Dorfarmut, zerstört.

Zweitens hatte sich in den über zehn Jahren nach der Revolution bestätigt, daß die bäuerliche Einzelwirtschaft die Ernährungsbasis nicht sichern konnte, daß sie die Entwicklung der Produktivkräfte hemmte, die planmäßige Anwendung von Wissenschaft und Technik unmöglich machte. Nur die kollektiv betriebene Großwirtschaft konnte diese Probleme lösen, ohne Übergang zur Kollektivwirtschaft auf dem Lande war die Planung der gesamten gesellschaftlichen Produktion unmöglich.

All diese unbestreitbaren Vorteile machten sich in den ersten Jahren der massenhaften Kollektivierung jedoch kaum bemerkbar, im Gegenteil erreichte die Agrarproduktion einen neuen Tiefstand, was außerdem noch durch zwei schlechte Erntejahre 1930 und 31 verschärft wurde. Die Reaktionäre schreiben den Einbruch in der Produktion dem Umstand zu, daß die „tüchtigsten“ – weil wohlhabendsten – Bauern entfernt worden seien. Tatsächlich haben diese „tüchtigsten“ Großbauern kein Mittel gescheut, um die Kollektivierung zu sabotieren. Infolge von Massenschlachtungen nahm der Viehbestand von 1929 auf 34 um durchschnittlich über 40% ab. Auch Mittelbauern, die bei einem Landstück von bis zu 10 ha und etwas Vieh zunächst einmal keine unmittelbaren persönlichen Vorteile in der Kollektivwirtschaft erblickten, hatten Anteil an diesen Schlachtungen; dies wurde durch schwerwiegende Fehler der örtlichen Parteiorganisationen und Behörden, vor allem durch die Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit, gefördert. Weiter wirkte sich aus, daß die Versorgung der Landwirtschaft mit den so dringend benötigten Landmaschinen, v.a. Traktoren, hinter dem Tempo der Kollektivierung herhinkte, die Bildung von Kolchosen oft nicht mehr als ein Zusammenlegen armer Einzelwirtschaften, nicht aber die tatsächliche Umwälzung der Produktionsweise bedeutete. Erst mit der Errichtung von Maschinen-Traktoren-Stationen 1929, die den Kolchosen Traktoren und andere Maschinen zur Verfügung stellten, wurde die systematische Mechanisierung der Landwirtschaft eingeleitet.

Maschinenbestand in der Landwirtschaft

	1929	1933	1940
Traktoren in 1000 .....	35	211	531
Mähdrescher in 1000 .....	.	25	182
Aussaatfläche je Traktor in ha .....	3 371	614	284
Aussaatfläche je Mähdr. in ha .....	.	5 188	527

In den Jahren von 1934 bis zum faschistischen Überfall 1941 stieg die landwirtschaftliche Produktion relativ rasch an; noch schneller wuchs der Teil der Produktion, der nicht in den Kolchosen verblieb, sondern abgeliefert wurde. Letzteres ist zum Teil auf die Steigerung der Produktivkraft und die Senkung der Produktionskosten, zum Teil auf die hohen staatlichen Ablieferungsquoten zurückzuführen. Die Problematik dieser hohen Ablieferungsquoten bei verhältnismäßig niedrigen Preisen und das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie sollen in einem weiteren Artikel dargestellt werden.

Quellenhinweis: Rochlin und Hagemann, Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion und der Volksrepublik China, Berlin (West) 1971; Otto Schiller, Die Kollektivbewegung in der Sowjetunion, Berlin 1931; J.W. Stalin, Werke Bd. 8 bis 13, Hamburg 1971; Imrich Stanek, Landwirtschaft in Ost und West, Stuttgart 1973.

## Kosmetika

### „Frisch“ und „verjüngt“ durch Kosmetika?

Verjüngungsmasken, Regenerations-, Stimulations- und „Nähr“-Cremes, Rouge, Lippenstifte, Wimperntusche, Lidschatten in leuchtenden Farben – ein fast unüberschaubares Angebot an pflegender und dekorativer Kosmetik wird auf dem Markt feilgeboten.

Mit zunehmendem Verschleiß ihrer Arbeitskraft und sich ständig verschlechternden Reproduktionsbedingungen greifen immer mehr Frauen zu kosmetischen Mitteln – gezwungenermaßen! Denn von Verkäuferinnen, Sekretärinnen, Bankangestellten, kurz allen weiblichen Lohnabhängigen, die repräsentieren und verkaufen sollen, wird ein frisches attraktives Äußeres verlangt. Woher aber soll eine Verkäuferin die Frische nehmen bei acht Stunden täglicher Arbeit in stickiger Luft bei Neonlicht?

Rouge täuscht vor, was die kapitalistische Produktionsweise unmöglich macht, nämlich frisch auszusehen; leuchtende Augen durch farbige Lidschatten, Lippenstift gegen blasse Lippen, Wimperntusche für dichte Wimpern, Make-up gegen tiefe Augenringe und Falten: die Zuwachsrate für Kosmetika in den Jahren 1975 bis 1980 beträgt 43%. Insgesamt ist das Marktvolumen für Körperpflegemittel und Kosmetika 1980 (neuere Zahlen liegen nicht vor) auf 7,5 Mrd. DM in Verbraucherpreisen gestiegen. Nach Schätzungen verschiedener Firmen geben die bundesdeutschen Frauen zwischen 250 bis 550 Millionen DM jährlich für die dekorative Kosmetik aus.

Während die einen Kapitalisten die Frische nehmen, machen die anderen gerade damit ihr Geschäft. Sie besorgen die Frische künstlich – so behaupten sie jedenfalls. Die „Frische“ kann jedoch nur von kurzer Dauer sein, denn Lidschatten z.B. verstärkt nicht nur „die Leuchtkraft der Augen“. Er beinhaltet oft noch ganz andere Stoffe, wie die Stiftung Warentest 1978 nachweist. Von insgesamt 60 Präparaten wurden 28 geprüft. Zehn Lidschatten lagen mit ihren Schwermetallanteilen über den in der EG-Verordnung von 1978 zugelassenen Werten. *Miss-den-Fard* war bei dem Test Spitzenreiter mit einem Bleigehalt von 170 ppm (ppm = parts per million = Teile auf eine Million). Zulässig sind 20 ppm. *Helena Rubinstein* folgt mit 150 ppm. Der Arsengehalt (bis 5 ppm erlaubt) ist bei *Elisabeth Arden* weit überschritten. Quecksilber und Cadmium, die überhaupt nicht nachweisbar sein dürfen, waren entweder zusammen oder einzeln bei sieben Produkten zu finden. 13 Lidschatten-Pulver erwiesen sich als ausgezeichnete Nährböden für Keime, die teilweise so stark überwucherten, daß sie gar nicht mehr auszuzählen waren.

Bei den Lippenstiften enthielten von 18 geprüften Fabrikaten ganze 12 Spuren von giftigem salzsäurelöslichem Barium. Bei Wimperntuschen wurde die Möglichkeit der Bindehautentzündung durch krankmachende Keime nachgewiesen. Konservierungsstoffe in der Kosmetika wurden oft als Erreger für Allergien festgestellt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher fordert richtig, alle solche Giftstoffe enthaltenden Kosmetika zu verbieten.

In der pflegenden Kosmetik übertrifft ein Hersteller den anderen mit phantasievollen Lügen. So soll das „Super Regeneration Extract“ von *Lady Esther* „die natürliche Hautfunktion aktivieren“, *Elastin Eye Gel* „eine sofortige Stärkung des erschlafften Bindegewebes“ herbeiführen und der von der Nobelkosmetik-Firma *Charles of the Ritz* hergestellte „Age Zone Controller“ „Gesichtsfältchen sichtbar reduzieren und die Bildung neuer Fältchen verhindern“. Prof. Dr. Bandmann, Dermatologe in München: „Es gibt keine Salben und ‚Nährcremes‘, welche die Haut tatsächlich von außen nähren oder ‚Falten bekämpfen‘, auch wenn man das überall liest und hört. Man kann Falten durch Make-up überdecken. Der Nutzen einer solchen Maßnahme ist auf die Dauer aber sehr problematisch.“ Prof. Stüttgen, Hautklinik der FU Westberlin: „Die biologische Straffung der Haut über Regeneration elastischer Fasersysteme in der Haut ist z.Z. ein Wunschdenken. Es bleibt schließlich der plastisch-chirurgische Eingriff – das Lifting – übrig.“ „Rosige“ Aussichten für Schönheitschirurgen? Solches war schon immer der gehobenen Klasse vorbehalten. Für die lohnabhängige Frau bleibt die schädliche Kosmetik.

Quellen: Kosmetik international 1/82; Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher e.V., Bonn; Metall 1/82.

# Bundestag: Sie stehlen wie die Raben

Der Deutsche Bundestag hat die ganz auf das Beschäftigungsprogramm konzentrierte öffentliche Meinung benutzt, um ohne Aufsehen einen Steuercoup zu landen, der wahrscheinlich der ertragreichste in der an solchen Coups nicht armen Geschichte der BRD zu werden verspricht. Zwecks Finanzierung dieses Investitionsförderungsprogrammes wurde die Anhebung der Mehrwertsteuer um 1% beschlossen. Schon darin liegt ein Moment von Täuschung, denn keineswegs ist in diesem Beschluß enthalten, daß die Mehrwertsteuer wieder gesenkt würde, wenn die Ausgaben für das Investitionsförderungsprogramm in Wegfall kämen. Man sollte meine, dieser politische Betrug wäre Stoff genug, aber nein, er wird durch eine finanztechnische Manipulation ergänzt. Vage hat man sich seitens des Bundestages über die Notwendigkeit einer ausgleichenden Reform der Lohnsteuer geäußert. Nichts Konkretes um Gottes willen, nein, sondern nur zum Zwecke der Terminsetzung: Januar 1984! Was das steuertechnisch heißt, kann annähernd ausgerechnet werden, wenn man drei Daten unterstellt: 1.) Die Inflationsrate von Januar 1982 bis Januar 1984; wir nehmen sie mit insgesamt 13% an. 2.) Die Bewegung der Bruttolöhne und -gehälter; wir nehmen an, daß sie der Inflationsrate folgen und also ebenfalls 13% ausmachen wird. 3.) Die Beschäftigung; wir nehmen an, daß sie nur wenig von der jetzigen abweichen wird.

Unter diesen Annahmen ergibt sich, daß sich in der Lohnsteuerklasse ein Betrag von – sehr grob geschätzt – 15 Milliarden DM in diesen zwei Jahren anfinden wird, wovon kein Pfennig da wär', wenn die Inflationsrate bei 0% stünde und die Steigerung der Bruttolöhne und -gehälter ebenfalls bei 0%. Für einen Einzelfall, Steuerklasse IV, zwei Kinder, würde sich für diese zwei Jahre eine – man kann's nicht anders nennen – verdeckte Sondersteuer von immerhin 720 DM bei einem Lohneinkommen von gegenwärtig 2800 DM ergeben. Im Januar 1984 würde der Monatsbetrag dieser verdeckten Sondersteuer bereits stolze 70 DM ausmachen, die Staatskassa zöge dann eine Sondersteuer von der Wirkung 1,5 Milliarden DM monatlich ein. Für diesen Zeitpunkt ist eine „ausgleichende Reform“ versprochen.

Würde die Staatsmacht die Steuerlastverhältnisse von Januar 1982 wiederherstellen, so könnte sie für den beschriebenen Einzelfall um 70 DM pro Monat entlasten und hätte so wohl ein Schäfchen von rund 15 Milliarden im Trockenen, wie sich das Ganze auch noch als Ausgleich für die Mehrwertsteuererhöhung verkaufen ließe und wie sich weiter noch bei fortgesetzter Inflation die Entlastung bereits ins Unspürbare verloren haben würde. Selbstverständlich kann der Deutsche Bundestag unter solchen Bedingungen dann mehr tun, als bloß die Steuerlastquote von Januar 1982 wiederherstellen. Wie die Falschspieler, die den auszunehmenden Gimpel auch mal zwischendurch gewinnen lassen. Schließlich wird 1984 ja Wahljahr sein. Man könnte es so hindrehen, daß bis zum Wahltag eine Entlastung eintritt, und dann geht's wieder ins Negative. Das dreckige Spiel wird so lange weitergehen, als die Steuerformel nicht an die Kaufkraft gesetzlich gebunden ist.

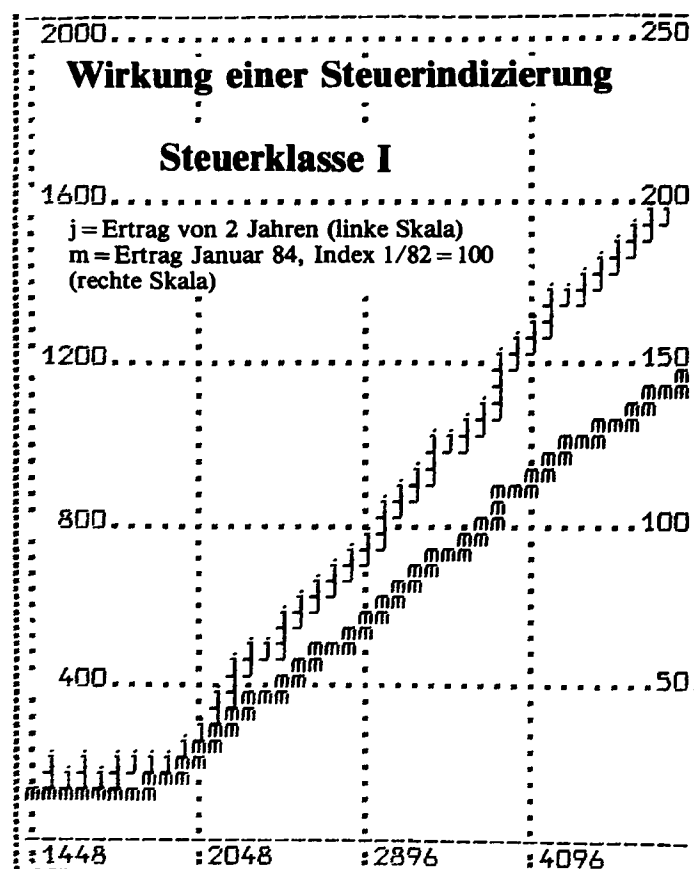
In der politischen Praxis tritt in Lohnsteuersachen stets das Problem der großen rechnerischen Kompliziertheit des Gegenstandes auf, verbunden mit der oben geschilderten Situation, die zum selben Zeitpunkt bewirkt, daß der Inflationsbetrug zum gleichen Zeitpunkt kraß und brutal spürbar wird, zu dem die Gesetzgebenden viel Reformspielraum, d.h. viel auf die Seite geräumt haben und infolgedessen mit einer Flut spezieller Vorschläge aufkreuzen. Dies war z.B. vor den 1980er Wahlen ganz deutlich.

Wir meinen deswegen, daß eine rechnerisch einfache Steuerreform, deren politischer Sinn unkompliziert und leichtverständlich ist, propagandistisch entwickelt werden muß. Die Form der Besteuerung kaufkraftbereinigter Löhne und Gehälter läßt sich unter Benutzung der Steuertabelle und amtlicher Daten für die Preissteigerungsrate mit den einfachen Rechenmitteln von Multiplikation und Division durchführen. Deswegen geben wir dieser Forderung den Vorzug vor anderen bzw. sehen ihre Verwirklichung als Voraussetzung weiteren Kampfes um sicherlich auch sinnvolle Reformen des Steuerrechtes an.

## Wirkung einer Steuerindizierung

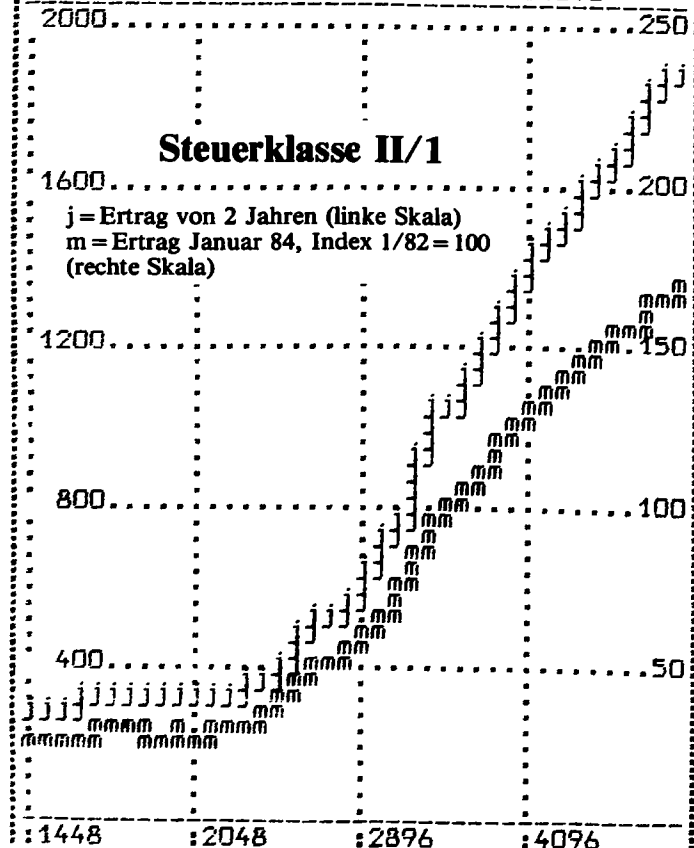
### Steuerklasse I

j = Ertrag von 2 Jahren (linke Skala)  
m = Ertrag Januar 84, Index 1/82 = 100 (rechte Skala)



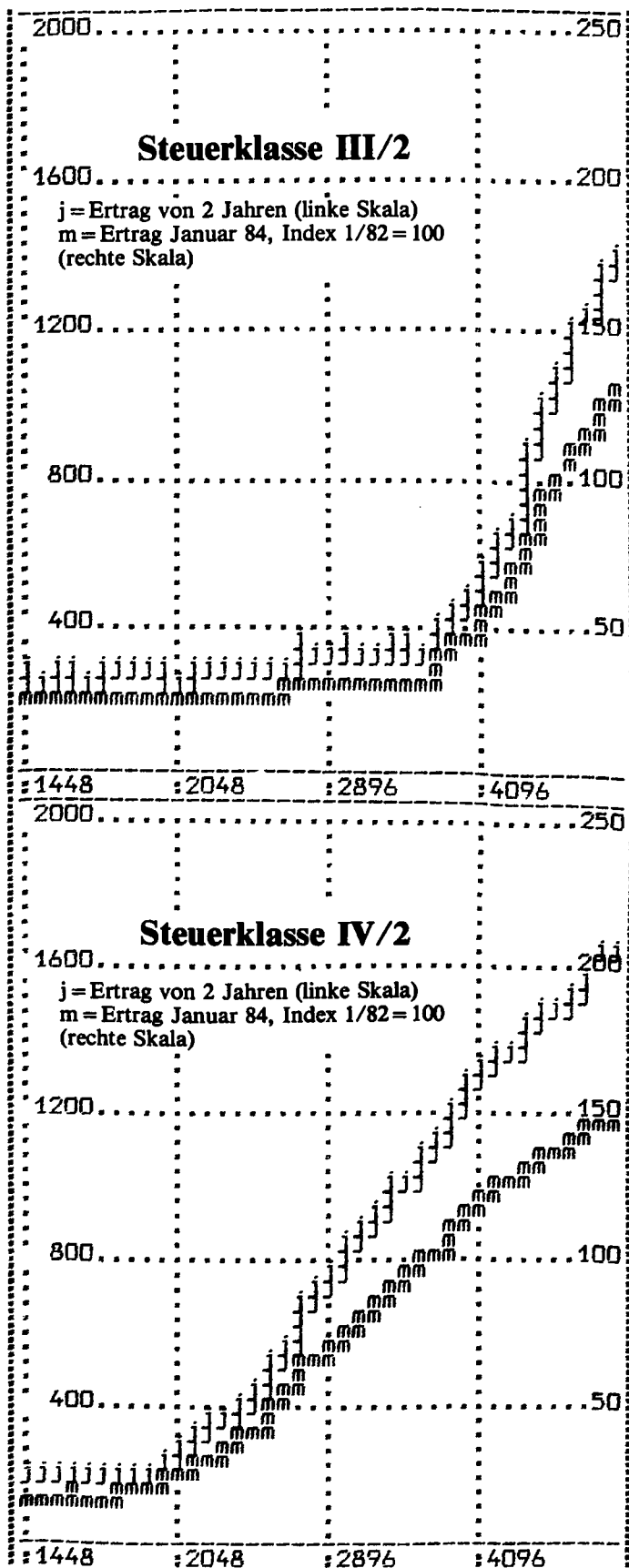
### Steuerklasse II/1

j = Ertrag von 2 Jahren (linke Skala)  
m = Ertrag Januar 84, Index 1/82 = 100 (rechte Skala)



**Zu den Schaubildern:** Den Berechnungen zur Wirkung einer Steuerindizierung auf die verschiedenen Lohnklassen und Steuerklassen liegt die Annahme einer Inflationsrate von 13% (Faktor 1.13) auf 24 Monate zugrunde. Nach Angaben des Stat. Bundesamtes betrug die Inflation von Jan. 81 auf Jan. 82 6,3%; bis Januar 84 verlängert, ergäbe das eine Rate von 13%. Für die einzelnen Lohnklassen von 1448 DM bis 5792 DM wurde unterstellt, daß sie in 24 aufeinanderfolgenden Monaten linear ansteigen, bis sich im 25. Monat der Ausgangslohn um den Faktor 1.13 erhöht hat. Für jede Lohnklasse wurde dann entsprechend der inflatio-





#### Rechenbeispiel zur Wirkung einer Steuerindizierung:

Angenommener Lohn = L1

Lohn im n-ten Monat  
bei einer Inflationsrate INF auf 2 Jahre = L2

$L2 = L1 \times (24. \text{ Wurzel aus } INF, \text{ potenziert um } n)$

Der Steuerabzug S1 von L1 ist in der Steuertabelle ablesbar.

Die Steuerquote  $Q = \frac{S1}{L1}$

Bei Steuerindizierung ergibt sich der Steuerabzug S2 des inflationierten Lohns L2 durch Anwendung der Steuerquote Q des Basismonats:

$S2 (\text{indiziert}) = L2 \times Q$

Steuerertrag =  $S2 (\text{nach Tabelle}) - (L2 \times Q)$

#### Beispiel:

L1 = 2800 DM, n = 24 (der 24. Monat nach dem Basismonat), INF = 1.13 (Inflationsrate auf 24 Monate), Steuerklasse III/2 unterstellt.

$L2 = 2800 \times (24. \text{ Wurzel aus } 1.13, \text{ potenziert um } 24)$   
 $= 2800 \times 1.13$   
 $= 3164$

S1 = 322,80 (Abzug nach Steuertabelle bei Stkl. III/2)

$Q = 322,80 / 2800$   
 $= 11,53\%$

$S2 = 3164 \times 0,1153$   
 $= 364,80$

Steuerertrag =  $396 (\text{Steuerabzug auf L2 nach Tabelle}) - 364,80$   
 $= 31,20 \text{ DM}$

nären Aufblähung der Löhne die monatlich wachsende Steuerlast nach dem geltenden Einkommenssteuertarif 1982 ermittelt und kumuliert. Davon wurde die kumulierte Steuerlast abgezogen, die sich in den 24 Monaten ergeben hätte, wenn die inflationierten Löhne gleichbleibend nach der Steuerquote des Ausgangsmonats besteuert worden wären. Die Differenz ergibt den Steuerraub durch Inflation oder den Gesamtertrag einer Steuerindizierung z.B. mit dem Basismonat Januar 82 nach zwei Jahren – in den Schaubildern mit dem Buchstaben "j" nach den Lohnklassen abgetragen. Mit dem Buchstaben „m“ ist der Ertrag gekennzeichnet.

net, der sich z.B. im Monat Januar 1984, nach 24 Monaten, ergibt, wenn die Steuerquote des Basismonats Januar 1982 gleichbleibend auf die zunehmend inflationierten Löhne angewendet wird. – Der Verlauf der Ertragskurven in den verschiedenen Steuerklassen legt nahe, daß der Steuerraub per Inflation bzw. der Ertrag einer Steuerindizierung um so größer ist, je niedriger die Progression bei den Einkommen ansetzt.

Quellen: Bundesminister der Finanzen: Programmablaufplan für die maschinelle Berechnung der vom laufenden Arbeitslohn einzubehaltenden Lohnsteuer, Bonn 1981 (wird veröffentlicht im Bundessteuerblatt Teil I); Presto-Steuerrechner 1982, Hannover 1981.

## Lohnbewegung 82

### Schwache Forderungen, bürgerliche Provokationen und Angriffe

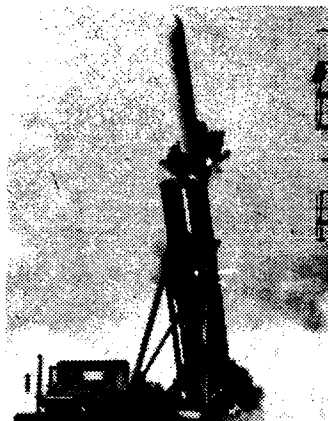


Der Lohnstandard wird trotz der Lohnbewegungen von 81 auf 82 noch deutlicher als von 80 auf 81 absinken. Der Vorgang ruft zunehmend Kritik der Arbeiterbewegung an kapitalistischer Wirtschaft und Herrschaft hervor, provoziert aber bürgerliche Wissenschaft, Politik und Wirtschaft gleichzeitig zu immer abgründigeren Ansprüchen. Damit wird erst Schluß sein, wenn einige Lohnsenkungs- und Entrechtungsprojekte am Widerstand der Arbeiter gescheitert sind.

### US-Stationierungstreitkräfte Reserve für den imperialistischen Krieg und die Konterrevolution

Ungefähr 250000 Mann haben die US-Imperialisten an Truppen in der BRD stationiert. Schon lange kann bei diesen Truppen von „Besatzungstruppen“ keine Rede mehr sein: Die BRD-Imperialisten haben sich in wichtigen Fragen ihres Einsatzes Mitsprache-, wenn nicht sogar Veto-Rechte gesichert. Die Truppen sind Eingreifreserven für den imperialistischen Krieg und die

Konterrevolution in Europa, und für beide Zwecke werden sie von den BRD-Imperialisten gerne aufgenommen. Zur Herausstreichung der damit verbundenen „Sonderrolle“ der BRD in der NATO soll jetzt der nächste NATO-Gipfel Anfang Juni auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung in Bonn stattfinden. Reagan will die Gelegenheit nutzen und auch kommen.



### Energieversorgungskonzepte

#### Fernwärmeausbau – für Großbetriebe oder für die Haushalte?



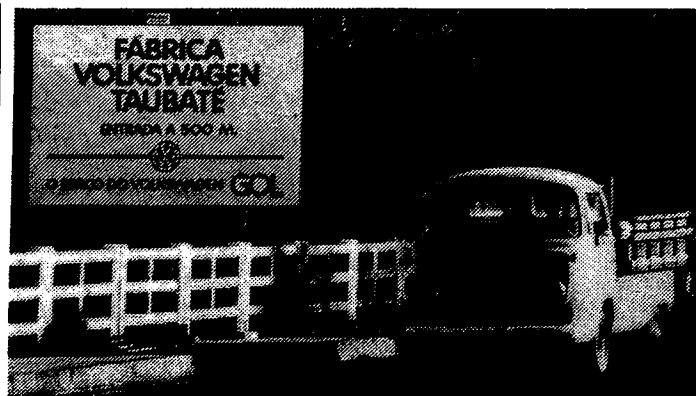
Daß die Fernwärmeversorgung – obwohl Abwärme-Verwertung – teuer sei, müsse man in Kauf nehmen für Umweltschonung und Öl-Substitution, die damit erreicht werde. Das Beispiel Mannheim zeigt aber: Es sind die Billigenergie-Ansprüche der großen Kapitale, die viele örtliche Versorgungsunternehmen – meist gemeinwirtschaftliche Betriebe –

zum „forcierten“ und zentralisierten Fernwärmeausbau treiben, dessen Kosten aber auf die Haushalte überwälzt werden. Gewerkschaften und Stadträte können auf die Erstellung der „Versorgungskonzepte“, mit denen derzeit alle EVUs auf 15 Jahre ihre Investitionspolitik festlegen, Einfluß nehmen. Eindeutige Stellungnahme ist aber selten.

### Brasilien

#### Bevorzugtes Ziel westdeutscher Kapitalexperte

247000 Lohnabhängige beuteten westdeutsche Konzerne Ende 1979 nach eigenen Angaben in Brasilien aus. Seit Jahren ist das Land das Zentrum westdeutscher Kapitalexperte in die Dritte Welt. Bei der Plünderung des Landes und der Unterdrückung der brasilianischen Arbeiter und Bauern, seit 1964 durch ein brutales Militärregime, stehen BRD-Konzerne in vorderster Front. Entsprechend lang ist die Liste ihrer Verbrechen.



### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

### Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

### Bezugsbedingungen:

**Politische Berichte:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

**Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

**Jedes weitere Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

**Einzelabonnement Nachrichtenheft:** Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

**Jedes weitere Heft:** Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457